

105. Sitzung

am Dienstag, dem 10. Dezember 2002, 15.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	7603	Staatsminister Sinner	7620, 7640
Geburtstagswünsche für den Abgeordneten Franz Brosch	7603	Geiger (SPD)	7626
Aktuelle Stunde gemäß § 75 GeschO auf Antrag der SPD-Fraktion		Kiesel (CSU)	7629
„Politik für Frauen in Bayern“		Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7631
hierzu:		Kobler (CSU)	7635
Dringlichkeitsantrag der Abg. Maget, Lochner-Fischer, Biedefeld u. a. u. Frakt. (SPD)		Frau Hirschmann (SPD)	7637
Nachhaltige Politik für Frauen in ganz Bayern:		Frau Berta Schmid (CSU)	7638
Staatlichen Rahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie richtig setzen (Drs. 14/11211)		Namentliche Abstimmung (s. a. Anlage 2)	7642, 7647
Frau Lochner-Fischer (SPD)	7603, 7618	Mitteilung betr. Ablehnung von Änderungsanträgen zum Einzelplan 12 gemäß § 132 Abs. 5 GeschO	7642
Frau Dr. Fickler (CSU)	7605	Beschluss zur Berichtigungsermächtigung des Finanzministerium	7642
Frau Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7606	Mitteilung betr. Erledigung des Änderungsantrags 14/10876 unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung 14/11074 des Haushaltsausschusses	7642
Frau Staatsministerin Stewens	7608, 7618	Gesetzentwurf der Staatsregierung	
Frau Steiger (SPD)	7609	zur Stärkung elektronischer Verwaltungstätigkeit (Drs. 14/9960)	
Frau Prof. Männle (CSU)	7610	– Zweite Lesung –	
Frau Dr. Kronawitter (SPD)	7611	Beschlussempfehlung des Verfassungsausschusses (Drs. 14/11163)	
Frau Dodell (CSU)	7612	Beschluss in Zweiter Lesung	7642
Frau Förstner (SPD)	7614	Schlussabstimmung	7642
Frau Pongratz (CSU)	7614	Gesetzentwurf der Staatsregierung	
Frau Biedefeld (SPD)	7615	zur Änderung des Bayerischen Pressegesetzes (Drs. 14/10092)	
Freiherr von Rotenhan (CSU)	7616	– Zweite Lesung –	
Frau Schopper (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7619	Beschlussempfehlung des Verfassungsausschusses (Drs. 14/11161)	
Namentliche Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag 14/11211 (s. a. Anlage 1)	7620, 7642, 7645	Beschluss in Zweiter Lesung	7642
Haushaltsplan 2003/2004;			
Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz			
Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 14/11074)			

Schlussabstimmung	7643	Beschluss in Zweiter Lesung	7643
Gesetzentwurf der Staatsregierung		Schlussabstimmung	7643
zur Änderung des Bezirkswahlgesetzes und der Bezirksordnung (Drs. 14/10194)		Erklärung zur Abstimmung gemäß § 139 Abs. 2 GeschO	
– Zweite Lesung –		Frau Tausendfreund (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	7643
Beschlussempfehlung des Verfassungsausschusses (Drs. 14/11164)		Schluss der Sitzung	7643

(Beginn: 15.03 Uhr)

Präsident Böhm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 105. Vollsitzung des Bayerischen Landtags.

Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Meine Damen und Herren, heute feiert der Kollege Franz Brosch seinen Geburtstag. Ich gratuliere ihm im Namen des gesamten Hauses und persönlich sehr herzlich und wünsche ihm für das neue Lebensjahr gute Gesundheit, viel Freude und Erfolg bei seinen parlamentarischen Aufgaben.

Nun kommen wir zur eigentlichen Tagesordnung. Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 13

Aktuelle Stunde

Für die heutige Sitzung war die Fraktion der SPD vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde beantragt zum Thema „**Politik für Frauen in Bayern**“.

In die Beratungen beziehe ich den zum Plenum eingereichten **Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Lochner-Fischer, Biedefeld und Fraktion betreffend nachhaltige Politik für Frauen in ganz Bayern – Staatlichen Rahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie richtig setzen (Drucksache 14/11211)**, ein.

In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Auf Wunsch einer Fraktion erhält eines ihrer Mitglieder zehn Minuten Redezeit. Dies wird auf die Gesamtredzeit der jeweiligen Fraktion angerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung für mehr als zehn Minuten das Wort, erhält eine Fraktion auf Antrag für eines ihrer Mitglieder zusätzlich fünf Minuten Redezeit. Ich bitte Sie, jeweils auf mein Signal zu achten.

Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Lochner-Fischer. Sie bringt einen 10-Minuten-Beitrag.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Es ist kein Mitglied der Staatsregierung da! So wichtig ist die Frauenpolitik in Bayern!)

An sich habe ich das Wort der Frau Kollegin Lochner-Fischer erteilt.

Frau Lochner-Fischer (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stellen mit Bestürzung fest, dass bei einem so wichtigen Thema kein einziges Mitglied der Staatsregierung auf der Regierungsbank Platz genommen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nicht einmal die zuständige Ministerin findet es wert zu kommen, wenn es darum geht, über mehr als die Hälfte der bayerischen Bevölkerung und deren Leben zu diskutieren. Ich halte es, unabhängig von dem, was wir heute noch diskutieren werden und müssen, für einen absoluten Skandal, dass eine Partei wie die CSU das Wort Familie oder Frauenförderung unter solchen Gesichtspunkten in Zukunft überhaupt noch traut sich in den Mund zu nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dass Sie sich das als Partei überhaupt gefallen lassen! Sie sollten wirklich einmal mit sich selber ins Gericht gehen und auch mit Ihrer Staatsregierung, was die eigentlich mit Ihnen macht. Das hat auch etwas mit dem Selbstverständnis von Demokratie zu tun. Hören Sie auf mit dieser Vetternwirtschaft mit Ministern und Ministerinnen. Auch Sie haben vor Ort zu verantworten, was in dem Haus passiert, und nicht nur die Staatsregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie sind gewählt von der Bevölkerung.

(Glück (CSU): Von was reden Sie denn?)

Wenn Sie es verantworten können, dass wir ein derartiges Thema ohne die Verantwortlichen heute diskutieren, dann sollten Sie dafür auch die Konsequenzen tragen.

(Beifall bei der SPD – Abgeordneter Glück (CSU) meldet sich zur Geschäftsordnung)

Präsident Böhm: Wir können jetzt keine Zwischenfragen stellen, Geschäftsordnungsantrag bitte nach dem Beitrag.

Frau Lochner-Fischer (SPD): Wir diskutieren heute ohne die zuständige Ministerin über die prinzipielle Benachteiligung – Herr Glück, Ihre Zeit geht mir ab, und ich brauche sie. Sie können sich nachher zu Wort melden.

(Glück (CSU): Frau Kollegin, von mir aus können wir die Sitzung unterbrechen, bis die Ministerin da ist!)

Präsident Böhm: Das ist Ihre Zeit, Frau Lochner-Fischer, haben Sie gesagt, und deswegen sollten Sie sie nutzen. Bitte.

Frau Lochner-Fischer (SPD): Danke.

Es geht heute nicht nur um Kinderbetreuungseinrichtungen, sondern es geht um die prinzipielle Benachteiligung von Frauen, die wir leider immer noch haben und die wir ganz einfach deshalb haben, weil Frauen Kinder bekommen können

(Freiherr von Rotenhan (CSU): Das ist doch ein Glück!)

und, wenn es so weitergeht, sich daran auch sicherlich nichts ändern wird. Wir erwarten von den Männern nicht, dass sie Kinder bekommen, sondern wir erwarten, dass dieser biologische Unterschied endlich auch gesellschaftlich so anerkannt wird, dass Frauen nicht benachteiligt werden, eben weil sie Kinder bekommen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie glauben immer noch, dass Sie sich aufgrund der Tatsache, dass wir irgendwann mal schwanger werden könnten, erlauben können, Frauen zurückzusetzen, sie gar nicht erst einzustellen oder nicht zu befördern.

(Hofmann (CSU): So ein Schmarrn! So ein saudummes Geschmarr! Das Geschmarr ist saudumm!)

Dummerweise sprechen gegen das, was Sie als Zwischenrufe machen, die gesellschaftlichen Zahlen. Ich möchte nur einige kleine Hilfestellungen geben, damit Sie vielleicht endlich einmal davon runterkommen, das als Schmarrn abzutun. Unser Problem mit Ihnen ist, dass Sie die Fakten im Land schlicht nicht anerkennen. Sie tun nach wie vor so, als gäbe es diese Benachteiligung nicht, obwohl sie eindeutig und nachweisbar ist. Ich möchte Sie nicht daran erinnern – Ihre Ministerin hat auch diese Zahl –, wie schlimm das nach der Vereinigung war, dass Frauen im Osten sich sogar massenweise haben sterilisieren lassen und mit diesem Zeugnis auf Arbeitssuche gegangen sind. Wenn Sie dann immer noch behaupten, wir hätten keine Benachteiligung, nur weil Frauen Kinder bekommen können, dann können Sie schlicht nicht lesen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Hofmann (CSU): So ein Schmarrn!)

Wir müssen diesen Benachteiligungen auf vielfältige Weise begegnen. Die SPD schlägt heute in einem Dringlichkeitsantrag eine ganze Reihe von Maßnahmen vor, wie wir dieser prinzipiellen Benachteiligung auch als Freistaat Bayern sehr schnell und sehr wirksam begegnen können. Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass auch die Vereinigung der bayerischen Wirtschaft Sie ganz, ganz deutlich immer wieder gemahnt hat in den letzten Monaten, dies abzubauen und dafür Sorge zu tragen, dass Frauen Beruf und Familie wirklich miteinander verbinden können. Die Vereinigung der bayerischen Wirtschaft hat sogar wörtlich geschrieben, dass „das Fehlen von entsprechenden Einrichtungen in Bayern sich zunehmend zu einem Standortnachteil für Bayern entwickelt“. Wenn Ihnen das immer noch nicht genügt, dass hier etwas im Argen liegt und dass es nicht nur die SPD ist, die die Wunden aufdeckt, dann weiß ich wirklich nicht, auf wen Sie noch hören.

Ich möchte heute trotz allem auch noch den Blick auf die Kinderbetreuung richten, und zwar unter einem anderen Gesichtspunkt, als Sie es immer tun.

In dem Bayern-Sachsen-Bericht, der uns vor einiger Zeit vorlag, stand etwas sehr Drolliges – ich habe den Eindruck, dass dies die Mehrheit der CSU immer noch glaubt –, nämlich dass die zunehmende Selbstständig-

keit und das Selbstbewusstsein von Frauen dazu führen, dass Frauen mit der Familie allein nicht mehr ausgelastet sind und deshalb ein anderes Betätigungsfeld suchen und in die Arbeit gehen wollen. Der Bericht schlägt vor, den Frauen eine andere Aufgabe zu geben, damit sie sich die Berufstätigkeit abgewöhnen. Ich rede heute nicht von der kleinen Minderheit von Frauen, die tatsächlich bewusst und gewollt zu Hause bleibt und sagt, sie wolle keine Berufstätigkeit ausüben. Ich rede von der überwiegenden Mehrheit der bayerischen Frauen, die in diesem Lande schon immer in die Arbeit gehen musste und nie die Chance hatte, sich zwischen Familie und Beruf zu entscheiden.

(Beifall bei der SPD)

Hier spielen die tatsächlichen staatlichen Leistungen eine gewaltige Rolle. Folgende Zahlen stammen von Ihrer eigenen Ministerin. Sie streiten sich mit uns darüber, ob wir bei den Kinderkrippen den von uns genannten Deckungsgrad von 1,4% oder einen Deckungsgrad von 3,5% haben, wie die Ministerin sagt. Dies ist den betroffenen Frauen völlig Wurscht, weil 26% der Mütter Kinder unter 3 Jahren haben und berufstätig sind. Das heißt, es fehlen nicht 1 oder 2%, sondern über 20% an Kinderbetreuungsplätzen.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt, die Tatsache, dass in diesem Land Familie und Beruf überhaupt vereinbar sind – diese Frauen müssen ja Familie und Beruf vereinbaren –, ist ein Erfolg der Frauen und ihrer Kreativität, was sie mit ihren Säuglingen machen, aber kein Ergebnis staatlicher Politik.

(Beifall bei der SPD)

Denn der Freistaat Bayern hilft diesen Frauen im Moment überhaupt nicht, obwohl sich die Gesellschaft dramatisch geändert hat, wie Sie selber wissen. Die Oma, die, wie bei mir, noch auf das Baby aufpasst – meine Mutter hatte noch eine Oma auf dem Bauernhof und den ganzen Bauernhof dazu, damit ich dort aufwachsen konnte – und einen Bauernhof dazu gibt es heute kaum noch.

(Müller Willi (CSU): Bauernhöfe gibt es schon noch!)

– Ich gebe Ihnen Recht, wir haben noch ein paar Bauernhöfe. Aber das System und die Art und Weise, wie unsere Generationen aufgewachsen sind, die in München, Nürnberg und in anderen Großstädten in die Schule und in die Arbeit gehen konnten, aber trotzdem die kleinen Kinder versorgt wussten, gibt es nicht mehr. Sie können sich das herbeireden oder Heimatfilme anschauen. Die Realität in Bayern ist nicht ein Heimatfilm nach Peter Rosegger. Wir schreiben das Jahr 2002, in dem täglich 26% der Mütter mit Kindern unter drei Jahren in der Frühe die Frage klären müssen, wohin sie den Säugling geben, weil sie in die Arbeit gehen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Wie schlimm die Situation für die Frauen ist, macht die Tatsache deutlich, dass sich in der Zwischenzeit über 12% der Frauen nicht mehr dazu entscheiden, ein Kind zu bekommen, obwohl sie eines möchten, mit der Begründung, dass sie keinen Weg sahen, Kind, Familie und Beruf überhaupt in Einklang zu bringen. Dies in Bayern, einem Land, in dem der Schutz des ungeborenen Lebens immer sehr hoch gehalten wird. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik. Wir fordern Sie heute dazu auf, diese Politik endlich zu ändern.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Böhm: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Dr. Fickler. Auch sie nimmt zehn Minuten in Anspruch.

Frau Dr. Fickler (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte, liebe Frau Kollegin Lochner-Fischer. Ich bin davon ausgegangen, dass Sie bzw. Ihre Fraktion die Aktuelle Stunde zum Thema „Politik für Frauen in Bayern“ unter anderem deswegen beantragt haben, um bei Ihrer künftigen Aufstellungsverammlung erfolgreich zu sein.

(Buh-Rufe bei der SPD)

Aber ich darf Ihnen sagen: Durch diesen Stil, den Sie heute an den Tag gelegt haben, werden Sie die Politik für Frauen in Bayern nicht voranbringen. Ich bedauere dies außerordentlich und wünsche Ihnen für Ihre Versammlung viel Glück; dies meine ich wirklich ernst. Ich bedauere außerordentlich, dass wir durch diese Art und Weise der Diskussion in Bayern die Frauenpolitik in Bayern nicht voran bringen werden.

(Allgemeine Unruhe)

Präsident Böhm: Meine Damen, dies war jetzt genug Frauenpower. Ich bitte wieder um etwas mehr Ruhe.

(Hofmann (CSU): Die Art, wie die Frauen mit Frauen umgehen, ist unerhört! – Weitere Zurufe von der SPD)

Frau Dr. Fickler (CSU): Denn Sie haben hier durch Ihre Art und Weise der Argumentation – ich bedauere das außerordentlich – der Frauenpolitik in Bayern keinen Dienst erwiesen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Auf einem Kongress, veranstaltet durch das bayerische Wirtschaftsministerium, mit dem Titel „Bayern 2020 – Megatrends und Chancen“, der im Oktober des vergangenen Jahres im München stattfand, zeigte der Zukunftsforscher Mathias Horx Megatrends in Gesellschaft und Politik auf. Als ersten Megatrend nannte er die Veränderung der Rolle der Frauen in der Gesellschaft. Aber das ist anscheinend an Ihnen vorübergegangen.

Liebe Frau Kollegin, wir hören öfter, dass das 21. Jahrhundert das Jahrhundert der Frauen wird. Für viele klingt das zunächst merkwürdig, denn im 20. Jahrhundert gab es natürlich auch schon Frauen. Aber der Redner untermauerte seine These durch zwei Beispiele: Erstens, durch den Bereich der Bildung; denn erst der Beginn des 20. Jahrhunderts gab den Frauen das Recht auf Bildung. An dessen Ende sehen wir, dass in den Abiturklassen fast 60% Mädchen sind und dass diese in vielen Bundesländern deutlich bessere Abiturnoten haben. Dass die Pisa-Stude vor allem bei den Buben eine mangelnde Lesekompetenz festgestellt hat, untermauert diese These.

Zweitens befinden wir uns auf dem Weg zu einer Wissensökonomie, die die Frauen deutlich bevorzugt. Klassische industrielle, auf männliche Erwerbsarbeit basierende Arbeitsplätze werden weniger, gewünschte Qualifikationen der Zukunft wie Kommunikationsfähigkeit oder Teamfähigkeit sind klassische weibliche Fähigkeiten.

Allein diese zwei Beispiele zeigen, dass wir Frauen wirklich Chancen haben, in diesem Jahrhundert unseren Weg zu gehen. Daher sage ich noch einmal, wir sollen in die Zukunft schauen.

Wir sollen unsere Chancen nutzen. Darum hat die CSU-Arbeitsgruppe der Landtagsfrauen im April dieses Jahres ein Frauenforum in diesem Raum veranstaltet.

(Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Gruppe besteht aus fünf Frauen!)

– Die Gruppe besteht nicht aus fünf Frauen, sondern wir sind 16 Frauen.

Das Motto hat geheißen „Frauen gestalten Zukunft“.

(Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ist daraus geworden?)

Wir wollen nämlich verdeutlichen, dass nicht rückwärts gewandte Frauenpolitik unser Ziel ist, sondern dass wir Aufgaben anpacken, wo dies notwendig ist.

(Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schauen Sie in Ihre eigenen Reihen! Schauen Sie, wie viele Männer dort sitzen!)

Wenn es darum geht, wie Frauen Zukunft gestalten, kann auch heute noch nicht die Frage nach der Gleichberechtigung als abgehakt übergangen werden. Sie wissen auch, liebe Kolleginnen von der SPD- und der GRÜNEN-Fraktion, dass der Grundsatz der Gleichbehandlung von Männern und Frauen in der Bayerischen Verfassung anders als im Grundgesetz nur in Teilbereichen aber nicht umfassend geregelt war. Erst 1998 hat dieses Hohe Haus im Artikel 118 Absatz 2 der Bayerischen Verfassung ausdrücklich die Förderung von Frauen als Staatsziel verankert.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Wer war ausschlaggebend? – Gegenruf des Abgeordneten Ach (CSU): Das Hohe Haus insgesamt!)

Dass die normative Gleichberechtigung inzwischen generell und umfassend umgesetzt ist, wissen wir alle. Dass es in der Praxis Defizite gibt, wissen wir auch. Den alleinigen Schwerpunkt, den Sie gesetzt haben, würde ich aber so nicht sehen. Es gibt Defizite: Wir haben zu wenige Frauen in Führungspositionen und in den Gremien. Der Verdienst von Frauen liegt immer noch unter dem von entsprechend ausgebildeten Männern. Hier besteht Nachholbedarf. Ich sehe eine Aufgabe von Politikern und Politikerinnen auch darin, auf diese Defizite zu verweisen, die wir aber ohne Bewusstseinsänderung in unserer Gesellschaft nicht werden abschaffen können.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Wie schaffen wir es?)

Abschließend möchte ich festhalten, dass sich die Situation von Mädchen und Frauen in Bayern in den letzten Jahren weiter verbessert hat. Auf diesem Wege fortzufahren, muss das Anliegen des ganzen Hohen Hauses, Männern wie Frauen zusammen, in Partnerschaft sein.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Münzel. – Auch zehn Minuten.

Frau Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Politik für Frauen in Bayern leidet unter den rückständigen gesellschaftlichen Vorstellungen der CSU: Vater – Mutter – Kind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Teilen der SPD)

Vater sorgt für das Einkommen, Mutter sorgt für das Kind –, das ist immer noch das Idealbild der CSU, an der sie ihre Politik ausrichtet.

(Willi Müller (CSU): Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Frauen werden bei Ihnen in erster Linie über die Mutterrolle definiert. Aber, wo Kinder sind, sind auch Väter.

(Hofmann (CSU): Na so was!)

Es ist Zeit, dass sie diese Rolle annehmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Teilen der SPD)

Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist nicht allein Frauensache, es ist im gleichen Maße – ich wiederhole: im gleichen Maße – Männersache.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Teilen der SPD)

Frauen, als vom Ehemann und vom Staat unabhängige, selbstbestimmte Menschen, diese Vorstellung ist der CSU suspekt. Dies zeigte sich zum Beispiel sehr deutlich in der heftigen Debatte zum Paragraphen 218 des Strafgesetzbuches, als die CSU im bayerischen Sonder-

weg festlegte, dass nur die Frauen einen Beratungsschein erhalten, die – zwangsberaten – auch den Grund für den Schwangerschaftsabbruch angeben. Was haben Sie damals die Frauen schikaniert mit Ihrer unsäglichem Debatte, mit Ihren Bevormundungen und auch mit Ihrer Weigerung, spezialisierte Praxen zuzulassen. Letzteres ist übrigens auch insofern unverantwortlich, weil Sie damit die Gesundheit und das Leben von Frauen aufs Spiel gesetzt haben.

Diese Haltung, Kolleginnen und Kollegen, kam bei den Frauen außerhalb Bayerns aber gar nicht gut an. Dass Stoiber die Wahl verloren hat, das war die Rache der Frauen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Teilen der SPD – Freiherr von Rotenhan (CSU): Jetzt wissen wir es!)

Frauenpolitik wird in Bayern auf Sparflamme gekocht. Es gibt keine frauenpolitische Offensive vonseiten der Staatsregierung. Frauenpolitische Initiativen der Opposition werden blockiert, und nur im äußersten Notfall, wenn es gar nicht anders geht, wird etwas getan – allerdings lediglich das Allernötigste.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Sehr konservativ!)

So war Bayern das letzte Bundesland, das ein Gleichstellungsgesetz verabschiedet hat. Es ist allerdings eines ohne Biss, ohne Quote, ohne Sanktionen. In diesem Gleichstellungsgesetz ist im Übrigen verankert, dass alle drei Jahre ein Bericht über die Durchführung des Gleichstellungsgesetzes gegeben werden muss.

(Frau Lochner-Fischer (SPD): Wo ist der Bericht?)

Dieser Bericht ist sozusagen das Kontrollinstrument für den Erfolg oder Misserfolg des Gesetzes. Kein einziges Mal ist es der Staatsregierung gelungen, den Bericht termingerecht vorzulegen. Jedes Mal werden fadenscheinige Argumente vorgebracht. Diesmal ist es die große Anzahl der Fragebögen, die ausgewertet werden müssen.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Man stelle sich das vor!)

So viel zu dem Thema, wie ernst die Staatsregierung die Gleichstellungspolitik nimmt. Was soll man von einem Ministerium für Frauen halten, das einen Zwischenbericht über den Stand der Auswertung zur Vorlage des Berichts über die Durchführung des bayerischen Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern vorlegt und schreibt – ich zitiere:

Bemerkenswert sei auch, dass 108 kreisangehörige Gemeinden ohne gesetzliche Verpflichtung einen Gleichstellungsbeauftragten und 102 kreisangehörige Gemeinden einen Ansprechpartner hätten.

Bemerkenswert ist, dass der Vertreter des Frauenministeriums in der männlichen Form über eine Gruppe redet

und schreibt, in der die Frauen in der Mehrzahl sind, und zu einem Thema, das die Gleichstellung zum Inhalt hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Teilen der SPD)

Sprache drückt Bewusstsein aus und formt auch das Bewusstsein. So viel also zum Bewusstsein im Frauenministerium. Deshalb sage ich: Frauenpolitik ist und bleibt ein Stiefkind der Staatsregierung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Teilen der SPD)

Das zeigt sich auch beim Umgang mit Gender Mainstreaming. Dieser neue Ansatz für Gleichstellungspolitik kommt von der EU, kann also nicht ganz ignoriert werden – denkt man wenigstens. Aber, auch hier wird auf Sparflamme gekocht. Nachdem die GRÜNEN ein Antragspaket dazu vorgelegt hatten, raffte sich die CSU zu einem eigenen, aber sehr mageren Antrag auf. Es sollen Schulungsveranstaltungen stattfinden, geschlechtsspezifische Daten erhoben werden, und das Gesundheitswesen soll in das Blickfeld genommen werden. Das Thema Gesundheit ist wichtig, sich aber nur auf das eine Thema bei Gender Mainstreaming zu beschränken, ist zu wenig.

Gender Mainstreaming bedeutet, dass alle Maßnahmen daraufhin überprüft werden, welche Auswirkungen sie auf Frauen und Männer haben. Deshalb müssen alle staatlichen Stellen verpflichtet werden, Gender Mainstreaming umzusetzen und zumindest ein Pilotprojekt durchzuführen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Frauenpolitik ist also ein ungeliebtes Kind bei der Staatsregierung. Von einer frauenpolitischen Offensive ist nichts zu hören. Wobei es noch viel zu tun gibt. Handlungsbedarf besteht zum Beispiel beim Interesse der Mädchen an den Naturwissenschaften und der Technik. Auch hier nur zögerliche Bewegung bei der CSU. Jetzt soll die Staatsregierung ersucht werden, eine Konzeption mit dem Ziel zu entwickeln, dass junge Frauen sehr viel häufiger als heute technisch oder naturwissenschaftlich geprägte Berufe ergreifen. Sie wird ersucht, ein Konzept zu entwickeln. Die Konzeption kann die Staatsregierung abschreiben, sie liegt schon jahrelang vor.

Aber anstatt vorurteilsfrei im Interesse der Frauen zu handeln, hat die Staatsregierung in der Vergangenheit ihre Energie darauf verschwendet, zu versuchen, nachzuweisen, dass unsere Forderungen nicht notwendig oder nicht sinnvoll seien. Nach Jahren ist sie offensichtlich darauf gekommen, dass unsere Vorschläge durchaus Sinn machen. Welch eine Vergeudung von Zeit und Energie – und das alles zum Schaden der jungen Frauen.

Am 8. Mai kommenden Jahres findet übrigens der Girl's Day – der Mädchenzukunftstag – statt. Dieser Tag bietet eine hervorragende Chance, Mädchen einen Einblick in die Arbeitswelt ihrer Eltern zu geben, den Horizont ihres Berufswahlspektrums zu erweitern, Vorurteile auszuräu-

men und Mädchen für neue und techniknahe Berufsfelder zu interessieren.

Eine weitere Idee von uns: Wir fordern die Staatsregierung auf, die Durchführung des Girl's Day nicht nur an einem Projekt, wie das in den vergangenen Jahren der Fall war, sondern aktiv zu unterstützen und darauf hinzuwirken, dass die bayerischen Behörden, Landesämter und Forschungseinrichtungen mit Angeboten für Schülerinnen an diesem Tag teilnehmen. Die Kultusministerin soll die Schulleitungen informieren und diesen Tag als schulische Veranstaltung deklarieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unabhängig von noch bestehenden Problemen ist es den Mädchen und jungen Frauen in den letzten Jahren aber gelungen, in der schulischen Bildung enorm aufzuholen. Es gibt mehr Abiturientinnen als Abiturienten. Die Noten der Mädchen sind besser als die der Buben, und Mädchen bleiben weniger häufig sitzen. Die Mädchen haben sich also optimale Startchancen erkämpft.

Danach aber wird es schwierig im Beruf und schwierig beim Studium. An den Universitäten nimmt der Frauenanteil stetig ab, je höher man in der Hierarchie kommt. Darüber haben wir an anderer Stelle schon häufig debattiert. Herr Staatsminister Zehetmair, ich bin der Meinung, es reicht nicht aus, dass Sie einen geharnischten Brief an die Universitäten schreiben. Es ist zwar ein Anfang, wenn Sie gewissermaßen sagen, was Sache ist, aber ich glaube, wir werden nur dann Erfolg haben, wenn die Frauenförderung mit finanziellen Anreizen verknüpft wird. Die Juniorprofessur wäre hier auch eine Möglichkeit, um jungen Wissenschaftlerinnen den Weg zu öffnen. Außerdem brauchen wir an den Hochschulen optimale Kinderbetreuungsmöglichkeiten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Arbeitsmarkt. Warum vergeben wir öffentliche Aufträge und Subventionen nicht an Betriebe, die auch Frauenförderung als Ziel ihres Unternehmens definieren? Dass dies möglich ist, hat Ihnen mein Kollege Dr. Runge einmal von diesem Redepult aus vor Augen geführt. Der Frauenförderpreis der Staatsregierung ist zwar nett, Frau Ministerin, aber er reicht nicht aus. Bei der letzten Verleihung des Förderpreises haben Sie, Frau Ministerin, in Ihrer Begrüßung gesagt, Sie würden sich freuen, dass Sie so viele Frauen begrüßen dürfen. Diese Aussage hat mich schon etwas irritiert, schließlich wurde doch der Frauenförderpreis verliehen.

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen! Die Frauenpolitik der Staatsregierung orientiert sich an einem rückständigen Frauenbild. Sie ist viel zu zögerlich und reagiert allenfalls auf nicht mehr zu übersehende Entwicklungen. In Bayern brauchen wir eine frauenpolitische Offensive. Die Frauen haben ohne Zweifel viel erreicht, am Ziel sind wir aber noch lange nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Böhm: Jetzt hat Frau Staatsministerin Stewens ums Wort gebeten.

Frau Staatsministerin Stewens (Sozialministerium): Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Münzel, es hat Sie erstaunt, dass ich bei der Verleihung des Frauenförderpreises gesagt habe, es sei schön, dass ich so viele Frauen im Kaisersaal der Residenz begrüßen kann. Ich habe einleitend gesagt: Normalerweise sind im Kaisersaal überwiegend Männer. Es freut mich, dass ich heute einmal so viele Frauen begrüßen kann. Das waren meine einleitenden Worte. Soviel zu Ihrem besseren Verständnis.

(Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die konnten Sie nur begrüßen, weil wir so viele Frauen haben!)

– Die konnte ich begrüßen, weil wir den Frauenförderpreis vergeben haben. So ein Schmarren! Das war eine Veranstaltung des Sozialministeriums zur Auslobung des Frauenförderpreises in der Wirtschaft. Deswegen konnten wir so viele Frauen begrüßen.

(Frau Biedefeld (SPD): Haben Sie nichts anderes zu berichten als von der Begrüßung im Kaisersaal? – Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Kasperltheater!)

– Nehmen Sie es doch auch mit ein bisschen Humor, wenn Sie merken, dass Sie danebengegriffen haben.

Frau Kollegin Lochner-Fischer, Sie haben uns angelastet, dass wir uns in Bayern über die Kinderkrippenquote streiten. Wir haben uns nie gestritten. Wir haben schlicht und einfach gesagt, 3,5% sind nach unseren Erhebungen der Stand der vorhandenen Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das geben Sie uns jetzt schriftlich!)

– Sie haben es von mir auch schriftlich, und Sie wissen ganz genau, dass die Zahlen stimmen. Die Tagespflege ist eingerechnet.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Aber nirgendwo nachweisbar!)

Ich halte es für ausgesprochen richtig und wichtig, dass man bei der Kinderbetreuung die Tagespflege für die unter Dreijährigen miteinrechnet.

Ich komme gleich noch auf Ihre 26%. Sie haben recht, dass 26% derjenigen Frauen, die Kinder unter drei Jahren haben, erwerbstätig sind. Darin besteht gar keine Frage. Ich halte es aber für falsch, daraus zu schließen, dass alle diese 26% eine Kinderbetreuung für unter Dreijährige brauchen. Wir haben im letzten Jahr bei allen Jugendämtern in den Landkreisen und kreisfreien Städten eine Erhebung durchgeführt. Dabei wurde bayernweit ein Bedarf in Höhe von 7% ermittelt.

(Frau Radermacher (SPD): Es wäre schön, wenn wir das schon hätten!)

Ein Bedarf von 7% bayernweit bedeutet, dass in München 25 bis 30% der betroffenen Mütter eine Kinderbetreuung brauchen. Bayern ist aber ein Flächenstaat und auf dem Land wie zum Beispiel in meinem Landkreis im südlichen Bereich ist der Bedarf ganz anders als in den Ballungsräumen. Das sehen wir jetzt auch bei unserem 313-Millionen-Euro-Programm. Bei den 1 000 Plätzen, die pro Jahr für die unter Dreijährigen zur Verfügung stehen, ist der höchste Bedarf in den Ballungsräumen und in den Verdichtungsräumen gegeben. Im ländlichen Bereich ist der Bedarf geringer. Deswegen wollen wir in den Kommunen, in denen keine Kinderkrippe benötigt wird, verstärkt Tagesmütter und Tagespflegeprojekte fördern. Das ist bedarfsgerechter Ausbau der Kinderbetreuung für die unter Dreijährigen. Deswegen ist es nicht richtig zu fordern, jede Kommune braucht für 26% der betroffenen Mütter eine Kinderbetreuung. Das ist eine ganz falsche Politik, die Sie betreiben.

(Frau Radermacher (SPD): Das sagt doch niemand! – Beifall bei der CSU)

Gerade im ländlichen Bereich gibt es noch familiäre Strukturen, die sich gegenseitig unterstützen können und Kinder betreuen.

Wir wollen eine Wahlfreiheit.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf!)

Sie wollen, dass alle Frauen, die erwerbstätig sind, ihre Kinder in eine staatliche Betreuungseinrichtung schicken können.

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Jetzt reicht es aber! – Abg. Freiherr von Rotenhan (CSU): So ist es aber!)

Deswegen verlangen Sie auch 26% Kinderbetreuungsplätze. Das ist die logische Schlussfolgerung aus Ihrer Forderung, Frau Lochner-Fischer. Wir wollen dagegen ein größtmögliches Maß an Wahlfreiheit für Frauen und Männer für ihre individuelle Lebensgestaltung in allen Lebensphasen. Wir wollen der Vielfalt der Lebensentwürfe wirklich Rechnung tragen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir jegliche Ideologisierung ablehnen müssen.

(Frau Gote (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann wenden Sie sich einmal an den Herrn Goppel!)

Eines der wichtigsten Aufgaben ist der Abbau noch bestehender Benachteiligungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft. Wir wissen – Frau Kollegin Münzel Sie haben schon darauf hingewiesen –, dass Frauen in den Ausbildungsabschlüssen immer etwas besser sind. Das trifft sowohl für das Abitur als auch für die Studienabschlüsse wie auch für die beruflichen Bildungsabschlüsse zu. Deswegen sollten die

Frauen gerade wegen ihrer guten Qualifikationen die gleichen Aufstiegschancen haben wie die Männer.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nicht sollten, sondern müssen! – Frau Steiger (SPD): Das ist doch eine Selbstverständlichkeit, dass es so ist!)

Dabei haben wir aber ein Problem. Frauen beschränken ihr Wahlverhalten in der Berufswahl immer noch auf zehn typische weibliche Berufe vorrangig im Dienstleistungsbereich.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Weil sie keine Wahlfreiheit haben!)

Deshalb müssen wir den Mädchen sagen, dass sie sich in ihrem Wahlverhalten ändern müssen. Ich halte es auch für notwendig, dass wir die Mädchen an unseren Schulen in den mathematischen und naturwissenschaftlichen Fächern in Arbeitsgruppen zusammenfassen und sie getrennt beschulen, um ihr Selbstbewusstsein zu stärken. Ich weiß, dass wir auf diesem Gebiet noch Schwierigkeiten haben. Mädchen trauen sich vielfach nicht, in diesen Fächern Fragen zu stellen. Wir fördern die Frauen gerade im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich. Unser Haus gibt im Jahr 25 Millionen € dafür aus, dass sich die Mädchen verstärkt auf die Berufe in der Informationstechnologie ausrichten – und dies übrigens gemeinsam mit der Wirtschaft.

Wir müssen wegkommen von der einseitigen Konzentration vieler junger Frauen auf die typischer Weise schlecht bezahlten Frauenberufe im Dienstleistungsbereich.

Deswegen haben wir eine Medienoffensive in den bayerischen Schulen angestoßen. Wir haben diese Offensive durch Mädchentechniktage begleitet, auch das bayerische Kultusministerium hat die Girl's Days im letzten Jahr unterstützt. Wir werden dies im nächsten Jahr noch stärker fördern. Wir haben bundesweit eine beispielgebende Einrichtung der virtuellen Hochschule in Bayern.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Damit die Frauen daheim bleiben!)

– Nein, nicht damit die Frauen daheim bleiben. Die virtuellen Hochschulen sind nicht ausschließlich auf die Frauen ausgerichtet. Auch das sollte Ihnen wirklich bewusst sein.

(Frau Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihre Rede könnte auch der Herr von Rotenhan halten!)

– Lieber Kollege Rotenhan, das war eben ein Kompliment für dich.

Wir haben spezielle Veranstaltungen für Mädchen beim Bayerischen Berufsbildungskongress. Das halte ich für wichtig. Der Berufsbildungskongress 2002 ist von der Jugend in Bayern hervorragend angenommen worden.

Als nächstes möchte ich auf die Öffentlichkeitsarbeit bei den Arbeitgebern eingehen. Das ist ein ganz wichtiger Beitrag zur Verwirklichung der Chancengleichheit von

Frauen und Männern in der Arbeitswelt. Wie gesagt: Der von Ihnen schon angesprochene Frauenförderpreis hatte eine hohe Beteiligung. Besonders erfreulich war es für mich, dass wir Preisträger aus der Metall- und der Technikbranche hatten. Für uns war es ganz wichtig, gerade in diesem Bereich zu zeigen, wie wichtig es ist, dass die Wirtschaft ganz spezifisch die Frauen in ihrem Wahlverhalten und in ihrem Beruf fördert. Immer mehr Unternehmen bemühen sich Gott sei Dank ganz aktiv, selbst zu einer frauen- und familienfreundlichen Arbeitswelt beizutragen, und zwar ohne gesetzliche Reglementierungen. Das zeigt schon, dass die Strategie der Staatsregierung und des Staatsministeriums aufgeht.

Lassen Sie mich auch etwas zur Kinderbetreuung sagen. Unser 313-Millionen-€-Programm ist ein ungeheuer wichtiges Programm. Die Staatsregierung zeigt das, weil sie gerade in diesem Bereich überhaupt keine Kürzungen vornimmt. In anderen Ländern wird bei den Mitteln zur Kinderbetreuung und in der Familienpolitik beim Landeserziehungsgeld ganz anders gekürzt. Wir haben gesagt: Das ist uns die Sache wert. Wir müssen die Wahlfreiheit für die Frauen sicherstellen. Deswegen ist es so wichtig, dass wir die Kinderbetreuung für die unter 3jährigen, in den Horten und die Möglichkeiten bei der Ganztagsbetreuung ausbauen. Das ist ein Schwerpunkt unserer Politik.

Ein zweiter Schwerpunkt ist Gender Mainstreaming. Ich habe das auch in der Haushaltsrede ganz klar angesprochen. Auch in der Geschäftsordnung der Bayerischen Staatsregierung wurde Gender Mainstreaming berücksichtigt; sie ist entsprechend geändert worden. Wir führen in allen Häusern Fortbildungsveranstaltungen zu Gender Mainstreaming durch, so dass Gender Mainstreaming ein Grundprinzip auch des staatlichen Handelns wird. In den unterschiedlichsten Bereichen – Sie springen in der Frauenpolitik nach meiner festen Überzeugung viel zu kurz und ideologisieren die Frauenpolitik in einem ungeheuren Ausmaß – sind wir von der Bayerischen Staatsregierung mit unserer Reformpolitik auf dem richtigen Weg, um den Lebensentwürfen unserer Frauen gerecht zu werden.

(Beifall bei der CSU – Frau Steiger (SPD): Erklären Sie das doch bitte Frau Matschl!)

Präsident Böhm: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Steiger.

Frau Steiger (SPD): Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Frau Dr. Ficklers Rede war wieder mal ein Highlight: erst mit Polemik angefangen und dann wenig Aussage bis zum Schluss. Zur Frau Stewens lassen Sie mich nur eines sagen: Frau Staatsministerin, durch ständiges Wiederholen von falschen Zahlen werden diese nicht richtig; das gilt zu dem, was Sie zur Kinderbetreuung sagen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen – der nächste Kernsatz – die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, denn viele Frauen haben keine Wahl. Eine Wahlfreiheit nützt ihnen nichts, wenn sie

alleinerziehend sind. Das hat nichts mit Ideologie, sondern mit Lebenschancen und Lebensformen zu tun. Wir haben vielfältige Lebensformen und unterschiedliche Lebenschancen, gerade bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wenn wir an Frauen mit Behinderung oder Frauen, die behinderte Kinder haben, denken, müssen wir erkennen: Offiziell haben Frauen mit Behinderung auch die Chancengleichheit und trotzdem erscheinen behinderte Frauen und Mädchen weit weniger im öffentlichen Leben als Männer. Frauen und Mädchen mit körperlicher, geistiger und seelischer Behinderung entsprechen etwa 5 % der Bevölkerung.

Aber was passiert? Obwohl auch diese Frauen bei der schulischen Ausbildung schnellere und bessere Abschlüsse haben als vergleichbare Männer, sind Frauen auf dem Ausbildungsmarkt und auf dem Arbeitsmarkt in einer schlechteren Position. Auch sind Frauen mit Behinderung weniger beschäftigt. Der kürzlich erschienene Bericht zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst zeigt das auf. Da muss man sich fragen: Warum ist das so und was zählt hier? Man will es nicht glauben: Es entspricht nach wie vor dem alten Klischee und Rollenverständnis, dass Frauen im Berufsleben repräsentieren müssen und gut aussehen sollten. Diesem Klischee können natürlich Frauen und Mädchen mit Behinderung – vor allen Dingen aus Sicht von nicht-behinderten Menschen – nicht entsprechen. Gutes Aussehen ist ein Kriterium, das dann eben nicht erfüllt werden kann. Bei der Qualifikation ist es leider auch so, dass Frauen mit Behinderung weniger zugetraut wird als Männern mit Behinderung.

Der zweite Punkt ist eine geschlechterspezifische Rollenverteilung bei der Berufsauswahl. Dies ist nach wie vor deutlich und wird zum Beispiel durch die Angebote in den Berufsbildungswerken verfestigt. Von neun Berufsbildungswerken in Bayern mit Berufsangeboten für Mädchen und für Jungen haben acht anteilmäßig mehr Männer als junge Frauen. Das Spektrum, das bei den beruflichen Angeboten in diesem Bereich vorhanden ist, umfasst wesentlich mehr männliche als weibliche Berufe. Es gibt zwanzig verschiedene Angebote, aber Frauen können nur unter sechs verschiedenen wählen; aus dem kaufmännischen und dem Haushalts-Sektor. Sie wählen aus diesen Feldern, weil sie selten motiviert werden, vom Pfad der Tugend – hauswirtschaftliche und kaufmännische Berufe – abzuweichen.

Ein drittes und ganz besonders wichtiges Kriterium: die Wohnortnähe der beruflichen Rehabilitation. Sie ist einfach nicht vorhanden. Obwohl sie im SGB IX verankert ist, haben wir drei öffentlich geförderte Berufsförderwerke, nämlich in Würzburg, Nürnberg und München. Die Wohnortnähe ist somit nicht gegeben. Die Frauen nehmen die Trennung von der Familie nicht an und verzichten dann lieber auf eine Reha-Maßnahme. Das muss doch nicht sein.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Umsetzung des SGB IX in diesem Punkt ist ganz, ganz wichtig.

Frauen mit Behinderung oder Frauen mit behinderten Kindern haben noch eine zusätzliche Erschwernis, Familie und Beruf zu vereinbaren. Schule, Spielplätze, Krabbelgruppen, Kindergärten, Horte oder öffentliche Gebäude sind oft nicht barrierefrei zugänglich. Sie können also, wenn Sie ihre Elternaufgabe ernst nehmen, ihre Aufgabe nicht wahrnehmen, weil Barrieren bestehen. Das kann eine Stufe sein, das kann ein fehlender Lift sein, das sind fehlende optische oder akustische Signale, das ist eine zu enge Tür, das sind Treppen oder was auch immer; manchmal Kleinigkeiten, aber Dinge, die behinderte berufstätige Mütter bewältigen müssen. Es ist unsere Aufgabe – eine Daueraufgabe –, Frauen und Mädchen mit Behinderung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen.

Daran müssen wir arbeiten, und zwar nicht nur im Jahr 2003, dem europäischen Jahr für Menschen mit Behinderung. Daran müssen wir weit darüber hinaus arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Böhm: Nächste Rednerin: Frau Kollegin Prof. Männle.

Frau Prof. Männle (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst zu der Tatsache Stellung nehmen, dass wir hier über einen Dringlichkeitsantrag diskutieren sollen, der um 14.15 Uhr eingereicht worden ist, und der mir bis jetzt noch nicht auf dem Tisch liegt. Ich sehe mich außerstande, einen Dringlichkeitsantrag zur Situation der Frauen positiv zu bescheiden, wenn er mir noch nicht einmal vorliegt.

(Zuruf von der SPD: Das liegt am Haus! – Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist doch immer so!)

Dieser Dringlichkeitsantrag wird gerade erst verteilt. Auf dieser Seite des Plenarsaals liegt er noch nicht vor. Wir konnten uns also noch nicht damit beschäftigen, und das bedaure ich sehr. Diese Debatte über die Situation der Frauen hätten nämlich die Chance gegeben, vorurteilsfrei über die Situation der Frauen in Bayern zu diskutieren. Ich betone extra: vorurteilsfrei.

(Beifall bei der CSU)

Es wäre möglich gewesen, vorurteilsfrei zu untersuchen, was Frauen heute bereits erreicht haben, wo es Defizite gibt und wo wir durch unterschiedliche Maßnahmen etwas erreichen können, sei es staatlicher oder anderer Art. Dabei geht es nicht nur um Maßnahmen staatlicher Art. Ich weigere mich alles auf den Staat zu schieben und nicht nachzufragen, in welchem anderen Bereichen man tätig werden kann.

(Beifall bei der CSU)

Man hätte fragen können: Wo gibt es strukturelle Probleme? Wo gibt es Vorurteile? Wo ist etwas abzubauen? Die Debatte hat diese Probleme aber nicht in den Mittelpunkt gestellt. Stattdessen diskutieren wir über Bilder und Vorstellungen, die wir anderen Parteien unterstellen.

Lassen Sie mich, auch wenn Sie es nicht hören wollen –

(Frau Steiger (SPD): Das ist eine Unterstellung!)

– Ich rede mit Ihnen, deshalb sehe ich Sie auch an.

(Zurufe von der SPD)

Ich schaue mir diejenigen an, die ich anschauen will. Ich lasse mir nicht vorschreiben, dass ich nach rechts schaue, wenn ich nach links schauen will.

(Beifall bei der CSU)

Auch wenn Sie es nicht gerne hören wollen: Die CSU steht für Wahlfreiheit. Die CSU steht für Wahlfreiheit von Männern und Frauen. Das haben wir bereits in unserem Grundsatzprogramm in den Achtzigerjahren deutlich gemacht. Wir wollen kein verordnetes Frauenbild in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei der SPD)

Jeder Mann und jede Frau soll sich frei entscheiden können, was sie oder er will. Ich bedaure wirklich sehr, dass die Lebensentscheidung von Frauen, dass Frauen, die sich entschieden haben – nicht ich, aber andere – als Hausfrau und Mutter ihre Kinder großzuziehen und die Erhebliches leisten, hier kleingeredet werden. Sie werden nicht positiv bewertet.

(Anhaltende Unruhe bei der SPD)

Ich bedaure wirklich sehr, dass man ihnen unterstellt, dass sie keine selbstständigen Frauen sind.

(Frau Radermacher (SPD): Das ist nicht wahr!)

Man unterstellt ihnen, dass sie eigentlich etwas anderes gewollt hätten und dass sie nichts leisten.

(Frau Steiger (SPD): Wer von uns hat das gesagt?)

Denken Sie doch an die Diskussion, die Frau Simonis kürzlich bei Frau Christiansen führte. Es ging um die Rentenanwartschaft von Frauen. Es wurde gesagt, die Erziehungszeiten seien nur ein kleiner Beitrag für die Erziehungsleistung der Frauen. Darauf sagte Frau Simonis: „Warum sollen die Frauen Renten erhalten, sie haben doch nichts gearbeitet.“ – Sie haben doch nichts gearbeitet!

(Zurufe von der CSU: Hört, hört! – Frau Peters (SPD): Wir haben die Anrechnungsjahre für Kinder erhöht, nicht Sie!)

Diese Frauen haben Kinder erzogen und damit einen enormen Beitrag für unsere Gesellschaft geleistet.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Ich prangere es genauso an, wenn Frauen, die erwerbstätig sind, die es sehr gerne sind, die Vollzeit arbeiten und das sehr gerne tun, kritisiert werden. Auch ich bin

eine Frau, die sich ganz klar für den Beruf entschieden hat, die sich entschieden hat, Politik und Beruf miteinander zu verbinden.

(Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genauso sieht Ihre Wahlfreiheit aus: entweder – oder!)

Ich erwarte von Ihnen, dass Sie andere Frauen, die diesen Weg nicht gegangen sind, die für sich einen anderen Weg gewählt haben, genauso wertschätzen.

(Hofmann (CSU): So ist es!)

Hören wir doch endlich auf, uns gegenseitig vorzuwerfen, welchen Lebensweg wir gehen. Reden wir das andere nicht schlecht, akzeptieren wir die Entscheidungen, schaffen wir die Voraussetzungen, dass sich die Frauen tatsächlich entscheiden können.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Das tun wir doch!)

Schaffen wir doch die Rahmenbedingungen, dass sich die Frauen tatsächlich entscheiden können.

(Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt gute Voraussetzungen dafür. Denken Sie doch nur an die Ausbildungsmöglichkeiten. Was haben die Frauen inzwischen erreicht? – Mehr Mädchen als Buben besuchen weiterführende Schulen. Mehr junge Frauen als junge Männer haben erstmals in diesem Semester ein Studium an den bayerischen Universitäten begonnen. Mehr als 50% der Studienanfänger sind Frauen. Das ist doch toll. Sagen wir doch: „Für diese Frauen beginnt eine positive Zukunft.“ Ich könnte noch viele andere Bereiche aufzählen, wo wir etwas erreicht haben. Machen wir doch Mut. Arbeiten wir doch daran, strukturelle und auch andere Schwierigkeiten abzubauen. Der Präsident schickt mir ein Rotzeichen. Ich muss leider aufhören.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Der Präsident schickt keine Drohzeichen, sondern Zeitzeichen.

(Zuruf von der SPD: Rotzeichen! – Heiterkeit bei der SPD)

– Ach, Rotzeichen. Ich habe Drohzeichen verstanden. Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Dr. Kronawitter.

Frau Dr. Kronawitter (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Frauen sind keine besseren Männer. Daran habe ich mich zu Beginn Ihrer Rede erinnert gefühlt, Frau Kollegin Fickler.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben mit Ihren Ausführungen wirklich unter die Gürtellinie geschlagen. Das dient der Sache der Frauen wahrlich nicht.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Kollegin Prof. Männle, Sie haben sehr eingehend darüber gesprochen, dass Frauen die Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf bekommen sollen. Ich darf Ihnen sagen: Ich, als Person, habe diese Wahlfreiheit nutzen können, und ich stehe auch dazu, dass ich sie jahrzehntelang genutzt habe. Aber – und jetzt kommt das Aber – Tatsache ist, dass in Bayern derzeit fast 70 von 100 Frauen im erwerbsfähigen Alter berufstätig sind. Das heißt, für diese Frauen stellt sich die Frage der Wahlfreiheit offensichtlich nicht. Sie sollen oder wollen den Beruf ausüben.

(Hofmann (CSU): Was wollen Sie denn dann?)

– Ich will Ihnen sagen, was ich meine. Eine erwerbstätige allein Erziehende kann sich nicht überlegen, ob sie zu Hause bleibt. Das ist der Punkt.

(Frau Radermacher (SPD): Sie muss arbeiten!)

Unter diesen von mir genannten 70 Frauen sind sehr viele genau in dieser Situation. Wir stellen also fest, dass viele Frauen im Erwerbsleben die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu bewerkstelligen haben. Sie müssen überlegen, wie sie es machen, um Kinder und Familie auf die Reihe zu bekommen. Im beruflichen Alltag müssen sich viele Frauen fragen, warum bei ihnen die Familie für die Karriere noch immer hinderlich ist, für die Männer hingegen nicht.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im beruflichen Alltag warten diese Frauen auch auf die Antwort, warum Frauen trotz guter, ja sehr guter Qualifikation, beruflich so schwer vorwärtskommen, jedenfalls schwerer als ihre männlichen Kollegen.

Es gibt noch eine weitere Tatsache, über die wir nachdenken müssen: Am Monatsende erfahren viele Frauen immer noch einen Unterschied, wenn sie auf den Gehaltszettel schauen. Sie verdienen in vergleichbaren Tätigkeiten rund ein Viertel weniger als ihre männlichen Kollegen. Sie verdienen weniger, obgleich nach dem Gesetz der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gilt.

(Beifall der Abgeordneten Lück (SPD))

Es stimmt also noch immer etwas nicht mit der tatsächlichen Chancengleichheit von Frauen im Berufsleben. Politik und Tarifvertragsparteien sind aufgefordert zu handeln. Ich pflichte Frau Kollegin Männle wirklich bei: Nicht alles kann von der Politik gemacht werden.

Politik beeinflusst aber ganz wesentlich die gesellschaftliche Einschätzung und die Diskussion in der Gesellschaft über bestimmte Probleme.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen es als Skandal empfinden, dass 36% der Personalchefs die Verbindung von Frauen und Kindern – wenn Mütter erwerbstätig sind – als problematisch ansehen. Daran ist unter anderem sichtbar, warum Frauen schwerer vorankommen.

Für uns ist es untragbar, dass die Einkommensdifferenz zwischen Männern und Frauen bei vergleichbaren Tätigkeiten 25% beträgt. Diese Differenz – dazu gibt es exakte Studien – steigt mit wachsender Qualifizierung und mit der Dauer der Erwerbstätigkeit. Daran wird noch einmal Ungerechtigkeit deutlich.

Wir brauchen in Bayern eine Strategie, die diese Benachteiligungen abzubauen hilft. Diese Strategie wird von der EU-Kommission und von den Mitgliedsländern gefordert. Bayern muss jetzt in die Gänge kommen und seinen Beitrag dazu leisten.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wünschen uns – und wir brauchen dieses auch – von der bayerischen Frauenministerin in Sachen Frauenförderung in der Privatwirtschaft noch mehr Impulse. Wir brauchen eine aktivere Unterstützung bei der Umsetzung der Vereinbarkeit zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit in der Wirtschaft. Wir müssen mithelfen, dass Unternehmen erkennen: Frauenfreundlichkeit, Familienfreundlichkeit ist wettbewerbsförderlich.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Böhm: Jetzt hat die Frau Kollegin Dodell das Wort.

Frau Dodell (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Lochner-Fischer versucht, hier ein Bild zu malen, dass die CSU die Frauen zurück an den Herd drängt. Sie versucht, ein Bild von einem hinterwäldlerischen Land Bayern zu malen, das es den Frauen nicht ermöglicht, berufstätig zu sein. Sie versuchen, ein Bild zu vermitteln, dass Frauen in Bayern massiv behindert werden, berufstätig zu sein.

(Frau Steiger (SPD): Frau Dodell, Sie haben nicht zugehört! – Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bayern ist nicht nur die CSU!)

Ich sage Ihnen: Genau das Gegenteil ist der Fall. Die Wirklichkeit sieht in Bayern ganz anders aus.

(Beifall bei der CSU – Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt zwar, aber nicht wegen euch!)

Frau Kollegin Dr. Kronawitter, Sie haben zu Recht gesagt, in Bayern arbeiten circa 68 bis 70% der Frauen – auch mit Kindern. Das ist die Wirklichkeit. Die Frauen

gehen nicht zurück an den Herd, sondern viele Frauen bei uns arbeiten.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Trotz Förderpolitik! Nicht wegen Eurer Politik!)

Viele tun das aufgrund ihrer persönlichen Wahlfreiheit. Sie haben sich dafür entschieden. Ich sage dazu: Wir sehen die Realität. Viele Frauen stehen heute unter einem großen Druck. Die Mieten sind hoch, viele Lebensstandards sind zu erfüllen.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Kinderbetreuung ist schlecht!)

Davor machen wir die Augen nicht zu. Wir stehen ganz klar für die Wahlfreiheit der Frauen.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihr tut nichts dafür!)

Wir sollten nicht polemisch agieren wie Sie, sondern wir sollten gemeinsam versuchen, die Rahmenbedingungen zu verbessern, damit diese Wahlfreiheit auch gewährleistet ist.

(Beifall bei der CSU)

Bei Ihnen – und das ist nicht nur mein Eindruck – hat eine Frau, die sich der Erziehung und der Familie widmet, überhaupt keinen Stellenwert mehr.

(Frau Dr. Kronawitter (SPD): Das ist doch nicht wahr!)

Sie wollen Staat, Staat und nochmals Staat. Ihr eigener Generalsekretär beansprucht mit einer Kulturrevolution, wie er das nennt, die Lufthoheit über den Kinderbetten. Genau das wollen Sie.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen eine echte Wahlfreiheit. Wir sind eine liberale Partei, die versucht, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Steiger (SPD) – Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Seit wann seid ihr liberal?)

– Das sind wir, schauen Sie genau hin.

Wir sind eine Partei, die dafür sorgt, dass die Erziehungstätigkeit tatsächlich aufgewertet wird. Sie hätten doch auf Bundesebene die Möglichkeit, das Familiengeld einzuführen, und damit die Erziehungstätigkeit der Frauen aufzuwerten.

(Beifall bei der CSU – Frau Lück (SPD): Ohne zu sagen, woher es kommen sollen!)

Wir wollen die Rahmenbedingungen für eine flexible Arbeitswelt schaffen.

(Zurufe von Abgeordneten der SPD)

– Hören Sie doch einmal zu.

(Frau Steiger (SPD): Warum sind Sie gegen die Grundsicherung?)

Ihr Gesetz, das den Teilzeitanpruch regelt, war für die Frauen in der Arbeitswelt eher kontraproduktiv als hilfreich. Wir wollen die Arbeitsbedingungen für eine flexible Arbeitswelt und eine flexible Kinderbetreuung schaffen, die den Frauen hilft, eine Entscheidung im Rahmen ihrer Wahlfreiheit zu treffen.

Wir hatten im vorigen Jahr eine Anhörung zum Thema Familie und Arbeitswelt. Wir hatten interessante Gespräche mit Unternehmern geführt, die uns geschildert haben, welche Anstrengungen sie von sich aus – im Übrigen ohne Staat und ohne Zuschüsse – unternehmen, um die Arbeitsbedingungen familienfreundlich zu gestalten. Das reicht von der Kinderbetreuung bis hin zu Telearbeitsplätzen, Schulungsmaßnahmen und flexiblen Arbeitszeiten. Da ist viel auf dem Weg. Diese Arbeitgeber haben die interessante Erfahrung gemacht, dass das nicht nur für ihre Mitarbeiterinnen gut ist und zur Zufriedenheit und Motivation beiträgt, sondern sie haben auch die Erfahrung gemacht, dass das für sie selbst gut ist. Sie finden eine ausreichende Zahl von Arbeitskräften.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist ganz neu!)

Das ist auch gut für die Stellung im Wettbewerb. Das müssen viele unserer Arbeitgeber noch verinnerlichen. Deshalb ist der Frauenförderpreis, den das Sozialministerium ausreicht und das ausgezeichnete Beispiele aufzeigt, sehr hilfreich.

(Frau Steiger (SPD): Wenn man Frauen auszeichnet, dann hat man es geschafft?)

Sie werden sehen, meine Damen und Herren von der Opposition, die demografische Entwicklung, angesichts der wir davon ausgehen, dass in den nächsten Jahrzehnten 25 bis 35% weniger Arbeitskräftepotenzial zur Verfügung steht, wird dazu führen, dass noch mehr Frauen im Arbeitsmarkt benötigt werden. Die Frauen werden für den Arbeitsmarkt noch attraktiver werden. Deswegen müssen wir nach flexiblen Bedingungen schauen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal grundsätzlich sagen: Wir wollen, dass sich die Frauen entscheiden können, dass die Familienarbeit aufgewertet wird, damit sie in unserer Gesellschaft den Stellenwert bekommt, der ihr gebührt. Wir wollen, dass die Arbeitswelt und die Kinderbetreuung flexibel werden.

(Frau Lück (SPD): Und was tun Sie dafür? – Frau Biedefeld (SPD): Tun Sie es doch endlich!)

Wir wollen nicht nur den Ruf nach Krippenplätzen hören, wie Sie ihn tagtäglich durch die Zeitungen jagen. Lassen Sie es uns gemeinsam anpacken.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Jetzt hat die Frau Kollegin Förstner das Wort.

Frau Förstner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Unser Anliegen ist, dass alle Frauen in Bayern gleiche Lebenschancen haben, ganz gleich, wo sie wohnen.

(Beifall bei der SPD)

Gleiche Chancen heißt, einer Arbeit, einer Erwerbstätigkeit nachgehen zu können, wenn Frauen aus familiären und/oder materiellen Gründen darauf angewiesen sind oder das aus persönlichen Gründen wollen.

Präsident Böhm: Entschuldigen Sie, dass ich Sie kurz unterbreche: Namentliche Abstimmung wird zu diesem Punkt beantragt. Wegen der Viertelstunde Differenzzeit weise ich darauf hin. Entschuldigen Sie, Frau Förstner.

Frau Förstner (SPD): – Das macht nichts.

Auch wir sind für Wahlfreiheit, aber für eine wirkliche. Die Frauen müssen sich wirklich entscheiden können. Wie sieht es denn da bei uns aus? Inwieweit sind denn die Chancen für Frauen in Bayern gleich?

Festzustellen ist, dass wir bei Frauen im Alter zwischen 20 und 40 Jahren eine der geringsten Beschäftigungsquoten in Bayern haben. Das Alter zwischen 20 und 40 ist die Zeit, in der die Kinder klein sind und zur Schule gehen, also betreut werden müssen. Der Zusammenhang mit fehlenden oder unzureichenden Kinderbetreuungseinrichtungen ist evident.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Familie und Berufsausübung sind für viele immer noch nicht gleichzeitig zu vereinbaren. Ob Bayerns Frauen ausreichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, hängt letztlich davon ab, wo sie leben.

Wohnen sie in größeren und damit auch in reicheren Gemeinden, stehen ihnen bessere Kinderbetreuungsmöglichkeiten zur Verfügung als auf dem flachen Land. Beispielsweise gibt es im Landkreis Regensburg Horte, also Ganztagsbetreuung, nur in wenigen größeren oder stadtnahen Gemeinden; Ganztagsbeschulung gibt es nirgendwo im Landkreis. Frauen aus den entfernter liegenden Orten ist es auch wegen des unzureichenden ÖPNV-Angebotes auf dem flachen Land unmöglich, ihre Kinder dort unterzubringen, wo sie den ganzen Tag betreut oder beschult werden können. Wenn der Freistaat die Kommunen in der Vergangenheit nicht immer stärker belastet hätte, wäre es auch für die ärmeren Gemeinden leichter gewesen, entsprechende Einrichtungen zu schaffen.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gleiche Chancen für Frauen in Bayern gibt es auch für diejenigen nicht, die nach einer langen Familienphase wieder in die Erwerbstätigkeit einsteigen wollen. Wenn Frauen außerhalb der Ballungsräume leben, ist es für sie viel schwieriger, sich nach einer langen Familienphase wieder in das Berufsleben einzugliedern. Zwar stehen Mittel aus dem ESF-Ziel 3 und auch nach dem SGB III für Wiedereingliederungsmaßnahmen zur Verfügung, aber echte berufsqualifizierende Maßnahmen gibt es im Verhältnis zu Orientierungsmaßnahmen und Beratungshilfen nur wenige. Da sollte man die Mittel etwas anders einsetzen.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Erfolg von zwei beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen, zum einen in Ansbach und zum anderen in Straubing, zeigt, wie wichtig berufliche Qualifizierung ist. In Straubing liegt die Rückkehrquote zwischen 70 und 90%, und in Ansbach haben 50% der Frauen bereits feste Zusagen für Anstellungen erhalten, obwohl die Maßnahme noch nicht beendet ist.

Ich fasse zusammen: Für Frauen in Bayern gibt es keine gleichen Lebenschancen, wegen fehlender oder unzureichender Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche in ländlichen Gebieten, wegen des Problems, nach einer langen Familienphase nicht wieder in die Erwerbstätigkeit einsteigen zu können. Ich fordere die Staatsregierung auf, dem Verfassungsauftrag nachzukommen und überall in Bayern für gleiche Lebenschancen der Frauen zu sorgen.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Böhm: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Pongratz.

Frau Pongratz (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für mich als Frau ist Frauenpolitik nicht nur Kinderbetreuung. Ich möchte noch ein anderes Thema aufgreifen: Zur Frauenpolitik in Bayern gehört auch das Ehrenamt. Überall sind Frauen ehrenamtlich tätig.

(Lachen bei der SPD)

Meine Damen, hören Sie zu. Gute Taten werden hauptsächlich von Männern gepredigt, aber hauptsächlich von Frauen getan. Dies sagte Lady Nancy Witcher Astor, die erste weibliche Unterhausabgeordnete im englischen Parlament.

(Zahlreiche Zurufe von der SPD)

Rund 1,1 Millionen Menschen in privaten Haushalten in Deutschland bedürfen regelmäßiger Pflege. 77% von ihnen, also rund 860 000, werden von einer Hauptpflegeperson versorgt, die fast immer aus der engeren Verwandtschaft stammt. Über 90% dieser Hauptpflegepersonen sind Frauen: Ehefrau, Tochter oder Schwiegertochter. Allerdings sinkt die Bereitschaft der nachwach-

senden Generation zur Pflegeübernahme aufgrund anderer Lebensentwürfe. Zudem sinkt die Zahl der Menschen mit eigenen Nachkommen, was sich wiederum auf das Pflegepotenzial auswirkt.

Über 25 Millionen Deutsche engagieren sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich. Sie treten freiwillig, unentgeltlich für andere, für das Gemeinwohl ein. Erfreulich ist, dass sich überdurchschnittlich viele Jugendliche ehrenamtlich betätigen. Anlässlich des Tages des Ehrenamtes in der vergangenen Woche veröffentlichte die „Süddeutsche Zeitung“ Zahlen aus der jüngsten Studie zur Freiwilligenarbeit. Danach sind 37% der 14- bis 24-Jährigen ehrenamtlich tätig – von der gesamten Bevölkerung sind es 34%. Was bedeutet dies, meine Damen und Herren? Diese Menschen leisten jeden Monat über 240 Millionen Stunden freiwillige und unbezahlte Arbeit. Wirtschaftlich gesehen entspricht dies einer jährlichen Wertschöpfung in Höhe von über 24 Milliarden €.

(Zuruf von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Bitte, hören Sie mir zu; ich höre Ihnen auch immer zu.

Das Jahr des Ehrenamtes 2001 hat die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements wieder stärker ins Bewusstsein der Menschen gerückt. Gemeinsam wurden Ideen entwickelt und Wege aufgezeigt, wie die Gesellschaft zugleich menschlicher und leistungsfähiger werden kann. Die CSU-Fraktion und insbesondere unser Fraktionsvorsitzender Alois Glück vertreten dieses Konzept der aktiven Bürgergesellschaft – ein Modell, bei dem alle gewinnen.

Im November folgten 400 engagierte Bürgerinnen und Bürger der Einladung zum Fachforum der CSU-Fraktion „Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt“. Dabei wurde klar, dass bei den freiwilligen Leistungen der Vereine und Verbände nicht gespart werden dürfe; denn Sparen an dieser Stelle würde die Ehrenamtlichkeit in unserer Gesellschaft entmutigen. Wir brauchen eine aktive Bürgergesellschaft nicht zuletzt deshalb, weil die immer komplexer werdenden Probleme vom Staat allein nicht zu lösen sind. Die Zahl der Selbsthilfegruppen von Bürgerinnen und Bürgern lösen die Probleme vor Ort oder bewältigen Lebenskrisen gemeinsam.

Für viele Frauen gehört aktives bürgerschaftliches Engagement traditionell zur Lebensgestaltung. Dabei gibt es unterschiedliche Schwerpunkte bei Frauen und Männern. Der Schwerpunkt bei Frauen liegt in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Kindergärten, Naturschutz.

(Zurufe von der SPD)

Frauen sind aber nicht nur im sozialen Bereich tätig, sondern natürlich auch in Sportvereinen, in Pfarrgemeinden, in Umweltverbänden, in der Kultur und in der Politik.

(Zuruf von der SPD: Aber nicht vorne dran!)

Den größten Teil nimmt aber der sozial-karitative Bereich ein. Dieser Bereich steht vor Sport und Freizeit an der

Spitze der Felder ehrenamtlicher Tätigkeit. Über Dreiviertel der hier Engagierten sind Frauen.

Zu einer Bürgergesellschaft gehört die volle Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Sie lebt von der uneingeschränkten Beteiligung und Mitverantwortung in allen Bereichen.

Die demografische Entwicklung ist schon angesprochen worden.

Ich komme nochmals zurück zum Ehrenamt. Freiwilliges Engagement ist auch die Chance für jeden einzelnen, sich einzumischen und mitzugestalten. Ehrenamtliches Tun ist für unsere Gesellschaft unverzichtbar. Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement verdienen deshalb auch Dank und Anerkennung, vor allem aber auch Unterstützung.

Präsident Böhm: Jetzt sollten Sie zum Ende kommen, Frau Kollegin.

Frau Pongratz (CSU): Darf ich noch einen Satz sagen? – Ein letzter Satz: Für mich gehört zur Frauenpolitik in Bayern auch die Freiwilligenarbeit von Frauen im Ehrenamt. Ich wünsche allen Frauen und Männern, die im Ehrenamt tätig sind, weiterhin viel Freude und Kraft, für die Allgemeinheit tätig zu sein.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Jetzt hat Frau Kollegin Biedefeld das Wort.

Frau Biedefeld (SPD): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es bemerkenswert, dass Frau Ministerin Stewens zumindest den Großteil dieser Debatte mitverfolgt hat. Das ist schon bemerkenswert.

(Willi Müller (CSU): Nicht nur sie allein war da! Eine ganze Menge von Kabinettsmitgliedern war anwesend!)

Sie hat wohl die Aussage Ihres Chefs, des Herrn Ministerpräsidenten, in der letzten Woche nicht gehört. Er hat von Werten gesprochen, von Werten wie Disziplin und Pünktlichkeit. Anscheinend ist das bei Ihnen noch nicht angekommen, Frau Stewens.

(Beifall bei der SPD)

Ich frage mich, ob Sie sich in Ihrer Position – Sie sind nicht ganz unumstritten – einen derartigen Ungehorsam überhaupt noch leisten können.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde es bemerkenswert, dass es die Frauenministerin in Bayern herausstellt, dass sie bei der Verleihung eines Frauenförderpreises speziell die Frauen begrüßt. Das ist als Ergebnis der Gleichstellungs- und Frauenpo-

litik in Bayern etwas mager; darauf kann sich Frauenpolitik allein nicht beschränken.

Ich kann nur stichwortartig einige Beispiele ihrer Frauen- und Gleichstellungspolitik anführen, zum Beispiel das Gleichstellungsgesetz, das sehr zahnlos und nicht sehr zielführend ist und nicht dazu beiträgt, Frauen- und Gleichstellungspolitik in unserem Land tatsächlich voranzubringen; das ist Ihr Werk. Der Gleichstellungsbericht wird immer mit etwas eigenartigen Ausreden verzögert vorgelegt. Das zeigt wohl, dass Sie ein rein theoretisches Interesse an einer Frauenpolitik haben. Ich möchte weiter die – im Gegensatz zur Politik auf Bundesebene – völlig unzureichende Anwendung des Prinzips des Gender Mainstreaming ansprechen. Ich möchte daraus schließen, dass Sie entweder keine Ahnung von diesem Thema oder kein Interesse an einer besseren Frauen- und Gleichstellungspolitik in Bayern haben. Ich spreche weiter die halbherzige Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes an. Ich könnte noch vieles mehr anführen. Das ist Ihre Frauen- und Gleichstellungspolitik in Bayern.

Es wäre angesagt, endlich einmal zu handeln und nicht immer nur, wie Frau Dodell, zu sagen: Wir wollen, wir wollen, wir wollen.

(Beifall bei der SPD)

Auch Kollegin Männle hat eben nur von Ankündigungen und davon, was wünschenswert wäre, gesprochen. Auch wenn es vor Weihnachten die richtige Zeit ist, Wünsche aufzulisten, wollen wir doch lieber Taten sehen.

Frau Kollegin Dr. Fickler, was Sie zu Anfang ausgeführt haben, war schon eine böse, böse Unterstellung.

(Frau Radermacher (SPD): Geschmacklos war das!)

– Ich greife das auf, Frau Kollegin Radermacher: Das waren geschmacklose Ausführungen. Sie wissen sehr wohl, dass die Kollegin Lochner-Fischer seit vielen Jahren – seit sie Mitglied des Bayerischen Landtags ist – für die SPD-Fraktion federführend, auch als AsF-Landesvorsitzende, die Frauen- und Gleichstellungspolitik in der Fraktion und hier im Hohen Hause vertritt und vorangebracht hat.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Dann heißt es immer: Wir wollen die Wahlfreiheit. Darauf möchte ich gerne eingehen. Heißt Wahlfreiheit, dass sich Frauen – oder auch Männer – zwischen Familie oder Beruf entscheiden müssen? – Genau das wollen wir nicht. Wir wollen keine Wahlfreiheit. Ich möchte mich auch als junge Frau nicht zwischen Familie und Beruf entscheiden müssen, sondern ich möchte die Möglichkeit haben, Familie und Beruf zu vereinbaren. Das ist unser Ansatz.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage ganz klar: Hier wird immer noch versucht, Frauen zu bevormunden. Sie wollen Frauen vorschreiben, wie sie ihr Leben, ihr Familienleben, ihre Lebensentwürfe zu gestalten haben.

(Hofmann (CSU): Das stimmt nicht! – Willi Müller (CSU): Das lassen die gar nicht zu! – Weitere Zurufe von der CSU)

– Jawohl. Ich greife ein Beispiel des Herrn Kollegen Goppel auf: Eine Familie besteht aus Frau und Mann mit Trauschein und mit Kind oder Kindern. Für uns besteht eine Familie dort, wo Kinder sind. Das kann auch eine allein erziehende Mutter oder ein allein erziehender Vater sein.

(Zahlreiche Zurufe von der CSU)

In Ihrer Familienpolitik gilt eine allein erziehende Frau wohl als nicht förderwürdig.

(Hofmann (CSU): Da haben wir kein Problem! – Zahlreiche Zurufe von der CSU)

Sie haben nach wie vor Ihr altes Klischee, das ist nach wie vor Ihre alte Ansicht von Familienpolitik. Das ist auch ein wichtiger Grund dafür, warum wir in der Gleichstellungs- und Frauenpolitik in Bayern nicht weiterkommen.

(Zahlreiche Zurufe von der CSU – Unruhe)

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 28. Mai 1993 eindeutig festgelegt, dass der Staat für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sorgen hat und Frauen nicht gezwungen sein dürfen, sich für das eine oder andere zu entscheiden. Im Bundesverfassungsgerichtsurteil ist von Vereinbarkeit, nicht von Wahlfreiheit die Rede. Setzen Sie dieses Bundesverfassungsgerichtsurteil doch endlich um.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsident Böhm: Nächste Rednerin ist – – Entschuldigung, nächster Redner ist Herr Kollege von Rotenhan.

(Zahlreiche Zurufe – Heiterkeit)

Freiherr von Rotenhan (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es darf doch wohl nicht wahr sein, dass dann, wenn es um die Gleichstellung von Frauen geht, nur Frauen reden dürfen und wir Männer gar nichts mehr dazu zu sagen haben.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Auch wenn sich in den ersten fünf Reihen der Opposition die gesamte Frauenpower der beiden Oppositionsfraktionen niedergelassen hat,

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Ihr habt doch gar keine! – Zahlreiche Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Unruhe)

muss ich doch feststellen, dass sich die Männer Ihrer Fraktion klaglos auf die Hinterbank zurückgezogen haben und sich offenbar gar nicht trauen, zu diesem Thema überhaupt noch etwas zu sagen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU – Frau Steiger (SPD): Helfen Sie doch einmal!)

Ich bin meinem Kollegen Hofmann sehr dankbar, dass er dafür gesorgt hat, dass ich hier noch etwas sagen kann. Sie merken – ich habe kein Manuskript mitgebracht –, dass ich aus dem Stegreif spreche.

(Unruhe)

Ich gebe offen zu, dass sich mein Familien- und Frauenbild stark von dem unterscheidet, was Sie heute vorgebracht haben.

(Beifall bei der CSU – Frau Radermacher (SPD): Solange wir das nicht übernehmen müssen!)

Ich habe überhaupt kein Problem damit zuzugeben, dass die Lebensleistung meiner Frau sehr viel größer ist als meine eigene: Sie hat nämlich sieben Kinder geboren. Solche Leistungen sollten honoriert werden. Heute habe ich aus Ihren Ausführungen herausgehört – ich will das übertrieben formulieren –, dass es die größte Strafe Gottes ist, dass Frauen Kinder kriegen können.

(Beifall bei der CSU – Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist eine Beleidigung für jede Frau! – Lebhaftige Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Große Unruhe)

Was Sie heute zur Gleichberechtigung von Mann und Frau vorgetragen haben, ist nichts anderes als eine Renaissance des Suffragettentums.

(Beifall bei der CSU – Anhaltende Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben meiner Ansicht nach an den Hauptproblemen vorbeigeredet; Frau Kollegin Männle ist darauf zu sprechen gekommen. Heute geht es doch darum, dass Frauen, die sich dazu bereit erklärt haben, in einer partnerschaftlichen Gemeinschaft mit ihrem Mann Kinder groß zu ziehen, nicht benachteiligt werden, wenn sie in Rente sind.

Vor kurzem hat im politischen Klub der CSU-Fraktion Prof. Opaschowski einen Vortrag gehalten, der in den Worten gipfelte – meine Damen und Herren, hören Sie bitte zu! –: „Kinder nutzen heute denen am meisten, die keine haben.“

(Beifall bei der CSU – Zahlreiche Zurufe von der SPD)

Das darf doch wohl nicht sein. Keine Ihrer Rednerinnen ist darauf zu sprechen gekommen. Ich habe Ihren Reden immer wieder entnommen, dass es für Sie das Selbstverständlichste ist, dass eine Frau ein Kind bekommt und anschließend der Staat dafür zu sorgen hat, dass sich jemand darum kümmert.

(Frau Radermacher (SPD): So ein Schmarrn, so ein Blödsinn!)

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen – jetzt können Sie schreien –: Die Frau, die nicht bereit ist, sich wenigstens in den ersten drei Lebensjahren um ihr Kind zu kümmern, sollte sich überlegen, ob sie sich ihren Kinderwunsch erfüllt.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Lebhafter Widerspruch bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Mir war klar, dass Sie jetzt schreien werden; das tut Ihnen weh. Ich kann es nicht ändern, aber einer muss es Ihnen doch mal erklären.

(Zahlreiche Zurufe von der SPD – Zuruf der Frau Abgeordneten Gote (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, die Frau, die Kinder erzogen hat – – Gott sei Dank ist meine Stimme so laut, dass ich Sie übertönen kann.

Präsident Böhm: Frau Gote, was Sie machen, ist mehr als nur ein Zwischenruf.

Freiherr von Rotenhan (CSU): Die Frau, die Kinder erzogen hat, darf doch im Alter nicht schlechter dastehen als zum Beispiel die Frau, die Professorin geworden ist. Ich lese, dass 40 % der Hochschulabsolventinnen gar nicht mehr Mutter werden wollen. Es darf doch nicht sein, dass die Frauen, die Kinder erzogen haben, in der Rente schlechter gestellt sind als die Frau, die Geld verdient hat.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Ich will gar nicht behaupten, dass es bei uns keine Versäumnisse gegeben hätte. Für die Frau, die sechs, sieben oder acht Kinder erzogen hat und, wenn sie Bäuerin ist, von einer landwirtschaftlichen Rente von 450 € leben muss,

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keine Diskriminierung der Landbevölkerung! – Frau Steiger (SPD): Die Grundsicherung wollten Sie nicht haben!)

muss es in irgendeiner Form eine Vorabrente geben, damit sie nicht schlechter gestellt ist als eine Kreissparkassendirektorin oder die Hochschulprofessorin, die ihr Geld verdient haben. Es sei ihnen ja von Herzen gegönnt.

Aber das, was im Moment stattfindet, ist eine Ausbeutung der Frauen, die Kinder haben, zugunsten derer, die keine Kinder erzogen haben.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hätte gerade von den Damen, die so schön hier vorne sitzen, erwartet, dass sie auf diese Sache einmal zu sprechen

gekommen wären; so ist es leider mir vorbehalten. Ich habe gezählt, dass ich allein mehr Kinder in die Welt gesetzt habe als die Damen der Fraktion der GRÜNEN zusammen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Das Wort hat Frau Kollegin Lochner-Fischer.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

Frau Lochner-Fischer (SPD): Meine Damen und Herren, erschreckend war dieser Beitrag des Kollegen von Rotenhan für uns alle, aber noch erschreckender, meine Damen und Herren von der CSU ist, dass Sie dem auch noch Beifall klatschen.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, was hier vor dem Mikrophon des Hohen Hauses gerade gesagt worden ist, ist schlicht verfassungswidrig.

(Unruhe bei der CSU)

Ich werde Ihnen deshalb im Wortlaut vorlesen, was das Bundesverfassungsgericht am 28. Mai 1993 aufgrund Ihrer Verfassungsklage gegen den Paragraphen 218 des Strafgesetzbuchs beschlossen hat. Ich zitiere:

Der Schutz des ungeborenen Lebens, der Schutzauftrag Ehe und Familie und die Gleichstellung von Mann und Frau in der Teilhabe am Arbeitsleben verpflichten den Staat und insbesondere den Gesetzgeber, die Grundlagen dafür zu schaffen, dass Familientätigkeit und Erwerbstätigkeit aufeinander abgestimmt werden können und die Wahrung der Familienerziehungsaufgaben nicht zu beruflichen Nachteilen führt. Dazu zählen auch rechtliche und tatsächliche Maßnahmen, die ein Nebeneinander von Erziehungs- und Erwerbstätigkeit für beide Elternteile ebenso wie eine Rückkehr in eine Berufstätigkeit und einen beruflichen Aufstieg auch nach der Kindererziehungszeit ermöglichen.

Herr Kollege von Rotenhan

(Kaul (CSU): Er hat nichts Gegenteiliges gesagt!)

hat in dankenswerter Klarheit genau das Familienbild gezeichnet, das ich Ihnen schon am Anfang angekreidet habe. Herr Kollege von Rotenhan, alle Achtung vor Ihrer Frau: Sie hat nämlich die sieben Kinder auf die Welt gebracht und erzogen, damit Sie im Landtag tätig sein können.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Kaul (CSU): Und Ihr Mann arbeitet, damit Sie im Landtag tätig sein können!)

Wenn Sie sich an der Erziehungsarbeit in gleicher Weise beteiligt hätten, so wie wir das fordern, wäre Ihre Kar-

riere innerhalb der CSU mit Sicherheit anders verlaufen, als sie verlaufen ist.

Ich komme noch einmal auf einen Punkt, der Ihnen enorm zu gefallen scheint, nämlich das Auseinanderdividieren von Frauen, die bei ihren Kindern bleiben können, und anderen, die arbeiten gehen. Sie wissen doch – Sie haben sogar die Kinder zusammengezählt –, dass bei der SPD-Fraktion genügend Frauen sind, die ebenfalls eine längere Zeit Familienarbeit gemacht haben, ohne gleichzeitig berufstätig zu sein. Sie – ich sage es noch einmal – reden immer von Wahlfreiheit. Aber die Mehrheit der Frauen insgesamt und vor allem die Mehrheit der berufstätigen Frauen hatte nie eine Wahl. Es sei denn, Sie sagen klar und deutlich wie gerade eben, die Frau muss sich entscheiden, ob sie berufstätig sein oder ein Kind bekommen will. Das ist aber verfassungswidrig, und wir lehnen das ebenfalls ab.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen nämlich Kinder bekommen und haben auch Kinder. Und wir wollen trotzdem unsere Miete bezahlen können, und wir wollen trotzdem davon leben können, und wir wollen trotzdem ein Auto fahren und vielleicht ab und zu in den Urlaub. Wir sind nicht bereit, uns dieser Doktrin, die Sie im Land verbreiten, zu unterwerfen und zu sagen, die Frau muss sich entscheiden, entweder sie bekommt Kinder oder sie geht arbeiten. In dem Fall wollen wir das gleiche Recht wie Sie als Mann. Sie haben Kinder und alles andere auch. Die Mehrheit der Frauen will dieses endlich auch haben.

(Beifall bei der SPD)

Auffällig an der Diskussion heute war, dass zwar sonst immer über den Bund geredet wird, aber heute kein einziges Wort über den Bund verloren wurde. Das hat wohl seine Gründe. Denn der Bund zahlt. Und dieses sollten Sie, Frau Ministerin, in Ihre Homepage und sonstigen Veröffentlichungen bitte auch endlich aufnehmen. Der Bund zahlt die nächsten sechs Jahre an den Freistaat Bayern für Kinderbetreuungseinrichtungen 600 Millionen €, die gleiche Summe, die der Freistaat Bayern selbst aufbringt, wobei Sie immer schamhaft verschweigen, dass Sie die Hälfte des Geldes des Freistaates Bayern vorher bei den Kommunen abkassieren.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Böhm: Das Wort hat Frau Staatsministerin Stewens.

Frau Staatsministerin Stewens (Sozialministerium): Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Biedefeld, ich möchte eines richtig stellen und klarstellen: Wir haben immer gesagt, Wahlfreiheit bedeutet für uns, Erwerbstätigkeit und Familie wählen zu können. Das, was Sie hier behauptet haben, ist von uns noch nie in irgendeiner Form gesagt worden. Es heißt immer: Erwerbstätigkeit und Familie. Das stelle ich noch einmal klar. Alles andere ist eine Unterstellung.

(Beifall bei der CSU)

Bayern hat mit 69% die höchste Erwerbsquote bei den Frauen in den westlichen Ländern.

(Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Teilzeit!)

Deshalb können die Rahmenbedingungen für die Frauen in Bayern gar nicht so schlecht sein. Das möchte ich Ihnen ganz klar sagen.

(Beifall bei der CSU)

Zum Familienbegriff. Unser Familienbegriff ist eindeutig definiert. Familie ist da, wo Eltern für ihre Kinder Verantwortung tragen. Über die elterliche, väterliche und mütterliche Verantwortung definieren wir die Familie. Das heißt, dass wir selbstverständlich sehen, dass es sehr unterschiedliche Formen von Familie gibt, auch viele alleinerziehende Mütter. Den jeweiligen Lebensbedingungen tragen wir in unserer Politik Rechnung. Das ist ganz klar unsere Definition von Familie.

Lassen Sie mich noch kurz etwas zum Gender Mainstreaming sagen. Gender Mainstreaming kam in den Konzepten Hartz I und II überhaupt nicht vor. Fast alle Frauenverbände und Familienverbände haben an den Bundeskanzler geschrieben, weil es diesen Begriff in der Arbeitsmarktpolitik überhaupt nicht gibt. Dort müssen wir aber ansetzen, meine lieben Kolleginnen. Schauen Sie sich doch einmal das Regierungsprogramm der rot-grünen Koalition an: Was die Frauenpolitik angeht, ist es ausgesprochen mager. Das möchte ich Ihnen sagen, nachdem Sie schon darauf verweisen.

(Lachen bei der SPD)

Lassen Sie mich noch eine Richtigstellung vornehmen. Von dem 313-Millionen-€-Programm gehen 50 Millionen € in Baukosten und Investitionsförderung. Mit dem verbleibenden Betrag können bis zu 40% der Personalkosten gefördert werden.

Wenn man den kommunalen Anteil dazurechnet, dann muss man den Betrag noch wesentlich erhöhen. Denn die 313 Millionen € sind ausschließlich Finanzierungsmittel des Freistaates. Die Kommunen werden gerade bei den kommunalen Krippen und Horten in den fünf Jahren um insgesamt 112 Millionen € entlastet.

(Frau Biedefeld (SPD): Das stimmt nicht!)

Ich kenne dieses Programm sehr genau. 40% unserer Personalkosten haben in dieses Programm Eingang gefunden. Auch das möchte ich noch einmal ganz klar sagen.

(Frau Biedefeld (SPD): Sie nennen ständig falsche Zahlen!)

Ich bin auch der festen Überzeugung, dass wir mit unserer Frauenpolitik – –

Definieren Sie bitte Frauenpolitik nicht allein über die Kinderbetreuung.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das war der Schwerpunkt Ihrer Diskussion. Wir definieren Frauenpolitik über die unterschiedlichsten Bereiche.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Biedefeld (SPD))

Wir wollen gemeinsam mit der Wirtschaft ein Arbeitsleben gestalten, in dem die Frauen einen gerechten Lohn für ihre Arbeit bekommen und in dem sich die Frauen frei entscheiden können. Das halte ich für richtig.

In der Bildung und Ausbildung haben die Mädchen schon längst gleichgezogen. Wenn ich heute auf die Jugend blicke, dann sehe ich eine sehr selbstbewusste Jugend und insbesondere selbstbewusste junge Frauen, die ihre Chancen wahrnehmen wollen. Für uns ist wichtig, dass wir in diesem Bereich gemeinsam die politischen Rahmenbedingungen verbessern. In dieser Beziehung sind wir in Bayern auf einem sehr guten Weg.

(Beifall bei der CSU – Frau Biedefeld (SPD): Ankündigungen!)

Erster Vizepräsident Dr. Ritter: Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Kollegin Schopper.

(Unruhe)

Meine Herren, etwas mehr Höflichkeit bei der Frauendebatte!

Frau Schopper (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich wegen der Ausführungen unseres Kollegen von Rotenhan gemeldet. Er hat das wahre Gesicht der CSU gezeigt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Er hat gezeigt, dass er Frauen an dem Ort haben will, wo sie jahrzehnte- und jahrhundertlang von Ihnen hingestellt wurden. Sie wollen die Frauen an Heim und Herd.

Sie haben über die Benachteiligung bei der Rente gesprochen. In diesem Punkt könnten wir sogar zusammenkommen. Wir wollen ebenfalls keine Benachteiligung der Frauen bei der Rente.

(Zuruf des Abgeordneten von Rotenhan (CSU))

Die CSU muss doch ihre Politik ändern, wenn man sieht, dass 40% der Akademikerinnen kinderlos bleiben, weil sie ihren Beruf und ihren Kinderwunsch nicht vereinbaren können, obwohl sie dies wollen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb muss die Politik die Weichen stellen. Sie können sich nicht auf Politik von gestern verlassen, wenn die Politik von gestern nicht mehr funktioniert. Dabei können Sie, Ihre Produktivität in allen Ehren, mit vollen Hosen gut stinken, aber Sie müssen auch anderen Men-

schen zugestehen, dass es bei ihnen vielleicht nicht möglich ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie sich nicht bewegen, dann werden Sie noch mehr bei den Frauen verlieren, weil diese halbscharigen Anwandlungen und was Sie mit deprivierten Frauen –

Manche Frauen sind allein erziehend und müssen arbeiten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist nicht nur so, dass die allein Erziehenden arbeiten müssen, sondern viele Frauen habe gute Noten, die gute Ausbildung und den Anspruch, dort hineinzuwollen, wo Sie Ihre Pfründe haben. Sie wollen Ihnen an den Kragen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Das bedeutet: gleicher Lohn für gleiche Arbeit, und das heißt, dass wir Bedingungen haben müssen, die es uns Frauen erlauben, in die Chefetagen aufzusteigen. Sie fürchten, dass man Ihnen den Chefsessel absägt. Das ist der Dreh- und Angelpunkt, warum Sie sich mit der Frauenpolitik so schwer tun. Wir Frauen sind nämlich nicht mehr geduldig und wollen Ihnen nicht mehr den Steigbügel auf dem Weg zur Macht halten, sondern wir wollen sie selber.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Kaul (CSU): Das war wenigstens ehrlich!)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir stimmen jetzt über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 14/11211 ab. Die Abstimmung soll in namentlicher Form erfolgen. Für die Stimmabgabe sind die entsprechend gekennzeichneten Urnen bereitgestellt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, in diesem Text muss das Datum geändert werden. Wo es im 6. Spiegelstrich auf Seite 2 heißt: – aktive Beteiligung der Staatsregierung an dem jährlich durchgeführten „Girl,s-Day“, wird das Datum gestrichen. In dieser Form steht der Antrag zur Abstimmung.

Die Abstimmungsurnen stehen rechts und links an den Eingangstüren. Die Urne für die Enthaltungen ist auf dem Stenografentisch. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Dafür stehen 5 Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 16.45 bis 15.51 Uhr)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Zeit für die Abstimmung ist abgelaufen. Die Stimmabgabe ist beendet. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Das Ergebnis kann dann später bekannt gegeben werden.

Wir fahren zwischenzeitlich in der Tagesordnung fort. Darf ich die Kolleginnen und Kollegen bitten, wieder Platz zu nehmen, alle Rundfunkräte der SPD und der CSU und alle Landwirtschaftsexperten. Können wir uns darauf verständigen, dass wir weiterarbeiten oder soll die Sitzung unterbrochen werden? Es wäre sehr freundlich, Herr Kollege Egleder und Herr Kollege Hartmann, wenn Sie sich ebenfalls entscheiden könnten, die Sitzung nicht weiter zu stören.

Außerhalb der Tagesordnung darf ich bekannt geben, dass die Tagesordnungspunkte 20 und 21 im Einvernehmen zwischen den Fraktionen von der Tagesordnung abgesetzt werden. Es handelt sich dabei um die Zweite Lesung zum Gesetzentwurf der Abgeordneten Maget, Irlinger, Goertz und anderer (SPD) zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen und des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes, Drucksache 14/8602, und um die Zweite Lesung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen, des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes und des Gesetzes über die Kostenfreiheit des Schulwegs, Drucksache 14/9152. Die Konnexität lässt grüßen. Vertagt.

Jetzt rufe ich auf:

Tagesordnungspunkt 14

Haushaltsplan 2003/2004;

Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz

Das Wort hat der Herr Staatsminister für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz. Bitte schön, Herr Kollege Sinner.

Staatsminister Sinner (Verbraucherschutzministerium): Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Die Megathemen des nächsten Jahrzehnts werden Arbeit und Gesundheit sein. Sie entscheiden darüber, ob in Zukunft soziale Kälte oder die soziale Geborgenheit regiert.“ Das stellt der Zukunftsforscher Horst W. Opaschowski in seinem Buch „Deutschland 2010“ fest.

Bessere Lebensbedingungen und medizinischer Fortschritt haben in den letzten Jahren nicht nur die Lebenserwartung, sondern auch die Rentenbezugsdauer verlängert. In Großbritannien werden über 70-Jährige aus Kostengründen schon nicht mehr an die künstliche Niere angeschlossen. Auch bei uns wird über die Rationierung medizinischer Leistungen nachgedacht. Lebenserwartung und Lebensqualität, meine Damen und Herren, hängen sehr viel mehr vom individuellen Lebensstil, der körperlichen Bewegung, den Ernährungsgewohnheiten und der Lebenszufriedenheit ab als möglicherweise von Pillen und medizinischer Behandlung. Droht vielleicht eine Zwei-Klassen-Medizin, bei der sich Eltern von ihren Kindern zu Weihnachten ein neues Hüftgelenk oder einen Herzschrittmacher schenken lassen? „Frohes Fest!“ kann man da nur sagen, wenn die Visionen Opaschowskis zur Weihnacht Wirklichkeit werden.

Unsere Antwort ist ein Paradigmenwechsel in der Gesundheitspolitik, und dies gilt auch für die Verbraucherschutzpolitik insgesamt. „Prävention statt Reparatur“ muss die Devise für die nächsten Jahre sein. „Eine Krankheit zu heilen, wenn sie ausgebrochen ist, ist genauso wie einen Brunnen zu graben, wenn man Durst hat“, sagt ein chinesisches Sprichwort. Deshalb ist in der Gesundheitspolitik ein langer Atem und eine nachhaltige Strategie gefordert.

Das Megathema Gesundheit gehört seit Jahren zu den schärfsten Reizthemen in Deutschland. Die Ausgabensteigerung frisst unsere Ressourcen auf. Eine Zwei-Klassen-Medizin ist schon teilweise Realität. Die Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt befindet sich im freien Fall und sucht krampfhaft nach irgendwelchen Haltegriffen. Die Bundesregierung kuriert nach wie vor hilflos an den Symptomen herum und beschließt immer neue Regulierungsmechanismen, obwohl das Gesundheitswesen mit über 50 Gesetzen und über 7000 Verordnungen bereits eindeutig überreguliert ist.

Meine Damen und Herren, viele der Ursachen sind längst bekannt: Etwa jede dritte Erkrankung geht zurück auf einen ungesunden Lebensstil. Dies sind vor allen Dingen Diabetes, Krebs und Herz-Kreislauf-Krankheiten. Diese verursachen auch ein Drittel der Gesundheitskosten. Wir bewegen uns immer weniger, auch hier im Plenum ist die Bewegung manchmal zu wenig. Der Missbrauch von Alkohol und Nikotin steigt an. Jeder Dritte von uns leidet unter Bluthochdruck, bei drei von vier ist der Cholesterinspiegel zu hoch, 20% von uns wiegen zu viel – auch Kinder schon. Schuld daran ist fast immer eine falsche Ernährung, oft schon von der frühesten Kindheit an.

Meine Damen und Herren, wir haben deshalb in Bayern erstmals die beiden Aufgabenbereiche Gesundheit und Ernährung in einem Ressort vereint. Dies ist ein modernes Verständnis staatlicher Ernährungspolitik und schafft Synergieeffekte.

„Prävention statt Reparatur“ ist allerdings eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, und auch die Bundesregierung ist hier gefordert: erstens mit einer konsequenten gesundheitspolitischen Strukturreform aus einem Guss, weg von Vollkasko mit Freifahrtschein hin zu mehr Eigenverantwortung, für mehr Transparenz und Wettbewerb der Anbieter; zweitens mit einer vernünftigen, soliden, wachstumsorientierten Gesamtstrategie in der Finanz-, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, die unsere Versorgungssysteme endlich wieder entlastet.

Aber was ist die Wirklichkeit? Der „Economist“, auf Visite beim kranken Mann Europas, Deutschland, stellt eine verheerende Diagnose: „Time for a change in Germany“ war das Rezept nicht nur für die Gesundheitspolitik. Ohne eine schlüssige Gesamtstrategie für Wirtschafts- und Finanzpolitik wird die fällige Reform des Gesundheitswesens in Deutschland scheitern. Eher bekommt ganz Europa Grippe, wenn Deutschland weiter hustet.

Ich sage sehr deutlich: Das heutige System vernachlässigt die Motivation der Versicherten, den Wettbewerb der Anbieter und wird durch falsche Anreize fehlgesteuert.

Es honoriert weder einen gesundheitsbewussten, vorsorgenden Lebensstil noch die eigenverantwortliche Inanspruchnahme kurativer Versicherungsleistungen.

Das Bayerische Gesundheitsministerium sieht sich hier als Innovationsmotor. In diesem Sinn wollen wir neue Schwerpunkte setzen. Für den notwendigen Paradigmenwechsel in der Gesundheitspolitik steht unsere Gesundheitsinitiative „Bayern Aktiv“. Alle am Gesundheitswesen Beteiligten wirken darin als Partner zusammen: Ärzte, Kliniken und Krankenkassen, Behörden, Verbände, Unternehmen und auch die Kommunen. Wir wollen jeden einzelnen Bürger unter dem Motto „Unternehmen Gesundheit, Gesundheit unternehmen“ zum Mitmachen motivieren. Die Handlungsfelder dieser Gesundheitsinitiative reichen von gesunder Ernährung, Bewegung über die Früherkennung von Krankheiten bis zur Auswertung gesundheitsstatistischer Daten mit dem Ziel einer stärker evidenzbasierten Medizin.

Meine Damen und Herren, Gesundheit und medizinischer Fortschritt sind wichtige Wirtschaftsfaktoren. Dazu einige kleine Beispiele: Die direkte Behandlung eines Schlaganfallpatienten kostet ambulant 12 000 € pro Jahr, in einer Klinik etwa das Dreifache. Diese Zahlen nennt ein Präventionsprojekt der Gesundheitsinitiative, das Erlanger Schlaganfallregister. Wir fördern in Erlangen auch ein Projekt „Talking eyes“, das Schlaganfallrisiken frühzeitig erkennen soll.

Überaus effizient sind auch Kampagnen zur Verhütung und Früherkennung von Darmkrebs. Mit Hilfe solcher Aktionen ist es in den USA gelungen, die Sterblichkeitsraten bei dieser Diagnose fast zu halbieren. Deshalb fördern wir im Rahmen von „Bayern aktiv“ gezielt Projekte zur Darmkrebsprävention.

Bayern ist seit langem auch der Gesundheitsstandort Nummer eins in Deutschland. Je mehr wir den Wachstumsmarkt Gesundheit fördern, desto kraftvollere, neue Impulse erhält Bayern auch als Wirtschaftsstandort. Allein neun Millionen Deutsche haben Interesse an einem Gesundheitsurlaub. Die Gesundheitswelle mit Wellness und Fitness wächst lawinenartig. Den bayerischen Kur- und Fremdenverkehrsorten eröffnen sich realistische Chancen für neue Märkte. Wir fördern dieses neue Gesundheitsbewusstsein. Wir wollen unsere Bäder zu Gesundheitsregionen vernetzen. Wer hier tatenlos abwartet, verschwendet Ressourcen. Prävention schafft Lebensqualität und spart Geld.

Ich bedanke mich beim Haushaltsausschuss dafür, dass es gelungen ist, trotz schwieriger Haushaltssituation unsere Gesundheitsinitiative, die wir im letzten Jahr mit 5,1 Millionen € dotiert hatten, für die kommenden Haushaltsjahre jeweils auf 8 Millionen € aufzustocken. Neben dieser Gesundheitsinitiative haben wir natürlich im Bereich der Prävention weitere erhebliche Mittel für das staatliche Impfprogramm an Schulen und zum Kampf gegen AIDS eingeplant. Unsere Prävention gegen AIDS ist hervorragend. Aber weltweit gerät AIDS mit Zuwachsraten von 1300% im Ostblock außer Kontrolle, sodass hier kein Nachlassen der Prävention angezeigt ist. Wir planen ein neues Programm zur Suchtbekämpfung und zur Drogentherapie. Wer heute in der politischen Arena

die Freigabe von Cannabis fordert, ist eindeutig auf dem falschen Dampfer.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen legale Drogen stoppen und können keine neuen illegalen Drogen zulassen, wie es die GRÜNEN immer wieder versuchen. Wir haben in diesem Bereich Ansätze in Höhe von insgesamt 14,5 Millionen €.

Auch das Thema „Frauen und Gesundheit“ gewinnt an öffentlicher Bedeutung. Ich bin Frau Staatssekretärin Görnitz dafür dankbar, dass sie das Forum „Frauen und Gesundheit“ ins Leben gerufen hat, das den Erfahrungs- und Informationsaustausch insbesondere zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik herstellen soll, und das auch den gesundheitspolitischen Handlungsbedarf transparent macht. Die Themen sind: Osteoporose, AIDS, Sucht, Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowie „Frauen und Arbeitswelt“. Auch der Bayerische Landtag bestärkt uns mit einem entsprechenden Beschluss zur Frauengesundheit auf diesem Weg.

Weitere wichtige Felder unserer Politik sind das Arbeitsumfeld und eine gesunde Umwelt. Arbeitsplatz und Umwelt sind wichtige Felder staatlicher Risikovorsorge. Das Thema „Gesundheit am Arbeitsplatz“ verlangt unsere ganze Aufmerksamkeit. Wir stellen fest, dass wir in Bayern einen ganzheitlichen Ansatz haben, während im Gegensatz dazu die Bundesregierung diese Aufgabe auf die Ressorts Arbeit, Gesundheit und Umwelt verteilt hatte. Jetzt hat sie die Situation noch „verschlimmbessert“. Superminister Clement hat inzwischen auch den Arbeitsschutz und die Arbeitsmedizin anvertraut bekommen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen, dass Clement schon mit dem Arbeitsmarkt überfordert ist, seit er versucht hat, das Hartz-Konzept umzusetzen. Wir wissen mit Sicherheit, dass er auch von der Arbeitsmedizin absolut gar nichts versteht. Deswegen werden von dort keine Impulse kommen.

Arbeit ist nicht mehr das halbe Leben. Die neue Formel der Arbeitswelt heißt: $0,5 \times 2 \times 3$. Das heißt, die Hälfte der Mitarbeiter verdient doppelt so viel und muss dafür dreimal so viel leisten wie früher. Mit dieser griffigen Formel beschreibt Opaschowski die Arbeitswelt der Zukunft. Die Mitarbeiter von morgen werden etwa 20 bis 30 Jahre Höchstleistungen in der Erwerbswelt bringen müssen. Danach – so die Prognose – sind sie verbraucht, werden sie nicht mehr gebraucht oder sind nur schwer vermittelbar, obwohl noch 30 Lebensjahre auf sie warten.

Die Ursachen sind bekannt, und das Belastungsspektrum verschärft sich insgesamt immer mehr. Die Folge sind Fehlzeiten und Frühpensionierung in großem Umfang. Dies summiert sich in Deutschland inzwischen zu ganz erheblichen volkswirtschaftlichen Kosten in der Größenordnung von annähernd 100 Milliarden € pro Jahr.

Lebensqualität zu erhalten und Kosten dieser Art zu senken, sind unser Ehrgeiz und unsere Aufgabe als Gesundheitsministerium. Wir setzen dabei an den Wurzeln an: bei den psychischen Belastungen, bei den Krankheits- und bei den Unfallursachen. Diese können

wir durch Folgendes reduzieren: Motivation und gezielte Informationen, professionelle Projektarbeit, Förderung der Eigenverantwortung und durch die Einführung des von uns zu diesem Zweck eigens entwickelten Arbeitsschutzmanagements – *Occupational health and risk management system* – in möglichst vielen Betrieben. Diesen Aufgaben widmen sich unsere Gewerbeaufsichtsamter und das Landesamt für Arbeitsmedizin, Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik. Sie alle leisten eine gezielte, sehr effiziente Arbeit.

Der Verbraucherschutz wird national und international immer mehr zu einer Kernaufgabe des Staates. Vorreiter waren die Vereinigten Staaten von Amerika. Schon 1962 formulierte J. F. Kennedy die „Grundrechte der Verbraucher“, nämlich ihre Rechte auf sichere Produkte, auf freie Wahl, auf politische Interessenvertretung und auf umfassende Information. Zu den wichtigsten Antworten auf diese Forderungen zählt heute die U.S. Food and Drug Administration – FDA –, die in den USA für die Sicherheit von Lebens- und Arzneimittel sowie sonstigen Produkten bürgt – seit langem mit bestem Ruf und in starker Position, sonst wäre ihr aktueller Haushalt 2002/2003 nicht um ein Drittel erhöht worden.

Europa hat demgegenüber das Thema „Verbraucherschutz“ erst viel später entdeckt. Der Präsident der EU-Kommission Romano Prodi hat 1998 die Generaldirektion „Gesundheit und Verbraucherschutz“ gebildet. Im Jahr 2002 wurde eine neue Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit gegründet. Deshalb gilt es umso energischer, auch in Deutschland den Verbraucherschutz voranzutreiben. Bayern ist damit schon immer vertraut. Das älteste Lebensmittelgesetz der Welt ist das Bayerische Reinheitsgebot für Bier von 1516.

(Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Berliner brauchten bis 1873, bis ein Deutsches Reinheitsgebot kam. Diesen Unterschied merkt man auch heute noch ab und zu, dass Bayern beim Reinheitsgebot und bei anderen Dingen der Vorreiter war.

(Beifall bei der CSU)

Weitgehend in Vergessenheit geraten ist die bayerische Gründung der Stiftung Warentest in Nürnberg. Trotzdem kam diese Idee aus Nürnberg, auch die Franken haben den Verbraucherschutz in Deutschland bahnbrechend vorangebracht.

Wir haben im letzten Jahr spiegelbildlich zu den Brüsseler Entscheidungen das Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz aufgebaut. Dies ist ein zukunftsweisender Schritt. Inzwischen haben vier Ländern nachgezogen und die Bezeichnung „Verbraucherschutz“ in einem Geschäftsbereich angenommen. Sachsen-Anhalt kommt dabei unserem Modell am nächsten. Dieser neue Geschäftsbereich mit seinen drei Säulen – Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz – ist im politischen Programm der Bayerischen Staatsregierung ein neuer Schwerpunkt.

Zu den zentralen Prämissen unserer Gesundheit gehören chemisch und biologisch einwandfreie Lebensmittel. Dafür sind nach dem Prinzip der Produzentenhaftung in erster Linie die Hersteller verantwortlich. In Bayern sind es über 210000 Betriebe, die Lebensmittel herstellen, verarbeiten oder vertreiben. Wir alle wissen, dass dies in der Praxis leider nicht ohne konsequente Kontrollen funktioniert. Unser Ziel ist allerdings kein Überwachungs- oder Polizeistaat, sondern das Orten schwarzer Schafe, die Beseitigung von Mängeln und die Motivation der Unternehmen zur Selbstkontrolle. Im Mittelpunkt steht die Sicherheit des Verbrauchers; denn dieser hat ein Recht auf gute Ware und gute Leistung für sein gutes Geld.

Der CSU-Fraktionsvorsitzende Alois Glück formulierte im Sonderplenum des Bayerischen Landtags am 9. Januar 2001:

Wir werden wachsam und konsequent sein und das Mögliche für die Gesundheitsvorsorge der Menschen und die wirtschaftlich Betroffenen tun. Darauf können sich die Menschen in Bayern verlassen.

Der Präsident des Bayerischen Bauernverbandes Gerd Sonnleitner erwartet in einer Presseerklärung vom 21. Januar 2001

rigoroses Vorgehen gegen alle, die in der Schweinemast kriminell handelten. Schwarze Schafe in den eigenen Reihen werden nicht gedeckt.

Zitatende. Leider, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind schwarze Schafe eine „Tierart“, die mit Sicherheit nicht vom Aussterben bedroht ist. Wir sollten ihnen aber das Überleben und ihr parasitäres Dasein zulasten der vielen weißen Schafe so schwer wie möglich machen.

Konkret heiß das: Wir werden unabhängig von der Eigenverantwortung der Erzeuger in Bayern unser dreistufiges Kontrollmodell mit in der Regel gut funktionierenden Eigenkontrollen, mit Systemkontrollen über Qualitätssicherungssysteme, ergänzt durch die regelmäßige amtliche Überwachung in Bayern versuchen, die Lebensmittelsicherheit so weit wie möglich zu garantieren.

Dafür haben wir die Kompetenzzentren an den Landratsämtern. Wir sagen auch deutlich, dass Verbraucherschutzpolitik mehr leisten muss als nachlaufende Kontrollen und Krisenbewältigung. Sie muss Gefahren und Risiken schon im Vorfeld identifizieren und präventiv Gegenstrategien entwickeln – und zwar im Interesse der Verbraucher und im wohlverstandenen Interesse der Wirtschaft.

Zugleich müssen wir den Verbraucher durch offene Risiko-Kommunikation risikomündig machen. Wir dürfen ihm keine 100-Prozent-Sicherheit vorgaukeln, sondern wir müssen ihn in die Lage versetzen, Risiken objektiv zu bewerten und sein Verhalten darauf abzustellen. Risikoanalyse, Risikoversorge und Risikokommunikation müssen untrennbar Hand in Hand gehen. Meine Damen und Herren, es gibt bei uns und überall auf der Welt kein Null-Risiko. Das muss mit aller Deutlichkeit gesagt werden.

Wie beugen wir Risiken der Verbraucher frühzeitig vor? – Wir haben dazu die beiden Landesuntersuchungsämter Nord und Süd zu einem Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) vereinigt. Die Behörde hat über 800 Mitarbeiter. Die alten Ämter waren sehr leistungsstarke Großlabors. Das neue Amt erfüllt weitere und schwierigere Aufgaben als Scharnier zwischen Wissenschaft und Praxis, als Denkfabrik des Ministeriums und als Dienstleister der Kompetenzzentren an den Landratsämtern. So entsteht eine Art Risiko-Landkarte. Das LGL arbeitet auch selbstständig bei anwendungsorientierten Forschungsprojekten mit – etwa zur Antibiotika-Belastung des Trinkwassers. Wir wollen eine Partnerschaft mit der bayerischen Lebensmittelwirtschaft. Als Ziel streben wir den „Pakt für sichere Lebensmittel“ und den „Pakt für sichere Futtermittel“ an, der über gesetzliche Forderungen hinausgehend die Qualitätssicherungssysteme der Wirtschaft mit denen des Staates vernetzt und damit eine breite Basis für Risikoanalyse und Risikoversorge schafft.

Meine Damen und Herren, der Verbraucherschutz in Bayern ist aber nicht nur durch sein Konzept und seine Ressourcen stark, sondern auch durch seine effiziente Organisation.

Die Staatsregierung hat bei der Gründung des Staatsministeriums für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz größten Wert auf die saubere Trennung der Ressortzuständigkeiten gelegt. Wer die Erzeugung fördert, soll nicht in Interessenskonflikte geraten, wenn er seine Politik zugleich kontrollieren und möglicherweise korrigieren muss. Das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft von Renate Künast als Umsetzung der fixen Idee „Produktion und Kontrolle unter einem Dach“ beweist, dass es zu unlösbaren Zielkonflikten kommen kann.

Rot-Grün preist wie Sauerbier ein Ressortmodell, das Verbraucherschutz zum Anhängsel der Landwirtschaftspolitik und umgekehrt Landwirtschaftspolitik zum Anhängsel des Verbraucherschutzes degradiert. Der verbraucherpolitisch zentrale Schlüsselbereich Produkt- und Gerätesicherheit, Chemikaliensicherheit und Arbeitsschutz ist in Berlin auf eine Vielzahl von Ministerien verteilt. – Falsch gestrickt.

(Beifall bei der CSU)

Dieser Organisationsansatz ist ideologisch begründet. Es wurde zwar nachgebessert. Doch nach wie vor gibt es Schwachstellen.

Fast schon vergessen ist der Nitrofen-Skandal und Frau Künasts überhastete Pressekonferenz mit der Schnellmeldung: „Alles ist aufgeklärt“ – richtig war exakt das Gegenteil. Doch warum kennt sie die Details bis heute noch nicht? – Weil zu viele getrennte Ämter und Ministerien beteiligt waren. Die Folge sind Missverständnisse, Irrläufer, Chaos.

Dieselbe Zersplitterung setzt sich auch in den neuen Bundesbehörden fort. Ihre Aufgaben sind Risikobewertung und das Risikomanagement im Krisenfall und die ohnehin schon schwierige Vermittlung zwischen der EU-

Ebene, Bund und Ländern. Ob sie dabei im Ernstfall erfolgreich sein werden, lasse ich offen.

Die derzeitige Acrylamid-Diskussion zeigt sehr deutlich, dass die Organisation des Kompetenzsplittings, anstatt der Kompetenzbündelung, ein kostenträchtiger Fehlschlag ist. Die Bundesregierung zersplittert die Zuständigkeiten. – Wir führen sie zusammen. Die Bundesregierung macht Politik der langen Wege. – Wir verkürzen sie. Die Bundesregierung vertut Geld und Chancen mit falscher Organisation. – Wir gehen einfach den effizienteren Weg.

Ein letztes Beispiel: Hier geht es um das Gewicht Bayerns in Europa; denn unser Verbraucherschutz findet sein Spiegelbild im Konzept der Europäischen Union. Dort sind die Zuständigkeiten für Kontrolle und Produktion genauso verteilt wie in Bayern. Mein Partner in Brüssel ist Kommissar Byrne, der von Herrn Kollegen Miller ist Kommissar Fischler.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da liegen aber Welten dazwischen!)

Vielleicht beantwortet dies auch die Frage: Warum ist Frau Künast so erfolglos in Brüssel? – Weil sie weder Fleisch noch Fisch ist. Für Herrn Fischler ist sie die Verbraucherschützerin, und für Mister Byrne ist sie die Vertreterin der Agrarpolitik. – Und beides geht zulasten der Durchsetzung deutscher Interessen. Das, meine Damen und Herren, ist das Gegenteil effizienter Politik.

(Beifall bei der CSU – Freiherr von Rotenhan (CSU): Da wird der Bock zum Gärtner gemacht!)

Im Gegensatz zum rot-grünen Dilettantismus einer Bundesregierung, die Deutschland heruntergewirtschaftet hat, haben wir das Geld des Bürgers optimal angelegt. Wir haben, nach BSE, den Markt in Ordnung gebracht. „Kuh-linarisch“ schreibt sich wieder mit H. Deshalb können wir Subventionen zurückfahren und dort sparen, wo bisher hohe Reparaturkosten waren.

Wir werden künftig keine Zuschüsse mehr für die Tiermehlentsorgung zahlen. Das ist in Ordnung, da eine Dauersubvention die Entwicklung alternativer Verwertungsmethoden nur behindert. Andererseits setzen wir bei der Unterstützung der Verbraucherverbände neue Schwerpunkte. Wir haben die Haushaltsansätze für deren institutionelle Förderung angehoben. Wir fördern neue Projekte der BSE-Forschung und die Etablierung neuer Qualitätssicherungssysteme. Für das Zeichen „Geprüfte Qualität Bayern“ stellen wir 12 Millionen € bereit. Wir forcieren die Bekämpfung der Rinderkrankheiten BHV1 und BVD, um endlich den Status der Freiheit von diesen Krankheiten zu erhalten. Das bringt den bayerischen Bauern Vorteile in Millionenhöhe. Wir haben ein Salmonellenmonitoring-Programm auf den Weg gebracht. Dies dient gleichermaßen Landwirtschaft, Ernährungswirtschaft und Verbrauchern.

In den letzten Tagen hat uns als besondere Herausforderung das Thema „Prävention gegen den Bioterrorismus“ erreicht.

Die Länder sind für die Logistik der Pockenimpfung zuständig und treffen die entsprechenden Vorbereitungen. Die Beschaffung des Impfstoffes ist nach Meinung aller 16 Länder Sache des Bundes, da es sich um eine Bedrohung von außen handelt. Es ist ein Skandal, dass die Bundesregierung nicht wie die USA, wie Frankreich, Großbritannien oder das relativ kleine Österreich den erforderlichen Impfstoff beschafft hat. Deutsche Bürger haben den gleichen Schutzanspruch wie die Bürger dieser Staaten.

(Beifall bei der CSU)

Dennoch kommen wir trotz dieser zusätzlichen Aufgaben ohne kostenwirksame neue Stellen aus. Wir schaffen neue Kapazitäten durch Synergien – durch die Zusammenlegung verwandter Bereiche – im Sinne einer flexiblen, „atmenden“ Verwaltung.

Ein Musterbeispiel für Flexibilität sind auch unsere Kompetenzzentren in den Landratsämtern. Die Landräte sind für uns wichtige Partner. Gerade weil sie in ihrer Organisationshöhe einen großen Spielraum haben, gelten dort die Prinzipien „best practice“ und „bench marking“. Unsere Kompetenzzentren sind ein staatlicher Service in flächendeckender Logistik – wichtige Informationsquellen für die Bürger aber auch für Abgeordnete.

Meine Damen und Herren, unser Verbraucherschutz setzt auf Positivstrategien. Wir wollen ein gutes Verhältnis zur Landwirtschaft – zu den konventionellen wie auch zu den Bio-Bauern. Ich verstehe natürlich Frau Künasts klammheimlichen Ärger darüber, dass es ausgerechnet im „schwarzen“ Bayern 40% der deutschen Bio-Bauern gibt. Wir treten aber entschieden der Strategie von Frau Künast entgegen, die die Bio-Bauern privilegiert und die konventionellen Bauern diskriminiert. Wir brauchen beide Arten von Bauern und beide können Qualität und Sicherheit liefern.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte auch nicht das Etikett „Agrarwende“ bemühen. Wir tun einfach das Richtige, ohne Ideologie, ohne zu privilegieren und ohne zu diskriminieren. Die Veterinärverwaltung hat hier eine große Leistung sowohl für eine funktionierende Landwirtschaft als auch für die Gesundheit und die Lebensmittelsicherheit in Bayern erbracht. Ihre Arbeit verdient hohes Lob.

Wir wollen auch die Arbeit im Verbraucherschutz zusammen mit dem Bürger machen. Wir verstehen uns als Anwalt der Verbraucher und Bürger. Eines unserer Hauptziele ist es, neues Vertrauen zu fördern und dafür bessere Rahmenbedingungen zu schaffen. In diesem Sinne möchte das bayerische Verbraucherschutzministerium bewusst ein Bürgerministerium sein. Wir haben ein Bürgergutachten erstellen lassen, an dem Hunderte von Bürgern in ganz Bayern mitgewirkt haben. Der authentische O-Ton dieser Bürger hat uns gezeigt, wo die Bürger ihre Prioritäten im Verbraucherschutz sehen.

Die Menschen fordern in erster Linie faire Verbraucherinformationen jenseits von Werbung und wirtschaftsbestimmten Aussagen. Sie wollen mehr Aufklärung sowie

eine verbesserte Produktkennzeichnung. Sie wollen mehr Sicherheit in der Nahrungskette, Motivation zu gesünderem Ernährungsverhalten, Vorsorge und Prävention im Gesundheitswesen und mehr Kontrolle und Überwachung. Diese Forderungen decken sich voll mit den Unternehmensideen des Ministeriums und werden auch konsequent die Leitlinien seiner Politik in den nächsten Jahren beeinflussen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bilanz nach zwei Jahren schwieriger Aufbauzeit kann sich sehen lassen. Über BSE wird heute Gott sei Dank sachlich diskutiert. Es gibt keine roten Bänder und keine Polizisten auf BSE-Höfen mehr. Wir haben die Namen der betroffenen Bauern und ihren Wohnort nicht veröffentlicht. Jeder Bauer, dessen Viehbestand von dieser Krankheit betroffen ist, hat das gleiche Recht auf Persönlichkeitsschutz wie jeder andere Bürger im Freistaat auch.

(Beifall bei der CSU)

Die Maul- und Klauenseuche – im letzten Jahr mit Schäden in Großbritannien in einer Größenordnung von 30 Milliarden € ein großes Problem – haben wir mit Präventionsmaßnahmen verhindert. Der mobile Veterinärdienst wurde gegründet, das Siegel „Geprüfte Qualität“ wurde eingeführt, und die Kontrollstandards wurden erheblich verbessert. Es wurde eine Fachgruppe Tierschutz gebildet und ein bayerischer Tierschutzpreis eingeführt. Ein besonders wichtiger Erfolg sind die Rückstandskontrollen bei Futtermitteln auf tierische Bestandteile. Ich kann hier mit Stolz Folgendes feststellen: Während im Dezember 2000 die Beanstandungsquote bei fast 20% lag, konnte sie inzwischen auf rund ein halbes Prozent zurückgeführt werden. Das war dank des intensiven Einsatzes des neuen Personals möglich.

Unser Verbraucherinformationssystem ist eine im Dialog mit dem Verbraucher wachsende Datenbank mit den Modulen Ernährung, technischer Verbraucherschutz und – demnächst – Recht. Nach dem Prinzip „Für den Bürger – mit dem Bürger“ legen wir dabei großen Wert auf einen barrierefreien Zugang als Beitrag zur Verbrauchersouveränität und im Sinne der Partizipation des Bürgers.

Meine Damen und Herren, John F. Kennedy habe ich bereits erwähnt. Lassen Sie mich einen weiteren Hinweis auf die USA machen – nicht wegen Herrn Bush, sondern weil wir vom Modell des Staatshandelns der USA manches lernen können: Bewunderung verdient die enorm geringe Staatsquote der Vereinigten Staaten. Noch mehr Bewunderung aber verdient ihr exorbitantes Engagement für den Bereich „public health“. Prävention statt Reparatur rechnet sich gerade dann, wenn man einen ausgeglichenen Haushalt anstrebt.

Meine Damen und Herren, daneben gibt es jedoch auch Werte jenseits von Cent und Euro. Trotz aller Anstrengungen zur Prävention wird es niemals gelingen „forever young“ zu verwirklichen. Unvermeidbare Krankheiten werden nach wie vor Schicksal sein, das angenommen werden muss und das auch solidarisch getragen werden muss. Wir wollen kein falsches Gesundheits- und Jugendideal propagieren. Wir wissen auch, dass es gerade bei allen Fortschritten der Medizin und der Bio-

technologie Grenzen des Geschmacks und Grenzen der Ethik gibt. Nach Grundgesetz und Verfassung sind die Würde der menschlichen Person und das Leben des Menschen unantastbar. Es gibt aber auch eine Würde der Verfassung, die es verbietet, die Verfassung mit Detailregelungen zu belasten. Ich danke deshalb ausdrücklich allen Fraktionen des Bayerischen Landtags, dass sie die Petition und auch das Volksbegehren der ÖDP zur Erweiterung der Verfassung ablehnen. Das von der ÖDP verfolgte Ziel ist zwar richtig, das Mittel ist aber nach unserer gemeinsamen Meinung untauglich.

Umso wichtiger ist es, den Geist der Verfassung auch bei der Beurteilung von Rechtsfragen und bei der Weiterentwicklung der Medizin wirken zu lassen. Dabei liegen mir drei Vorgänge besonders am Herzen.

Die Ankündigung einer öffentlichen Leichenschau durch Gunther von Hagens, die allein der Zurschaustellung der Öffnung eines Leichnams vor zahlendem Publikum dient, ist mit der Würde des Menschen nicht vereinbar.

(Beifall bei der CSU und bei Abgeordneten der SPD)

Ich werde deshalb alle Möglichkeiten ausschöpfen, um diese voyeuristische Inszenierung zu unterbinden. Wir sind uns dabei auch mit der Landeshauptstadt München einig und wir werden, um restlos Klarheit zu schaffen, dem Bayerischen Landtag eine Änderung des Bestattungsgesetzes vorschlagen, damit solche Inszenierungen ein für allemal unterbunden werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Die Organspende ist lebensrettend und sollte für uns alle ein Akt selbstverständlicher Solidarität mit kranken Mitbürgern sein, die auf ein Spenderorgan angewiesen sind. Wenn aber Organhändler für wenige Dollar Spenderorgane in den ärmsten Regionen der Welt aufkaufen, um sie an reiche Patienten aus dem Westen weiterzuverkaufen und damit Gewinne bis zu 70 000 Dollar pro Niere einzustreichen, dann sollten wir uns alle gemeinsam überlegen, wie wir die Bereitschaft zur Organspende, zur Blutspende und zur Plasmaspende fördern und gleichzeitig den lukrativen Organhandel unterbinden können.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Der Aufruf „Ihr Kinderlein kommet“ wird von dem italienischen Arzt Severino Antinori als Menschenrecht zum Kinderkriegen und zum Klonen verstanden. Wir sollten dagegen bedenken, dass nicht jeder Wunsch nach einem Wunschkind erfüllbar ist. Die Qualitätssicherung bei Menschen durch Präimplantationsdiagnostik und das Überschreiten aller natürlichen Grenzen der menschlichen Fortpflanzung ist sicher nicht mit unserem Grundgesetz und unserer Verfassung vereinbar. Jürgen Habermas fordert die Ehrfurcht vor dem Gewordenen im Gegensatz zu dem Gemachten. Als Christen sagen wir „Ehrfurcht vor der Schöpfung“ oder, wie es Albert Schweitzer formuliert hat: „Ehrfurcht vor dem Leben“. Unter dem Deckmantel der Menschlichkeit werden hier von Antinori die Grundlagen des Menschseins an sich

angetastet. Hier wäre über ein Fortpflanzungsmedizin-gesetz auf Bundesebene nachzudenken. Wir werden dazu entsprechende Vorschläge machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der SPD)

Ich sage dazu sehr deutlich, Prävention bedeutet für das Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz auch, eine Erosion der ethischen Fundamente zu verhindern. Es gibt Werte jenseits von Cent und Euro, die für eine Gesellschaft nicht nur lebenswichtig, sondern überlebenswichtig sind.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden mit der Zustimmung dieses Hohen Hauses an unsere bisherigen Erfolge konsequent anknüpfen und auch die Arbeit des Hauses und der nachgeordneten Behörden immer wieder optimieren. Ich danke an dieser Stelle allen voran dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, dem Kollegen Manfred Ach, den Berichterstattern und Berichterstatterinnen aller Fraktionen, Frau Kollegin Kellner, Frau Kollegin Hecht und dem Kollegen Kiesel und der CSU-Landtagsfraktion, die unsere Politik mitgetragen hat und mitträgt. Die bayerischen Verbraucherinnen und Verbraucher haben im Bürgergutachten sehr klare Vorstellungen von Verbraucherschutzpolitik zum Ausdruck gebracht. Der Verbraucherschutz soll größeres Gewicht erhalten. Er soll unabhängig und bürger-nah sein – mit einer zentralen Anlaufstelle für alle Probleme. Er soll sich nicht nur auf Aktuelles beschränken, sondern er soll breit angelegt sein. Diese Postulate sind uns Programm und Verpflichtung. Geben Sie uns die Möglichkeit sie umzusetzen! Stimmen Sie in diesem Sinne dem Einzelplan 12 zu! Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Im Ältestenrat wurde für die allgemeine Aussprache eine Redezeit von 1 Stunde, 30 Minuten festgelegt. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 42 , auf die SPD-Fraktion 30 und auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 18 Minuten.

Ich eröffne die Aussprache. Erste Wortmeldung: Herr Kollege Geiger.

Geiger (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Im Mai letzten Jahres hat Herr Staatsminister Sinner den ersten Haushalt für dieses neu geschaffene Ministerium vorgestellt; damals unter dem Eindruck von BSE-Krise, Schweinemastskandal und der drohenden MKS. Heute, Herr Minister, versuchen Sie sich als Gesundheitsminister darzustellen, und zwar eigentlich mit derselben Methode wie damals: auf Berlin schlagen, sich selbst loben und überschätzen und dabei hoffen, dass niemand merkt, auf welch dünnem Eis Sie sich bewegen.

(Beifall bei der SPD)

Man könnte es natürlich auch kürzer sagen: Man hat bei Ihrer Rede heute den Eindruck, Verbraucherschutz ist out, Gesundheitspolitik ist in. Da ist ein Feld zukünftiger politischer Auseinandersetzung vorprogrammiert. Damals wie heute sind wir der Meinung, dass für die Lösung der Probleme in diesem Land ein zusätzliches Ministerium nie notwendig gewesen ist.

(Beifall bei der SPD)

Die anderen Bundesländer – auch die von der CDU regierten – haben keine großen organisatorischen Veränderungen vorgenommen und die krisenhafte Situation des letzten Jahres genauso gut oder, man kann auch sagen, genauso schlecht gemeistert wie wir. Sie weisen immer gerne auf Romano Prodi hin, der 1998 eine eigene Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz gebildet hat. Ich meine aber, das gesamte Krisenmanagement zu BSE, wie es die EU vorgeführt hat, stützt Ihre These relativ wenig.

Auf der Bundesebene hat das Gutachten, das unter der damaligen Präsidentin des Bundesrechnungshofs, Frau Hedda von Wedel, erstellt worden ist, sehr überzeugend dargelegt, dass Risikobewertung und Kommunikation auf der einen Seite und das Risikomanagement auf der anderen Seite sehr wohl in einem Hause angesiedelt sein können, wenn man vernünftige Strukturen einhält.

(Beifall bei der SPD)

Dass die zwei vormaligen Ministerien Landwirtschaft und Forsten sowie das Staatsministerium für Arbeit, Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit ein deutlich geringeres Haushaltsvolumen verursacht haben, können nicht einmal Sie bestreiten; die Zahlen stehen ja im Haushalt. Ich darf sie einmal kurz darlegen: Das Landwirtschaftsministerium ist in seinen Ansätzen im ersten Nachtragshaushalt mit 23,7 Millionen € und jetzt im Ansatz für das Jahr 2003 mit 23,6 Millionen € völlig gleich geblieben. Man hat zwar die Kompetenzen dieses Ministeriums kräftig zusammengestutzt, die Kosten sind aber völlig gleich geblieben; da hat sich nichts getan. Die Gesamtkosten für das Ministerium im Einzelplan 10 betragen im ersten Nachtragshaushalt 31,6 Millionen €, im vorliegenden Haushaltsplan 2003 betragen die Gesamtkosten für die zwei Ministerien einmal im Einzelplan 10 27,2 Millionen € und im Einzelplan 12 17,28 Millionen €, zusammen also 44,48 Millionen €. Dort, wo er aufgeteilt worden ist, hat sich der Ansatz von 31,61 Millionen € auf 44,48 Millionen € erhöht. Das ist eine kräftige Erhöhung, es sind gut 13 Millionen €, und das jedes Jahr. Wenn man es richtig rechnet, ist es eine Steigerung um 40 %.

Die Lebensmittelkontrolleure, denen man jetzt eine Nullrunde vorschreiben will, werden für eine solche Argumentation sehr dankbar sein, wenn sie hören: Der Wasserkopf ist kräftig gewachsen, aber bei ihnen muss jetzt gespart werden.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Vorstellung Ihres ersten Haushalts stellten Sie eines in den Vordergrund: Sie wollten umpolen von der

Reaktion zur Aktion. Sie wollten mehr Lebensmittelsicherheit erreichen, und zwar mit mehr Kontrollen und aktivem Verbraucherschutz, durch innovative sichere Schlachttechniken, durch intensive BSE-Forschung, mit der geplanten DNA-Rinderdatenbank, durch Qualitätssicherungssysteme und durch intensive Öffentlichkeitsarbeit.

Man fragt sich natürlich heute: Was ist daraus geworden? Herr Minister Sinner, die Öffentlichkeitsarbeit ist sicher sehr intensiv gewesen. Das hat ja bereits im Haushaltsausschuss zu einer ganz netten Debatte geführt. Ob sie wirksam war, lasse ich einmal dahingestellt. Viel war es auf jeden Fall und vieles kam uns allen miteinander auch recht bekannt vor. Die Neuauflagen vieler Broschüren und Flyers haben sich oftmals nur dadurch unterschieden, dass das Bild von Minister Miller und Staatssekretärin Deml durch das von Staatsminister Sinner und Staatssekretärin Görnitz ersetzt worden ist, das Ersetzen von Frau Stamm war in vielen Broschüren eine ebenso notwendige Übung. Auch dafür ist furchtbar viel Geld ausgegeben worden.

Was aber, so glaube ich, schlimmer ist: Banalitäten und Rivalitäten mit Berlin prägen einen ganz beträchtlichen Teil Ihrer Presseerklärungen. Wer sich einmal die Mühe macht, Ihre Presseerklärungen einen Monat lang zu verfolgen, der wird das selber schnell erschreckend feststellen. Ob diese Öffentlichkeitsarbeit das große Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach echter, gesicherter Information erfüllt, das ja bei dem Bürgergutachten – Sie haben es ja vorher selber erwähnt –, das Sie selber in Auftrag gegeben haben, sehr deutlich zum Tragen gekommen ist, bezweifle ich sehr. Würden wir die Bürger heute fragen und ihnen dabei dieselben Fragen stellen, bekämen wir, da bin ich mir sicher, dieselben Antworten wie damals.

Der Begriff faire, fachliche und sachliche Information stammt aus dem Bürgergutachten. Wenn ich dagegen stelle, was an Informationspolitik läuft, muss ich sagen: Ein Drittel – ich habe es ein bisschen durchgezählt – dieser Pressemitteilungen setzen sich mit Künast auseinander, und zwar in zum Teil, man kann fast sagen, bissiger Form. Ich habe ab und zu den Eindruck, Sie haben ein bisschen Probleme mit der Popularität und den Erwartungen, die die Bürger an Künast stellen, weil Sie denen einfach nicht nachkommen können.

(Beifall bei der SPD – Gartzke (SPD): Der blanke Neid! – Zuruf von der CSU)

– Da täuschen Sie sich ganz gewaltig, da kennen Sie die echten Daten nicht oder Sie wollen sie nicht zur Kenntnis nehmen.

Die Mittel für die DNA-Rinderdatenbank sind in dem neuen Haushalt auf weniger als ein Fünftel zurückgestutzt worden. Statt der geplanten 2,6 Millionen € weisen sie nur noch 427 000 € aus; im Jahr 2004 genau das Gleiche. Es ist relativ einfach zu definieren: weniger Geld bedeutet auch hier weniger Quantum, weniger Qualität und weniger Informationen, um Verbraucherschutz wirklich durchzuführen.

Erhöhte Forschungsmittel für BSE, wie Sie sie vorhin angekündigt haben, konnte ich in Ihrem Haushalt in der Summe nicht finden. Innovativere, sichere Schlachttechniken waren ein Begriff – Schlachttechniken, die über das Maß hinaus gehen, wie sie in anderen Bundesländern praktiziert werden, sind ausgeblieben. Um das „Ingolstädter Modell“, über das man am Anfang viel diskutiert hat, ist es mehr als ruhig geworden.

Qualitätssicherungssysteme – ein Wort dazu: Im Oktober 2000 haben Sie gemeinsam mit Miller oder Miller mit Ihnen das Qualitäts- und Herkunftszeichen „geprüfte Qualität in Bayern“ vorgestellt. Sie haben in Ihrem Hause die Aufgabe der Kontrolle der Kontrolleure. Mehr als Presseerklärungen liegen derzeit nicht vor. Es kann wohl auch nicht anders sein – ich will es auch nicht so sehr kritisieren –, es ist ja gerade einen guten Monat her. Aber das dann bereits als Erfolg zu verkaufen, übersteigt die Realitäten. Wer miterlebt hat, wie schwer die Geburt dieses Zeichens war, wird warten müssen. Wir wünschen uns einen großen Erfolg, aber den sollten wir erst dann feiern, wenn er tatsächlich eingetreten ist.

(Beifall bei der SPD)

Was dabei auch ein bisschen aufgefallen ist: Wenn man in der letzten Woche das Wochenblatt richtig gelesen hat, konnte man sehen, dass sich der Bauernverband in seiner Herbsttagung intensiv mit Verbraucherschutz und Qualitätssicherung auseinandergesetzt hat. Entweder Sie sind nicht vorgekommen oder Sie waren nicht eingeladen.

Von Verbraucherschutz war dort auf jeden Fall nichts mehr zu hören. Minister Miller hat es mit den Bauern wieder alleine gemacht. Ich habe den Eindruck, dort sind sie schon ausgegrenzt. Sie braucht man in diesem Bereich nicht mehr.

Was die BSE-Kontrollen anbelangt, so ist zwar mächtig kontrolliert worden, doch der Skandal über die Qualität der Prüfung in zugelassenen und nichtzugelassenen Laboren hat das Vertrauen in die Lebensmittelkontrollen sicher schwer geschädigt. In diesem Zusammenhang, Herr Staatsminister, wo ist eigentlich das zweifelhaft getestete Fleisch gelandet? Wir haben nie wieder etwas von dem Fleisch gehört, das damals vom Markt genommen und eingelagert werden musste. Ich hoffe im Interesse der Verbraucher und Erzeuger, dass das Ausschreibungsverfahren mit klaren und nachvollziehbaren Qualitätsstandards die Qualität der Tests auch wirklich gewährleistet. Wenn dabei noch Kosten gesenkt und darüber hinaus Verwaltungskosten eingespart werden können, ist das sicher zu begrüßen. Eines aber ist sicher: Einen zweiten Fehlschuss bei diesen Testverfahren werden Sie, Herr Minister, als Minister nicht mehr überleben.

(Beifall bei der SPD – Hoderlein (SPD): Wie so manche Aufstellung!)

Wenn Sie heute und hier an den Nitrofen-Skandal erinnern und dabei kräftig in Richtung Berlin und Frau Künast schlagen, dann sehen Sie nicht besonders gut aus, Herr Minister. Jeder denkt dann sofort an Ihr dama-

liges Krisenmanagement, und die „Südfleisch“ lässt herzlich grüßen.

(Beifall bei der SPD)

Über die Sinnhaftigkeit und die Notwendigkeit von BSE-Tests bei der Schlachtung von Rindern unter 30 und vor allem unter 24 Monaten Lebensalter darf nachgedacht werden, das zeigen die Untersuchungsergebnisse. Was uns aber nach wie vor fehlt sind gesicherte Forschungsergebnisse. Sonst wäre man sicher in der Lage, relativ schnell Entscheidungen zu treffen.

Was aber ist aus den anderen Kontrollen geworden, was ist zu erwarten gewesen? – Ich glaube, das zeigt ein ganz aktuelles Beispiel. Am letzten Donnerstag wurde in diesem Hause durch die Änderung des Lebensmittelüberwachungsgesetzes die Zuständigkeit für die Kontrollen bei der Rindfleischetikettierung auf Ihr Haus übertragen. Seit September 2000 ist die Gewährleistung der Rückverfolgbarkeit bei Rindfleisch von der Theke bis zum Erzeuger ein zentrales Thema des Verbraucherschutzes geworden. Seit 01. 01. 2002 muss angegeben werden, wo die Tiere geboren, gemästet, geschlachtet und zerlegt worden sind. Dies ist notwendig und muss kontrolliert werden, darin sind wir uns einig. Klar ist auch, dass die Zuständigkeit besser in Ihrem Hause als im Landwirtschaftsministerium untergebracht ist. Was aber bisher vollzogen worden ist – im Kern wohl nichts –, und wie die Beratungen dieses Gesetzentwurfs hier im Haus abgelaufen sind, das ist für den bayerischen Verbraucherschutz ein Trauerspiel.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte aufzeigen, wie das abgelaufen ist: In der ersten Drucksache mit der Nummer 14/9150 – ich denke, sie wird noch Seltenheitswert bekommen, weil sie ganz schnell wieder aus dem Verkehr gezogen worden ist – war noch zu lesen:

Im staatlichen Bereich ist der Gesetzentwurf insoweit kostenneutral, als an die Stelle von staatlichem Kontrollpersonal der Landesanstalt für Ernährung, das staatliche Personal der Landratsämter tritt. Hinzuweisen ist aber darauf, dass die Landesanstalt für Ernährung über derartiges Personal nicht verfügt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das wäre kabarettreif, wenn es nicht so traurig wäre.

(Wahnschaffe (SPD): Das ist Spitze!)

Diese Version wurde also ganz schnell aus dem Verkehr gezogen. Anschließend wurde darauf hingewiesen, dass man künftig wohl 40 zusätzliche Stellen und weitere 6 Verwaltungsbeamte mit einem Kostenvolumen von 1,5 Millionen € braucht, um diesen Gesetzentwurf umzusetzen. Als der Gesetzentwurf dann im April 2002 beraten wurde, hat man uns erklärt, die Landratsämter seien bereits angewiesen, diese Kontrollen vor Ort durchzu-

führen. Ich habe mich daraufhin vor Ort etwas erkundigt und musste feststellen, dass die Lebensmittelkontrolleure weder Vollzugsrichtlinien hatten noch dass sie eingewiesen waren. Sie sollten aber bereits Tätigkeitsberichte nach München liefern. Sie haben also noch nicht gewusst, was sie machen sollen, aber sie haben bereits die Erfolge gemeldet.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Das war so! In der nächsten Variante hieß es dann zu den Kosten:

In den Verhandlungen über den Entwurf des Doppelhaushalts 2003/2004 ist zu klären, ob die Überwachung der Rindfleischetikettierung im Geschäftsbereich des Staatsministeriums mit bereits vorhandenen Stellen und Mitteln erledigt werden kann. Wenn nein muss geklärt werden, in welchem Umfang Stellen und Mittel wegen der Änderung des Lebensmittelüberwachungsgesetzes zusätzlich erforderlich sind.

Für die Kommunen heißt es dort:

Durch die Aufgabenzuweisung an die Lebensmittelüberwachungsbehörden (Landratsamt, Kreisfreie Städte) fallen auf kommunaler Ebene zusätzliche Kosten in derzeit nicht qualifizierbarer Höhe an.

Es ist toll, wenn man das liest, und dann in diesem Hause soviel über Konnexität hört.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei der Mitberatung im Landwirtschaftsausschuss stand die Kostenfrage dann wieder im Mittelpunkt. Die Staatsregierung konnte auch keine Angaben zu den Kosten machen. Der Landwirtschaftsausschuss hat dann einstimmig beschlossen, folgenden Satz in die Begründung aufzunehmen: „Die Finanzausgleichsmittel sind bei Bedarf entsprechend zu erhöhen“. Im Haushaltsausschuss räumte die Staatsregierung dann ein, dass die notwendigen Personalmehrungen nicht Eingang in den Haushaltsplan gefunden hätten. Das bedeute, dass die Kontrollen künftig mit dem vorhandenen Personal durchgeführt werden. Herr Kiesel verwies damals im Ausschuss auf die Möglichkeit der Fremdvergabe aus Mitteln des Einzelplanes 12 in Höhe von 2 Millionen €. Man hat ihn aber dann schnell belehrt, dass diese Mittel bereits für den Vollzug der Trinkwasserverordnung verplant sind.

(Heiterkeit bei der SPD – Beifall des Abgeordneten Wahnschaffe (SPD))

Zum Schluss bleibt also die Aussage: „Wenn Verstöße festgestellt werden, können Gebühren erhoben werden.“ Deshalb ist die Einsparung weder von Stellen noch von Mitteln geplant. – Ist das nicht ein wunderbares Beispiel für Herrn Traublinger, wie in Bayern der Mittelstand entlastet und gefördert wird?

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Sehr schön!)

Eines aber haben Sie geschafft, Herr Minister, bevor das Gesetz in Kraft getreten ist: Das Faltblatt war bereits fertig. Es war auch schon an die Ämter verteilt.

(Heiterkeit bei der SPD)

Das Faltblatt ist mit der großen Hoffnung formuliert worden, dass die Anbieter mehr auf das Etikett schreiben, als gesetzlich dafür vorgeschrieben ist. Dann sind Sie für die Kontrollen nicht mehr zuständig, und man kann kräftig auf Berlin verweisen und darauf, dass man es dort gefälligst ordentlich zu machen hat. Das sind die vertrauensbildende Maßnahmen, Herr Minister. Sie sollten Hausaufgaben machen, anstatt in blumigen Reden die eigene Probleme zu beschreiben und in bösen Reden über andere herzuziehen.

(Beifall bei der SPD)

Was ich geschildert habe, ist die Realität. So sieht es aus, wenn es um Geld für den bayerischen Verbraucherschutz geht. Es ist nicht so, wie in den schönen Reden, die Sie vorhin gehalten haben. Realität ist vielmehr, dass die Verbraucherkontrolle in Bayern ein Schattendasein führt, weil die nötige Finanzausstattung fehlt. Von einem flächendeckenden Angebot, wie es in anderen Bundesländern vorhanden ist, ganz zu schweigen. Schon eine geringfügige Verbesserung der Finanzausstattung haben Sie abgelehnt. Realität ist auch, dass sich in der Ernährungsberatung nichts verändert hat. Sie haben heute unter dem Titel „Kompetenzzentrum“ in den Landratsämtern das Gleiche, was Sie früher an den Landwirtschaftsämtern gemacht haben. Vormalig hat man denen vor Ort misstraut, weil sie Teil der Landwirtschaftsverwaltung waren. Heute sind sie dem Landrat unterstellt, das ist nicht viel besser. In der Zwischenzeit zeichnet sich immer mehr ab, dass sie jetzt der Veterinärabteilung unterstellt werden.

Herr Minister, auch ich habe Tierernährung studiert. Wenn Sie mich anschauen, sehen Sie ein lebendes Beispiel dafür, dass ich als Ernährungsberater nicht geeignet bin.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Sie sollten das den Ernährungsberatern und Ernährungsberaterinnen vor Ort auch nicht zumuten, indem Sie sie unter die Kuratel der Veterinäre stellen.

Über die Realität im Gesundheitswesen und bei der Prävention wird Frau Kollegin Hirschmann noch sprechen. Ich darf noch einmal zusammenfassen: Die Realität in Bayern beim Verbraucherschutz, bei der Verbraucherinformation und bei der Prävention ist die, dass sich kaum etwas verbessert hat.

Ich muss allerdings einräumen, dass sich das Verbraucherverhalten und die Verbrauchereinstellung etwa gleich verhalten haben. Die Menschen haben nur vergessen und verdrängt. Deshalb ist es ruhiger um Ihr Haus geworden. Aber auch der vorliegende Haushalt

wird nichts daran ändern. Sie hätten noch furchtbar viel zu tun, bis der Verbraucherschutz nicht nur dann im Mittelpunkt steht, wenn der nächste Skandal ins Haus steht. Ich bin überzeugt davon, dass Ihre Fraktion Ihnen diese Möglichkeit, diese lange Zeit nicht einräumen wird.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Kiesel.

Kiesel (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Geiger, Sie haben sich gerade widersprochen. Sie haben zuerst gesagt, wir brauchen das Ministerium nicht. Als Zweites fordern Sie mehr Geld, höhere Personalkosten und höhere Sachaufwendungen.

(Gartzke (SPD): Aber nicht den Wasserkopf! – Wahnschaffe (SPD): Erzählen Sie uns lieber, wo die 2 Millionen geblieben sind!)

– Das ist aber schön, was Ihr alles von mir wollt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir hatten im Jahr 2001 dieses Ministerium gegründet, weil der Verbraucher nach mehr Schutz geschrien hat. Wir haben dem Verbraucher ein Konzept in Bayern vorgelegt, bei dem Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz in einem Haus untergebracht sind.

(Wahnschaffe (SPD): Das stimmt, untergebracht sind sie!)

– Ja. Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz gehören zusammen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

(Wahnschaffe (SPD): Sie haben jetzt ein Haus!)

Man könnte jetzt darüber philosophieren und fragen, was das alles mit Ernährung zu tun hat. Die Wissenschaftler sagen, pro Zentimeter zuviel Körperumfang hat man eine um ein Vierteljahr kürzere Lebenszeit. Mancher lernt es nie, mancher beizeiten. Ich möchte es beizeiten lernen, weil ich alt werden möchte. Auf der anderen Seite wird man dann natürlich die demographische Entwicklung verändern und damit vielleicht die Renten sichern. Man kann das immer von zwei Seiten betrachten.

Der Haushalt des Verbraucherschutzministeriums hat im Jahr 2003 knapp 280 Millionen Euro und im Jahr 2004 285 Millionen Euro. Wir haben wegen der Gesamtsituation einiges an Geld eingespart. Das ist auch verkraftbar. Kollege Geiger hat gerade eben angesprochen, dass die BSE-Tests für Rinder unter 30 Monate oder unter 24 Monate auf jeden Fall fragwürdig sind. Die Wissenschaftler versichern zumindest glaubwürdig, dass man sie nicht braucht, weil sie für den Verbraucherschutz nichts beitragen.

Das ist mittlerweile so fundiert, dass man daran glauben darf und kann. Das muss man anpassen. Man sollte nur

mit Stichproben arbeiten. Wenn man befallene Tiere in einem Bestand entdeckt, dann muss man die Linien verfolgen, um eventuell Ableitungen zu finden. Darüber muss man sachlich und fachlich diskutieren. Das ist mit Sicherheit haushaltswirksam. Deshalb muss man sich damit auseinandersetzen.

Ich möchte aber etwas zur Qualität sagen.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): BSE-Forschung!)

– BSE-Forschung, lieber Herr Dr. Dürr – –

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schönen Gruß an die BSE-Forscher! Sie erzählen, dass BSE erblich ist!)

– Herr Kollege Dr. Dürr, ich bin kein Wissenschaftler, aber ich traue den Wissenschaftlern anstatt den Ideologen. Durch Wiederholen wird Unrichtiges auch nicht richtig.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann erzählen Sie nicht so einen Schmarrn!)

Ich verlasse mich darauf, dass sich die Wissenschaftler intensiv mit der Sache beschäftigen. Das muss man einmal ganz deutlich sagen.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es ist auf jeden Fall sicher, dass der Bürger immer dann nach dem Staat ruft, wenn er glaubt, er ist irgendwo bedroht. Wenn er sich nicht bedroht fühlt, dann braucht er den Staat nicht. Das ist der Spagat, den der Staat in diesem ganzen Bereich vollführen muss. Das muss man sehen. Ich glaube, es ist vernünftig, sachlich und fachlich darüber zu diskutieren, was machbar ist und dem Verbraucherschutz und der Qualität dient.

(Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man kann nicht diskutieren! Sie sagen, das ist Wissenschaft!)

Bei Qualität ist nachweisbar, wie ein Produkt produziert worden ist und ob es gesund produziert worden ist.

Ich stelle fest, dass in der Bundesrepublik ideologisch diskutiert wird, vor allem in Berlin. Den Verbraucherschutz fördert dies nicht. Auch das muss man einmal deutlich sagen.

Bei mir in Bad Kissingen hat ein neuer Supermarkt aufgemacht, der bietet – –

(Wahnschaffe (SPD): Heißt der Lidl oder Aldi?)

– Nein, das ist Kaufland. Den Namen kann man ruhig nennen.

Was dort passiert, können wir alle, quer durch alle Fraktionen, nicht gut heißen. Da wird Fleisch zur Ramschware gemacht. Ab 19 Uhr werden alle Frischfleischpro-

dukte zum halben Preis verkauft. Ich habe mit dem Geschäftsführer gesprochen. Der hat gesagt, er müsse das absetzen. Die Leute kauften am Tag kein Fleisch mehr und kämen erst nach 19 Uhr. Das führe zu Tumulten an der Kasse.

Wenn Fleisch, ein hochwertiges Lebensmittel, zur Ramschware wird, dann müssen wir uns alle etwas dagegen einfallen lassen. Ich glaube, darüber sollten wir nachdenken.

(Wahnschaffe (SPD): Die sollten schon vor 18 Uhr billiger verkaufen!)

Die Opposition erweckt den Eindruck, als ob wir in Bayern alles im Griff hätten. Verantwortung tragen auch der Bund und Europa. Über die WTO-Verhandlungen haben wir den Mindestmarktzugang. Das heißt, alle Waren, die bei uns in der EU erzeugt werden, können durch den Mindestmarktzugang über die WTO-Verhandlungen vereinbart zu 5 bis 10% auf den deutschen Markt und auf den europäischen Markt kommen. Wo haben wir in Bayern Außengrenzen? Wir haben Außengrenzen am Münchner Flughafen und derzeit noch im Osten. Die östlichen Länder treten irgendwann der EU bei, und dann werden die Außengrenzen noch weiter nach außen verlegt. Bayern hat keinen Einfluss mehr. Wir müssen alles daransetzen, nicht nur den Eindruck zu erwecken, dass wir alles im Griff hätten. Der Bund und Europa tragen hier große Verantwortung. Wir müssen erstens bedenken, dass Bayern in die EU eingebunden ist, und zweitens, dass die WTO-Verhandlungen einen Mindestmarktzugang zulassen. Für Produktionsverfahren, Rückstandsuntersuchungen usw. kann man nicht haften und garantieren. Man kann noch so viel Personal einstellen: Es wird uns nicht gelingen, das lückenlos nachweisen zu können.

Die Politik muss sich auf das Setzen von Rahmenbedingungen beschränken und auf Eigenverantwortung setzen. Wenn nicht auf Eigenverantwortung gesetzt wird und dann eine Kontrolle kommt, dann hat man keine Chance. Wir leben in einem Rechtsstaat. Wenn der Rahmen stimmt und Kontrollen möglich sind – ich stelle mir das bildlich vor nach dem Motto: Der Bürger muss wissen, der Herr kann stündlich kommen, unangemeldet –, dann greifen bei einem Verstoß die Mittel des Rechtsstaates.

(Willi Müller (CSU): Das steht schon in der Bibel!)

Zur Qualität: Qualität hat ihren Preis. Frau Künast hat in Berlin erklärt, was alles machbar ist. Ich habe das vorhin an einem Beispiel erklärt. Der Verbraucher reagiert erst, wenn sein Geldbeutel durch Steuern oder Ähnliches belastet wird. Wenn die Waren zu teuer sind oder die Gesundheit betroffen ist, dann schreit der Verbraucher.

In der „Süddeutschen Zeitung“ vom 24. November wird unter der Überschrift „Zwei Jahre nach BSE“ eine Priorienforscherin zitiert, es sei schlimm, dass in der heutigen Zeit das ganze Thema vom Verbraucher mittlerweile totgeschwiegen wird. Die meisten sagten: Gut, dass die Hysterie vorbei ist, wir können zur Tagesordnung übergehen.

Das wollen wir nicht. Wir wollen die Verbraucher schützen; wir wollen, dass die Verbraucher Qualität bekommen. Qualität hat ihren Preis, das muss man ganz deutlich sagen. Es ist gut, dass der Herr Staatsminister heute die Gesundheitsinitiative in den Vordergrund gestellt hat. Diese Gesundheitsinitiative – ich wiederhole, was ich eingangs gesagt habe – macht deutlich, dass Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz eng zusammenhängen.

Deswegen ist es auch gut, dass man jetzt versucht, die Vernetzung besser in den Griff zu bekommen. Ich bin davon überzeugt, dass dabei noch Synergieeffekte möglich sind, dass aus anderen Häusern das Eine oder das Andere noch verschoben werden kann, um das vernünftig zu gestalten.

Ich bin dem Herrn Staatsminister und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für das, was sie geleistet haben dankbar.

(Schläger (SPD): Was Sie sich geleistet haben!)

Auch das neue Landesamt braucht meines Erachtens eine gewisse Anlaufzeit.

Da kann man doch nicht so tun, als ob das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit aus dem Nichts entstehen könnte.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Auch Herr Dürr ist es schon mehrmals so ergangen, nicht das richtige Wort zu finden. Er ist und bleibt aber ein Ideologe und glaubt, dass alles, was er sagt, richtig ist, ob es wissenschaftlich fundiert ist oder nicht.

(Beifall des Abgeordneten Freiherr von Rotenhan (CSU))

Ich lasse mich von Ihnen nicht darüber belehren. Ich habe mir in den Jahren, seit Sie hier sind, meine Meinung gebildet. Sie können sich ein Beispiel an Ihrem Landesvorsitzenden, Sepp Daxenberger nehmen. Das ist jemand, der auch eingestanden hat, wenn er irgendwo fehl ging. Sie sind aber Ideologe – das sage ich Ihnen so deutlich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit Blick auf die Uhr und darauf, dass noch weitere Redner von uns sprechen werden, werde ich jetzt zum Schluss kommen und bitte das Ministerium, alles daran zu setzen, zu prüfen und auch mit den Wissenschaftlern zu sprechen, ob unbedingt lückenlose BSE-Tests unter 30 Monaten notwendig sind oder ob wir uns nicht etwas Geld sparen können, ohne dass der Verbraucherschutz darunter leidet.

Jetzt möchte ich noch etwas ansprechen.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch gesetzlich vorgeschrieben! Wissen Sie das nicht?)

– Ich weiß das schon. Gesetze kann man ändern, lieber Herr Kollege Dürr, falls Sie das nicht wissen.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie nicht!)

– Ich nicht, aber die Mehrheit in einer Demokratie.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht in diesem Hause!)

– Hier nicht. Man kann aber über den Bundesrat darauf einwirken, und eventuell kann es ja auch dort Möglichkeiten geben.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Einwirken können Sie schon!)

Die EU ist da viel weiter als Sie. Wenn Sie glauben, dass Sie die Welt von Bayern aus verbessern können, sind Sie auf dem Holzweg.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Güller (SPD): Richtig! Das sagen wir schon lange!)

– Ich habe „Sie“ gesagt. Sie müssen schon aufpassen, was ich gesagt habe. Ich habe „Sie“ gesagt.

Ich möchte noch etwas zum Tierarzneimittelverordnungsgesetz sagen. Ich bitte ebenfalls darum, dass die Staatsregierung aktiv wird und über den Bundesrat auf die Bundesregierung einwirkt. Über den einen oder anderen Punkt bei den Betreuungsverträgen muss diskutiert werden. Es kann nicht sein, dass derzeit Forderungen eingestellt sind, die in der Praxis ganz einfach nicht zu handhaben sind und die dem Verbraucherschutz nicht dienen und die am Ende eventuell zu einer Dokumentation führen, die nicht den Tatsachen entspricht. Wenn schon im Sinne des Verbraucherschutzes und unter Berücksichtigung der Qualität dokumentiert wird, sollte das dokumentiert werden, was den Tatsachen entspricht und was tatsächlich nachvollzogen werden kann. Ich glaube, dies sollte der Sinn und Zweck unserer Übung sein. Dann sind wir am richtigen Platz; ansonsten nicht.

(Beifall bei der CSU) – Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie Ihre Rede wissenschaftlich überprüfen lassen?)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Herr Dr. Dürr. Bitte.

Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Nach diesem kabarettistischen Beitrag ist es schon schwer, wieder zum Ernst der Lage zurückzufinden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

Der Schock der BSE-Krise ist genau zwei Jahre her. Damals wurde für alle wieder einmal sichtbar, dass auch

in Bayern die Welt weder heil noch in Ordnung ist – im Gegenteil: Wegen kurzfristiger wirtschaftlicher Interessen hat die Staatsregierung den vorbeugenden Verbraucherschutz sträflich vernachlässigt. Unsere Bäuerinnen und Bauern wiederum sahen sich von Regierung und Bauernverband hilflos den Machenschaften der Futtermittel- und Fleischlobby ausgeliefert. Ministerpräsident Stoiber hat letzte Woche an dieser Stelle von einer beispiellosen Vertrauenskrise zwischen Bürger und Politik gesprochen. Das war die BSE-Krise. Diese Vertrauenskrise war und ist heute beispiellos. Die Menschen in Bayern hatten jedes Vertrauen in die Staatsregierung und in den Ministerpräsidenten verloren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Willi Müller (CSU): Deshalb habt ihr die Wahl verloren!)

Agrarpolitik in Bayern war damals schon Chefsache. Der Ministerpräsident selber hatte sich vor der BSE-Krise zum höchsten Lobbyisten der Agrar- und Fleischindustrie ausgerufen. Er hat sich an die Spitze derer gesetzt, die alle vorbeugenden Maßnahmen zum Verbraucherschutz blockiert haben. Danach musste er dann das eigene Versagen möglichst schnell überspielen, und dafür hat er ein neues Ministerium aus dem Hut gezaubert, wobei, weil es gar so schnell gehen musste, unterwegs auch gleich der Minister verloren ging. Er hat dann einen anderen gefunden, und er legte schnell noch einmal 600 Millionen DM für die so genannte Verbraucherinitiative auf den Tisch. Heute wird dieser Tisch abgeräumt. Von der Verbraucherinitiative bleibt nichts mehr übrig.

(Beifall der Frau Abgeordneten Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Um nochmals Ministerpräsident Stoiber von letzter Woche zu zitieren: Ohne Glaubwürdigkeit der Regierung gibt es keine sinnvolle und zukunftsfähige Politik. Es ist genau umgekehrt: Nur eine sinnvolle und zukunftsfähige Politik schafft Glaubwürdigkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer wie Ministerpräsident Stoiber fundamentale politische Probleme mit ein paar Show-Effekten aus der Welt schaffen will, verschärft auf Dauer nur die Vertrauenskrise seiner Politik. An der Ausrichtung der grundfalschen bayerischen Agrar- und Verbraucherschutzpolitik hat sich in den vergangenen zwei Jahren nichts geändert. Es sollte sich ja auch nichts ändern. Der Bauernverband und die Agrar- und Fleischlobby geben nach wie vor den Ton an, zulasten der bayerischen Verbraucherinnen und Verbraucher und zulasten der bayerischen Bauern.

Ich habe damals vor zwei Jahren kritisiert, die Staatsregierung handle nach dem Motto des Fürsten von Salina: Es muss sich etwas ändern, damit alles so bleiben kann, wie es ist. Genauso ist es gekommen.

Sehen wir uns einmal die beiden Kaninchen an, die der Ministerpräsident in höchster BSE-Not aus dem Hut zauberte: das so genannte Verbraucherministerium und die so genannte Verbraucherinitiative. Was haben sie

gebracht? Wie geht es weiter? Schon bevor die neue Streichungsliste kam, hat die „Main-Post“ getitelt: „Die Kunst der leeren Pakete – Verbraucherinitiative fällt dem Rotstift zum Opfer“. Die „Main-Post“ hat gespottet, von der Verbraucherinitiative ist außer einem teuren Ministerium nicht mehr viel übrig geblieben. Genauso ist es.

Gehen wir mal die einzelnen Punkte der Verbraucherinitiative der Reihe nach durch, so wie sie am 14. Februar 2001 vom Ministerpräsidenten vorgestellt wurden.

Erstens. Verstärkung und Kontrolle des Verbraucherschutzes vor Ort, 72 Millionen DM. Das ist einer der Kernbereiche des neuen Ministeriums. Minister Sinner erklärte dazu im September vorigen Jahres, die zusätzlichen 360 Stellen seien im Wesentlichen besetzt bis auf die 75 Veterinärassistenten, die zum 1. Oktober eingestellt würden – wohl gemerkt zum 1. Oktober 2001. Jetzt, Anfang Dezember 2002, kann Minister Sinner schon wieder einen Erfolg feiern: Er stellt das neue Berufsbild des Veterinärassistenten und dessen Ausbildung vor.

(Zuruf von der CSU: Sehr gut!)

Knapp zwei Jahre nach der Ankündigung sind die 75 Veterinäre schon in Ausbildung, aber es sind nur noch 71. Das ist eine tolle Leistung. Sie sollen Futtermittelproben nehmen und die Tierkennzeichnung kontrollieren. Wer hat diese Arbeit bisher gemacht? Gab es da eine Lücke im Verbraucherschutz, oder sind sie überflüssig?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Verbesserung der Schlachttechnik, 10 Millionen DM. Seit Ihren ersten Tagen als Minister, Herr Minister Sinner, haben Sie sich gerühmt, sichere Schlachttechniken eingeführt zu haben. Im Haushalt sind aber jetzt statt 5 Millionen € nur bescheidene 250 000 € für Studien, Gutachten und Forschungsaufträge eingestellt. Das heißt doch, dass Sie entgegen Ihrer beständigen Prahlerie über das Versuchsstadium noch nicht hinaus sind. Heißt das nicht, dass hier eine eklatante Lücke im Verbraucherschutz klafft?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drittens. BSE-Forschung, 20 Millionen DM. Hier sind wir noch keinen Schritt weiter – außer Kollege Kiesel, der sowieso schon alles weiß. Wir wissen aber bis heute nicht, warum BSE regional gehäuft und innerhalb Bayerns wiederum regional gehäuft auftritt. Wir wissen sogar noch weniger, als Staatsregierung und Wissenschaft bis jetzt behauptet und erklärt haben zu wissen. Inzwischen wird sogar vermutet, dass BSE nicht nur die Variante, sondern die klassische Kreuzfeld-Jacob-Krankheit verursachen könnte. Sie, Herr Minister, haben dem Landtag auf einen Landtagsbeschluss hin versprochen im Dezember einen Zwischenbericht über die Forschungsergebnisse vorzulegen. Jetzt ist es Dezember. Wo ist der Bericht?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viertens. Verbraucherinformation, 13 Millionen DM. Daran, wie Sie, Herr Minister, diese Aufgabe missverste-

hen, wurde im Haushaltsausschuss selbst von Ihrer eigenen Fraktion massiv Kritik geübt. Sie verstehen darunter offensichtlich in erster Linie Öffentlichkeitsarbeit und den medialen Tätigkeitsnachweis für Ihr Ministerium. Eine große Windmaschine ist aber noch lange kein Beweis dafür, das Sie tatsächlich etwas bewegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Gegenteil: Je mehr Wind Sie machen, Herr Minister, desto offensichtlicher wird, wie wenig Ihr Ministerium tatsächlich bewirken kann.

Fünftens. Qualitätssicherungssysteme. Kollege Kobler, mit 30 Millionen DM sollte die vielzitierte gläserne Produktion verwirklicht werden. Inzwischen gibt es ein so genanntes Qualitätssiegel für Rindfleisch aus Bayern; das ist das Nachfolgeprogramm des unsäglichen QHBs. Dieses Programm heißt garantiert BSE-freie Herkunft.

Mit diesem Programm wird die alte Tradition der Verbrauchertäuschung konsequent fortgesetzt; denn das neue Qualitätssiegel enthält im Wesentlichen Vorschriften, die schon jetzt – oder bald – gesetzlich verpflichtend sind, sagt aber nichts aus über die Art der Tierhaltung und gar nichts über die Herkunft der Futtermittel.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Ministerpräsident – bei „Ministerpräsident“ darf auch die CSU klatschen – hat vor knapp zwei Jahren erklärt:

Ziel unseres Umstellungsprogramms ist es, die Tierhaltung für alle Tiere zu verbessern. Zur Umsteuerung in der Landwirtschaft

– damals hat er noch eine Umsteuerung in der Landwirtschaft gefordert –

gehört auch, dass wir unsere Tiere wieder mit heimischen, möglichst auf eigenem Hof angebauten Futtermitteln füttern.

Das ist ein richtiges und wichtiges Ziel, aber wer das wirklich anstrebt, Herr Minister, muss das auch im Qualitätssiegel „Geprüfte Qualität – Bayern“ festschreiben, nicht nur davon reden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sechstens, Umstellungsprogramm für die Landwirtschaft, 150 Millionen DM. Die darin versprochenen Hilfen zur Verbesserung der Lebens- und Aufzuchtbedingungen für alle Tiere wurden inzwischen genauso gestrichen wie die Mittel zur Verfütterung von weitgehend heimischen, möglichst am Hof angebauten Futtermitteln. Die Staatsregierung macht gar nichts mehr. Sie lässt lieber Brüssel und Berlin machen und Brüssel und Berlin zahlen. Nur gut, dass sich die bayerischen Bauern und Verbraucher wenigstens auf Franz Fischler und Renate Künast verlassen können.

Siebtens, Förderung des Regionalmarketings, 25 Millionen DM. Ministerpräsident Stoiber hatte versprochen, Vermarktungskonzepte für gesunde Nahrungsmittel zu

fördern unter dem grünen Motto: Aus der Region – für die Region. Auch dieses Programm wird einfach gestrichen. Minister Sinner unternimmt zur Zeit alle möglichen Werbemaßnahmen. So rät er zum Beispiel Großküchen, leicht und mediterran zu kochen. Nichts gegen eine gute italienische Küche, aber von einem bayerischen Minister erwarte ich doch, dass er sich bei öffentlichen und privaten Großküchen für ökologische und regionale Produkte aus Bayern einsetzt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gibt auch bayerischen Mozzarella!)

Minister Miller wiederum ist ganz stolz darauf, dass er regionale Produkte, zum Beispiel bayerisches Bier, in Brüssel hat schützen können. Was aber nützt uns sein Inventar regionaler bayerischer Spezialitäten, wenn er damit nicht die Herkunft der Rohstoffe vorschreibt?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Müller Milch“ verkauft unter dem Siegel der Staatlichen Molkerei Weihenstephan mit der Qualitäts- und Frische-garantie, mit Raute und Löwe auch sächsische Milch. Dafür ist Finanzminister Faltthäuser verantwortlich; denn für eine Auflage, dass unter der blauen Linie nur bayerische Produkte verkauft werden dürfen, hätte er, wie er ehrlicherweise zugibt, erheblich weniger Geld bekommen. In derselben Weise setzt sich die Staatsregierung durchgehend für Regionalvermarktung ein – nämlich überhaupt nicht.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Geschützt sind laut Staatsminister Miller – auch darauf ist er stolz – Nürnberger Bratwürste. Das Schweinefleisch aber kommt aus Dänemark. Das ist Verbrauchertäuschung erster Güte, und das schadet unseren Bauern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die für Verbraucherschutzfragen zuständige Food Standard Agency in Großbritannien fordert jetzt, dass Schinken, der aus dänischem Schweinefleisch hergestellt wird – die haben offensichtlich das gleiche Problem – künftig nicht mehr als „britisch“ bezeichnet werden dürfe. Mit einer solchen Art von Verbrauchertäuschung sollte endlich auch die Bayerische Staatsregierung aufräumen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Achtens, Förderung des Ökolandbaus, 20 Millionen DM. Minister Miller hat damals großspurig erklärt, Bayern wolle ein Kompetenzzentrum für Ökolandbau werden. Ministerpräsident Stoiber hat das Ziel von 10% Ökobe-trieben in den nächsten Jahren ausgegeben. Passiert ist aber nichts.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Seit vier Jahren gibt es einen einzigen Lehrstuhl für Ökonomie in Bayern, und der ist seit vier Jahren unbesetzt, den gibt es nur virtuell. Wahrscheinlich ist das die virtuelle Hochschule, von der heute schon gesprochen wurde. Minister Miller hatte versprochen, im Zuge der Neuausrichtung der Landesanstalten werde ein eigenes Institut für den ökologischen Landbau eingerichtet werden. Pustekuchen! Aus den Augen der Öffentlichkeit, aus dem Sinn des Ministerpräsidenten – Ökoinstitut gestrichen.

Genauso gestrichen wurden die Mittel für die bessere Vermarktung von Ökoprodukten. Die Förderung für die Ökobetriebe werde ins KuLaP übernommen, hat Minister Miller die Kritik meiner Kollegin Emma Kellner im Haushaltsausschuss zurückgewiesen. Daran beteilige sich die EU – so hat er auch noch erklärt – mit 50% an der Finanzierung. Jetzt kürzt er die KuLaP-Mittel um 5 Millionen und verzichtet zusätzlich zu Lasten der bayerischen Bäuerinnen und Bauern auf mehr als 4 Millionen EU-Mittel.

Ministerpräsident Stoiber hat Anfang Oktober noch beteuert, er werde die Mittel des Kulturlandschaftsprogramms auf keinen Fall kürzen. Er sagte, Bayern werde das mit Sicherheit nicht machen. So viel ist das Wort eines Ministerpräsidenten wert! Er hat ausgeführt:

Die Pflege der Landschaft ist ein ganz wichtiges Anliegen. Das sehe ich nicht als Kürzungsmasse an.

Jetzt werden die Mittel für das Kulturlandschaftsprogramm schon zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen gekürzt. Sind das die verlässlichen und kalkulierbaren Rahmenbedingungen, die Ministerpräsident Stoiber beständig fordert?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Neuntens, DNA-Rinderdatenbank, 15 Millionen DM. Kernstück des bayerischen Qualitätssiegels für Rindfleisch ist die Herkunftssicherung. Dafür muss jetzt offenbar die in Verruf gekommene HI-Tierdatenbank ausreichen. Im Dezember 2000, also mitten in der BSE-Krise, hat sich Minister Miller – der hat damals ja viel gesagt – noch dessen gerühmt, wie gut Erfassung und Kontrolle der Rinder funktioniere. Als Anfang dieses Jahres dann die EU erhebliche Mängel feststellte, stritt Miller alles ab. Wenige Tage später frohlockte Minister Sinner, man habe mittlerweile alle Voraussetzungen für ordnungsgemäße Kontrollen geschaffen. Dafür habe man Stellen für 79 Veterinärassistenten geschaffen, die staatliche Kontrollaufgaben übernehmen sollten. Das sind, wohlgemerkt, die gleichen 71 Assistenten, die man zur Zeit gerade ausbildet.

Aber Minister Sinner hat ja alles im Griff. Deswegen braucht er jetzt auch die DNA-Datenbank nicht mehr, die Ministerpräsident Stoiber und er selbst mehrfach als neueste Errungenschaft angekündigt haben. Erst kürzlich hat er ihre Vorzüge im Haushaltsausschuss betont. Aber Geld gibt es keines mehr. Damit, Herr Minister Sinner, ist auch das Herzstück Ihrer stets propagierten gläsernen Produktion gestrichen. Der lückenlose Herkunfts-

nachweis, den Sie den Verbrauchern stets versprochen haben – von der Ladentheke in den Stall – fällt damit aus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zehntens, BSE-Hilfen, 245 Millionen DM. Diese Mittel haben offensichtlich im Gegensatz zu den anderen davor wirklich ihren Zweck erfüllt. Sie sind eine wertvolle Unterstützung für die Futtermittel- und Fleischindustrie, für die Industrie, die im Verein mit dem Bauernverband und der Staatsregierung für den BSE-Skandal verantwortlich war. Das ist das Verursacherprinzip auf bayerisch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist alles in allem eine ziemlich trostlose Bilanz für so eine großartig angekündigte Initiative. Überall dort, wo es um Verbraucherschutz und gesunde Landwirtschaft geht, gibt es nur leere Sprüche. Außer Spesen nichts gewesen! So lautet auch die Bilanz des Verbraucherschutzministeriums. Es vergeht keine Woche, in der Minister Sinner nicht der überraschten Öffentlichkeit irgendeine einmalige Maßnahme verkauft, eine Maßnahme, von der die Öffentlichkeit schon längst geglaubt hat, sie wäre umgesetzt. Es kommt immer wieder etwas Neues, das eigentlich schon umgesetzt sein sollte.

Herr Minister, Sie haben vorher von der atmenden Verwaltung gesprochen. Ich habe eher das Gefühl, es handelt sich um eine hyperventilierende Verwaltung. Es ist bezeichnend, dass Sie vier Monate brauchen, um unsere Interpellation betreffend BSE-Bilanz für Bayern zu beantworten, das heißt, wenn wir sie demnächst überhaupt bekommen. Dass Sie keine Auskunft geben können über die Erfüllung der Aufgaben, für die Ihr Ministerium gegründet wurde, bestätigt alle Kritiker, die Ihr Ministerium für überflüssig halten. Der ohnehin kaum vorhandene Gestaltungsspielraum Ihres Ministeriums wird mit dem heutigen Haushalt noch weiter eingeengt. Sie wurden finanziell in wenigen Wochen zum zweiten Mal ordentlich gerupft.

Ihr Kollege Zehetmair sagte laut „Münchner Merkur“ vom 9. Oktober, Ihr Budget würde auf ein reales Maß zurückgeführt. Das ist, wie so oft, nur eine Halbwahrheit; denn das reale Maß wäre tatsächlich null. Es ist auffällig, wie Sie ständig neue Rechtfertigungen für die Existenz Ihres Ministeriums suchen. Ihre ganze Rede war eigentlich nichts anderes als der Versuch einer Legitimation.

(Zuruf des Abgeordneten Kobler (CSU))

Die Legitimation dafür war bisher schon immer weit hergeholt. Sie besteht hauptsächlich in Versprechungen. Heute haben Sie die Belege für die Existenzberechtigung Ihres Ministeriums von noch weiter hergeholt, nämlich von der Zukunftsforschung. Die CSU hat plötzlich die Zukunftsforschung entdeckt. Mit diesem Begriff werden wir zurzeit in Zitaten immer wieder beglückt. Es ist ja toll, dass Sie jetzt auch wissen, dass es eine Zukunft gibt. Offenbar handeln Sie nun nach dem Motto: Die Verbraucherinitiative ist tot, es lebe die Gesundheitsinitiative.

Irgendeine Initiative findet sich schon.

Zu Ihrem Kerngeschäft, für das Ihr Ministerium gegründet wurde, zur Lebensmittelsicherheit und Lebensmittelqualität fiel in Ihrer Rede heute kaum ein Wort. Das nehmen wir als Eingeständnis und Bankrotterklärung. Sie haben keinerlei Gestaltungsmöglichkeiten, um auf die Landwirtschaft und die Lebensmittelproduktion tatsächlich einzuwirken. Sie haben keine Möglichkeiten, eine risikomindernde, vorbeugende Lebensmittel- und Verbraucherschutzpolitik einzuleiten. Es fehlt Ihnen und Ihrer Aufgabe der Rückhalt von ganz oben. Weder der Ministerpräsident noch die CSU-Fraktion lassen Sie und Ihr Ministerium ihre Arbeit so machen, wie es im Sinne von Gesundheitsvorsorge und besserer Lebensmittelqualität nötig wäre.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verbraucherschutzpolitik ist – wie gesagt – Chefsache in Bayern und seitdem extrem konjunkturabhängig – abhängig von der Medienkonjunktur. Ministerium und Verbraucherinitiative wurden in höchster BSE-Not vom Chef persönlich ins Leben gerufen, und genauso schnell wurde wieder abgebaut, als die Verbrauchersicherheit aus dem Focus der Medien geriet. Heute wird jegliche Initiative eingestellt. Die Show ist vorbei.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Herr Kollege Kobler.

(Zurufe von der CSU: Frau Hirschmann!)

– Bei mir auf der Liste heißt es: Herr Kobler. Wenn aber eine andere Absprache besteht – –

(Unruhe)

Herr Kobler, bitte.

Kobler (CSU): Frau Präsidentin, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zu den Ausführungen von Herrn Dr. Dürr möchte ich nur folgende Anmerkung machen: Wenn er meint, die Show sei vorbei, möchte ich nur sagen, dass wir vor zwei Jahren in der Tat in einer sehr schwierigen Situation waren. Es gab massive Turbulenzen aufgrund der Herausforderung BSE, die ein neues Phänomen in ganz Deutschland war, doch konnten wir durch die Umressortierung und die Berufung von Minister Sinner wieder in ruhige Gewässer steuern. Es ist sehr viel geschehen.

Herr Dr. Dürr, ich habe schon Angst gehabt, dass Sie sich nicht dazu bereit finden, in Ihrem Vortrag auf die bayerische Verbraucherschutzinitiative und die Zahlen einzugehen. Es war gut, dass Sie die Zahlen vorgetragen haben. Damit wurde dem gesamten Parlament in Erinnerung gebracht, welche großartige Leistungen erbracht wurden. Meine Bedenken gingen nur dahin, dass die von Ihnen vorgetragenen Zahlen, die für uns

sprechen, auf mein Zeitkonto angerechnet würden. Das war die große Angst, die ich hatte.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, zurück zur Sache. Wir müssen feststellen, seitdem die Verbraucherschutzinitiative und die Gesundheitsinitiative bestehen, ist eine Sensibilisierung eingetreten. Der wirksame Schutz der Verbrauchergesundheit ist ein neuer Schwerpunkt, nicht nur der bayerischen Politik, sondern bundesweit und darüber hinaus. Zwischenzeitlich gab es große Bemühungen, die Sicherheit der Verbraucher und ihr Vertrauen in die Nahrungsmittel wieder herzustellen.

Dass man hier flexibel sein muss und auch Mittel streichen muss, wenn sie nicht mehr erforderlich sind, zeigt zum Beispiel die Tiermehlbesetzung. Es ist gut, wenn wir hier kostengünstiger arbeiten können. Wir müssen sehen, dass wir zu energetischen Verfahren kommen, damit die Beseitigung noch billiger wird. Das ist eine der großen Alternativen, die wir realisieren müssen. Damit kann Geld gespart werden, das für wichtige Dinge verwendet werden kann.

Herr Kollege Dr. Dürr, es hat mich gewundert, dass Sie nicht das Fleischhygienegesetz angesprochen haben, das in dieser Woche noch diskutiert werden wird. Auch hier wird es durch rationellere Verfahren, Ausschreibungen und konzentrierteres Vorgehen dazu kommen, dass wir einige Millionen einsparen können. Ich meine, da kann man nicht sagen, dass das schlecht wäre und dass nur der Riemen angezogen würde. Das ist in keiner Weise der Fall.

Ein anderer Aspekt ist die Prävention. Auch wenn Sie das kritisieren, werden wir uns in Zukunft stärker darauf konzentrieren müssen, die Dinge präventiv anzugehen, weil das wichtig ist. Der Verbraucherschutzminister hat das heute ganz klar herausgestellt. Die Prävention ist in der Vergangenheit nicht nur in Bayern, sondern auf breiter Ebene in Deutschland und darüber hinaus ein wenig vernachlässigt worden. Ich darf nur an die Problematik der Fehlernährung erinnern. Man spricht davon, dass 50 Milliarden € Gesundheitskosten im Jahr allein durch die Fehlernährung zustande kommen. Ich meine, dass es richtig ist, in Bayern einen Schwerpunkt auf gesunde Ernährung und Prävention zu legen.

Die Gesundheit ist heutzutage ein wichtiger Bereich. Es geht darum, dass der Einzelne mehr Verantwortung übernimmt und dass man nicht meint, man kann sich alles erlauben, bis das Kind in den Brunnen gefallen ist, weil dann eine gesetzliche Krankenkasse die Kosten übernimmt. Wir können es uns nicht mehr leisten, alles den gesetzlichen Systemen unterzujubeln. Ich meine sogar, dass es eine Art von „Rehabilitation“ für die von Ihnen strapazierte gesetzliche Krankenversicherung darstellt, wenn die Kosten reduziert werden und die Krankenversicherung sozusagen ein wenig Luft holen kann.

Wir brauchen eine größere Eigenverantwortung. Ich sehe gerade in dem, was der Verbraucherschutzminister und seine Staatssekretärin leisten, den richtigen Weg, um mittels eines Paradigmenwechsels viel für eine bessere Gesundheit in unserem Land zu tun. Ich sage noch

einmal, die Sozialsysteme werden es nicht verkraften, wenn ihnen alle Kosten aufgebürdet werden. Auch wenn Sie es nicht glauben wollen und Ihre Freunde von Rot-Grün in Berlin andere Wege gehen, wird es nicht möglich sein, ständig an der Beitragsspirale zu drehen. Das ist Gift für unsere Arbeitsplätze; das ist Gift für die Sicherung unseres Sozialsystems. Deshalb ist es wichtig, mehr Prävention zu betreiben. Das sind hochrentable Investitionsprogramme.

Meine Damen und Herren, „mehr Eigenverantwortung“ heißt die Losung für die Zukunft. Ich meine, das schadet nicht. Ich sage es Ihnen offen und ehrlich, ich verstehe das Geheule der Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt in den letzten Tagen nicht. Sie versucht, das Vorgehen der Techniker-Krankenkasse – ich darf die Kasse direkt nennen – so darzustellen, als ob es sich um ein kriminelles Verhalten handeln würde, weil mehr Eigenverantwortung gefordert wird. Das Angebot anzunehmen, steht doch jedem frei. Ich meine, das ist sehr wohl ein richtiger Weg.

Die Gesundheitsinitiative Bayern aktiv ist eine Offensive auf breiter Ebene. Sie ist ein Highlight, ein gesundheitspolitischer Baustein, um den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern einen guten Ansatz zu vermitteln. Es soll erreicht werden, dass der Einzelne seine Gesundheit zu seiner ureigenen Sache macht.

Herr Geiger von der Opposition, Sie haben in weiten Passagen versucht, die Dinge sehr sachlich darzustellen.

Es gibt einen Antrag von Ihnen, in dem moniert wird, dass zuviel Öffentlichkeitsarbeit geleistet werde. Was soll nun getan werden? Wer soll denn die neuen Dinge herausbringen?

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Schreien Sie nicht so! – Frau Steiger (SPD): Wir sind nicht schwerhörig!)

– Dann muss man die Lautstärke des Mikrofons etwas reduzieren.

Sagen Sie mir doch, auf welche dieser Broschüren Sie verzichten wollen, wenn Sie der Meinung sind, dass zuviel Öffentlichkeitsarbeit geleistet wird. Es trifft nicht zu, dass Kabinettsmitglieder, Herr Minister Sinner oder Herr Minister Miller, in diesen Broschüren abgebildet seien. Sie stellen Dinge in den Raum, die nicht der Wahrheit entsprechen. Kein Mensch ist mit seinem Konterfei in den Broschüren zu finden. Was würden Sie zurückziehen? Was halten Sie für unwichtig? Sagen Sie es doch! Hören Sie doch auf, in der Hoffnung mit Dreck herumzuwerfen, dass etwas hängen bleibt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sagen Sie, auf welches Produkt Sie im Rahmen der Gesundheitsinitiative Bayern verzichten wollen. Das können Sie nicht.

Die gesamten Aktionen sind begrüßenswert. Es geht darum, Volkskrankheiten wie Diabetes, Schlaganfall, Krebs usw. zu bekämpfen. Das muss man der Öffentlichkeit übermitteln können. Ein anderer Weg lässt sich kaum finden. Für diese Kampagne werden im Jahr 2003/2004 je 8 Millionen € investiert. Da gibt es, Herr Kollege Dr. Dürr, eine gewaltige Steigerung gegenüber dem letzten Jahr, nämlich um 2,9 Millionen DM, was eine Steigerung um rund 50 % bedeutet.

Die CSU-Fraktion begrüßt den zentralen Teil der Gesundheitsinitiative. Die Vorsorge und die von Staatsminister Sinner initiierten Maßnahmen wie die Einrichtung des Schlaganfallregisters oder die Darmkrebsfrüherkennung finden unsere nachdrückliche Unterstützung. Die Politik insgesamt muss das Bewusstsein der Menschen dahingehend stärken, dass Prävention besser ist, als sich aufwendigen Reparaturmaßnahmen unterziehen zu müssen.

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Pfaffmann?

Kobler (CSU): Nein, das geht von meiner Zeit ab. Wir haben vielleicht noch eine Runde.

Nach mehrjährigen Diskussionen hat das gesamte Parlament gemeinsam mit der Staatsregierung die Einrichtung des Krebsregisters durchgesetzt. Mit diesem Krebsregister setzen wir Maßstäbe. Dies wurde gestern im Landesgesundheitsrat bestätigt. Erfreulich ist, dass der Haushaltsansatz von bisher 1,74 Millionen € auf 1,8 Millionen € aufgestockt werden kann. Sorge macht uns in diesem Zusammenhang die hohe Sterblichkeitsquote von an Brustkrebs erkrankten Frauen. Bei der Brustkrebsprävention muss ein deutlicher Ruck durch die Bevölkerung gehen, und es muss für das vorsorgende Mammographie-Screening geworben werden. Die Qualität muss weiter verbessert werden.

(Gabsteiger (CSU): Toll, Herr Kollege!)

Mit 50000 Neuerkrankungen und 19000 Todesfällen jährlich in Deutschland gehört Brustkrebs zu den großen medizinischen Herausforderungen der Gegenwart. Wir brauchen eine flächendeckende Einführung der Brustkrebsvorsorgeuntersuchungen. Ich möchte das jetzt nicht weiter vertiefen. Alles, was jetzt im Raum steht, muss meines Erachtens weiter diskutiert werden. Es besteht sowohl Diskussions- als auch Handlungsbedarf. Auch innerhalb der Ärzteverbände darf nicht das letzte Wort gesprochen sein. Ich würde unseren Gesundheitsminister bitten, weiterhin am Ball zu bleiben, damit wir das gute Image, das der Gesundheitsstandort Bayern genießt, auch im Bereich der Brustkrebsbekämpfung behalten.

(Frau Steiger (SPD): Wie lange habt ihr gebraucht?)

Wir werden in der Bundesrepublik sicher nicht das Schlusslicht sein, wenn diese Vorstellungen umgesetzt werden, sondern weit vorne stehen.

Zur Ernährungspolitik und zur Verbraucherschutzpolitik brauche ich mich nicht weiter zu äußern. Dazu wird Frau Kollegin Berta Schmid noch einige Takte sagen. Ich habe vorhin das Fleischhygienegesetz angesprochen. Wegen der Erfahrungen in der Vergangenheit – ich nenne das Stichwort Milan – müssen wir dafür sorgen, dass sich der Skandal nicht wiederholt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Prüflabors müssen auf höchstem Standard arbeiten.

Ein neuer Aspekt in unserer Gesundheitspolitik und ein markanter Teil der Gesundheitsprävention bildet die gesamte Arbeitsumwelt. Besonders wichtig ist die betriebliche Gesundheitsförderung. Wir freuen uns über die große Anzahl moderner und zukunfts-trächtiger Arbeitsplätze für hochqualifizierte Mitarbeiter in Bayern, wobei man erwähnen muss, dass es nicht leicht ist, diese Arbeitsplätze aufgrund der vom Bund geschaffenen schlechten Rahmenbedingungen aufrechtzuerhalten. Die Menschen müssen einen Großteil ihrer Zeit an den Arbeitsplätzen verbringen. Deshalb muss man das Umfeld entsprechend gestalten. Man muss positiv vermerken, dass das Ministerium hier einen neuen Ansatz gefunden hat. Wir bitten Sie, dieses mitzutragen.

Unser gemeinsames Ziel sollte es sein, Gesundheit weiter zu optimieren, Anreize zu geben, Prävention zu stärken und das Verbrauchervertrauen durch effizient wirkende Kontrollmechanismen zu fördern. Der vorliegende Haushalt bildet dazu eine gute Grundlage. Mit den darin erteilten Überlegungen werden wir eine zukunftsorientierte Gesundheits- und Verbraucherpolitik betreiben und auf europäischer Ebene in dieser Beziehung zum Marktführer werden.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat nun Frau Hirschmann. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gebe noch bekannt, dass die CSU-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt hat.

Frau Hirschmann (SPD): Frau Präsidentin, Kollegen und Kolleginnen, lieber Herr Minister Sinner! Auch in Zukunft bleibt die Prävention ein Schwerpunkt in unserem Arbeitsbereich. Ich meine aber, dass wir nicht nach dem Gießkannenprinzip vorgehen sollten, sondern unsere Politik gezielt auf die Risikogruppen ausrichten sollten. Dabei wird auch darüber nachzudenken sein, ob die herausgegebenen Broschüren das angemessene Medium sein können. Das ist unabhängig von der in den letzten Wochen auch in Ihrer eigenen Fraktion geäußerten Kritik.

Von besonderer Bedeutung – darin sind wir uns einig – für die zukünftige Gesundheitspolitik ist der gesamte Bereich der Prävention. Sie haben das unter das Motto gestellt: „Bayern aktiv“. Hier möchte ich auf die Ausführungen des Ministers in den Haushaltsberatungen im letzten Jahr eingehen, da dies auch für die Zukunft von Bedeutung ist. Ich zitiere: „Wir wollen verstärkt nach der

Devise handeln: Weg vom Krisenmanagement, hin zur Vorsorge. Denn“ – das kommt auch in der heutigen Rede wieder zum Ausdruck – „Vorbeugen ist besser als Heilen und vor allen Dingen auch billiger.“ Ich erinnere in diesem Zusammenhang – das wurde auch in der heutigen Rede dargelegt – an die Suchtprävention. Ich kann mich nicht damit zufrieden geben, dass Sie eine Gruppe von Menschen, nämlich diejenigen, die gegen das Betäubungsmittelgesetz verstoßen, herausnehmen, während Sie die Zahl anderer suchtkranker Menschen – ich nenne auch die Alkoholkranken in diesem Zusammenhang – in Bayern besonders unterstützen wollen.

Dies hat zur Konsequenz, dass wir mit ernsthaften Folgeschäden umgehen müssen, auch am Arbeitsplatz – und damit komme ich auf Ihren Bereich. Hier ist die Konsequenz, dass Menschen aufgrund dieser Erkrankung nicht am Arbeitsplatz sein können. Erfolgreiche Prävention scheidet somit auch in diesem speziellen Bereich aus.

Sehr wichtig ist – darauf haben Sie hingewiesen und das ist auch wissenschaftlich belegt – das Gesundheitsverhalten der Jugendlichen, ich verweise dazu auf Ihre Broschüre „Bayern 2000“. Es gibt in diesem Bereich besonders betroffene Risikogruppen, um die man sich in erster Linie kümmern müsste. Das will ich als Defizit aufzeigen, weil dieses Drum-Kümmern noch nicht im notwendigen Maß vollzogen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Darauf weist auch der Sachverständigenrat für die konzertierte Aktion im Gesundheitswesen hin. Sie kritisieren die Maßnahmen der Bundesregierung. Ich denke, wenn der Sachverständigenrat dezidiert darauf hinweist und Konzepte entwirft, sollte das auch bei Ihnen Berücksichtigung finden in der Form, dass Sie es unterstützen und nicht heute darlegen – so verstehe ich Ihre kritische Äußerung –: Die Bundesregierung frisst aufgrund mangelnder Gesundheitskompetenz unsere Ressourcen auf. Wenn es so wäre, dann müssten Sie auch dafür sorgen, dass das, was die Bundesregierung im präventiven Bereich aufzeigt, auf Landesebene umgesetzt wird.

(Beifall bei der SPD)

Das geschieht, Kollegen und Kolleginnen, bei uns in Bayern auch durch Ihre Federführung in unzureichendem Maße.

Was die Prävention angeht, werfe ich die Frage auf – vielleicht können Sie das bei Ihrer Beantwortung noch einmal darlegen –, wie es zu verstehen ist, wenn Sie auf der einen Seite sagen, Prävention ist wichtig, aber im selben Atemzug dafür sorgen, dass die Schulsportstunden gekürzt werden. Das ist schwer nachzuvollziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber möglicherweise, Kollegen und Kolleginnen, richte ich diese Appelle an die ganz falsche Adresse. Denn mit der Zuständigkeit für die Prävention ist es mittlerweile bei Ihnen eine eigenartige Sache. Die Primärprävention obliegt Ihrem Haus, während sämtliche Neuerungen der

Betreuung im Sinne einer Sekundär- und Tertiärprävention bei Ihrer Kollegin angesiedelt sind und dort natürlich nicht – ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Programme für chronisch Kranke – die entsprechende Unterstützung finden. Der Kollege Geiger hat darauf hingewiesen, dass zum Beispiel – und dies hängt auch damit zusammen – die Zuständigkeiten auf zwei Ministerien verteilt worden sind, wodurch vieles auf dem Weg verloren geht. Aber nicht nur das ist ein Problem, sondern ein weiteres Problem ist, dass damit nicht unerhebliche Summen verbunden sind, sodass ich sage, man hätte sich überlegen müssen, ob das mit Ihrem Haus die richtige Entscheidung war.

(Beifall bei der SPD)

Der Kollege Kobler hat im Rahmen der Prävention auf die Brustkrebsfrüherkennung hingewiesen, auch auf die Sitzung des Landesgesundheitsrats von gestern. Da tut sich für mich ein neues Problem auf. Für mich ist es sehr schwer nachzuvollziehen, Herr Sinner, dass Sie seinerzeit, als es darum ging, dass auch Bayern den Zuschlag für ein weiteres Modell erhält, was die Bundesregierung dann auch getan hat, nämlich Mittelfranken, das unterstützt haben, aber gleichzeitig von der Bayerischen Staatsregierung in enger Kooperation mit der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns ein flächendeckendes Programm auf den Weg gebracht wurde. Da haben Sie sich in Ihrer Rede heute ganz schön rausgehalten. Warum tun Sie das? Sie tun es deshalb, weil Sie anderen einen Zuschlag mit erheblichen Summen zukommen lassen wollen. Ich weiß von einem Professor Hendriksen aus den Niederlanden, den man in diesem Zusammenhang angegangen ist, für diese Konzeption Vorstellungen zu erarbeiten, was auch eine nicht unerhebliche finanzielle Summe bedeutet. Warum – diese Frage stelle ich Ihnen – machen Sie jetzt die Politik im wahrsten Sinne des Wortes auf der Brust von uns Frauen aus, wenn Sie seinerzeit gesagt haben: Dieses Modell ist wichtig für Mittelfranken. Daraus werden wir Ergebnisse haben und umsetzen. Gleichzeitig läuft parallel dazu auf einer anderen Ebene ein anderes Modell.

Ich möchte auch hier nicht missverstanden werden, als wollte ich nicht das Ziel haben, dass alle Frauen in Bayern untersucht werden. Aber dazu gibt es ganz klare europäische Kriterien, die eingehalten werden müssen. Dazu sind 5000 Frauen notwendig, die untersucht werden müssen, was bei dem flächendeckenden Modell aufgrund der vorgegebenen Kriterien eben nicht der Fall ist. Ich sage, das hat sehr wohl mit Prävention zu tun, auch mit Glaubwürdigkeit. Da bitte ich Sie herzlich, wenn Sie die eine Sache unterstützen, dann auch dazu zu stehen. Das ist nämlich echte bayerische Präventionspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Vielen Dank, Frau Kollegin. Das Wort hat Frau Berta Schmid.

Frau Berta Schmid (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich auf ein paar Punkte

beschränken, die auch von der Opposition immer wieder angesprochen werden.

Zum einen – das ist heute auch wieder von mehreren betont worden – wird immer wieder die Abschaffung des Ministeriums gefordert bzw. die Wiederausgliederung. Ich frage Sie, ob die Berliner Konstruktion, die Sie sich zum Vorbild nehmen, das Optimale bedeutet: ein Verbraucherministerium, das bisher überhaupt nichts auf den Weg gebracht hat

(Wahnschaffe (SPD): Wir reden jetzt von Bayern – oder?)

außer einem verwässerten Ökosiegel, das mehr verunsichert als zur Sicherheit der Verbraucher beiträgt. Die nationalen Alleingänge unserer Ministerin bringen weder dem Verbraucherschutz noch dem Tierschutz etwas. Im Übrigen wurde auch das Verbraucherinformationsgesetz ein Flop, weil es einfach zu wenig ausgearbeitet war, weil es zu bürokratisch und für den Verbraucher nicht anwendbar geworden ist.

Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz dagegen, meine Damen und Herren, sind für mich Themen, die sich in ihrer Sinnhaftigkeit ergänzen und einfach zusammengehören. Es macht dann eben durchaus Sinn, die Kontrolle von der Produktion zu trennen. Das gewährleistet meiner Meinung nach bessere Transparenz und Verständlichkeit für den Verbraucher.

Bei der Rede von Minister Sinner ist deutlich zum Ausdruck gekommen, dass Prävention im Mittelpunkt unserer Politik steht. Das heißt, wir müssen agieren und nicht reagieren, Gesundheitsrisiken im Ansatz erkennen, ermitteln und beseitigen, bevor sie akut werden. Eines muss uns allen klar sein: Es gibt keine hundertprozentige Sicherheit und keinen vollen Schutz des Verbrauchers als Garantie. Unser Ziel muss sein, Verbrauchersouveränität auszubauen, das heißt den Verbraucher so auszubilden und zu informieren, dass er in der Lage ist, aus einer Vielfalt von Wahlmöglichkeiten selbstbestimmte Entscheidungen zu treffen. Der Staat muss die Möglichkeit bieten, schützen muss sich der Verbraucher selber.

Die Ernährungs- und Verbrauchergrundbildung ist für mich nach wie vor der Kernpunkt der Verbraucherpolitik. Sie muss auch in Zukunft Aufgabe des Staates bleiben. Wenn es uns auch derzeit leider nicht gelingt, ein eigenes Schulfach für Verbraucherschutz, Hauswirtschaft und Ernährung einzuführen – dies ist für mich nach wie vor ein Ziel –, können wir doch feststellen, dass viele den Verbraucherschutz betreffende Themen fächerübergreifend in den Unterricht integriert sind. Dass daneben im Rahmen der Verbraucherinitiative einige Projekte gefördert werden, finde ich ungeheuer wichtig; denn gerade Kinder – in der Schule, aber auch schon im Kindergarten – sind gegenüber solchen Themen besonders aufgeschlossen. Das hat sich beispielsweise bei dem Projekt „Landfrauen machen Schule“, in das ich direkten Einblick habe, gezeigt. An diesem Projekt haben sich bayernweit 4000 Kinder beteiligt.

Unseren Ernährungsfachfrauen ist es hervorragend gelungen, den Gesundheitswert von natürlichen Lebensmitteln aufzuzeigen und den Bezug vom Erzeuger zum Verbraucher herzustellen. Die Botschaft, dass heimische Lebensmittel vom Bauernhof genussvolles Essen bedeuten und zudem durch kurze Wege die Umwelt schonen, ist nicht nur bei den Kindern, sondern auch bei den Eltern und Lehrkräften positiv angekommen. Das Interesse von Grundschulen und Kindergärten ist sehr groß. Deshalb freut es mich, dass im Haushaltsplan 2003/2004 über die Verbraucherinitiative nochmals Mittel zugeteilt wurden, die den Fortgang dieses Projekts sichern.

In Bayern orientiert sich die Verbraucherpolitik an den Wünschen der Verbraucher. In dem Bürgergutachten, das in diesem Jahr gemeinsam mit dem so genannten Otto Normalverbraucher erstellt wurde, kommt deutlich zum Ausdruck, wo die Interessen der Verbraucher liegen. Zugleich ist es eine Bestätigung dafür, dass wir mit dem bayerischen Konzept den richtigen Weg eingeschlagen haben.

Die Frage ist, was der Verbraucher will. Der Verbraucher wünscht sich zum einen eine kompetente Beratung durch Fachpersonal. Zum anderen soll der Verbraucherschutz unabhängig und bürgernah organisiert sein. Die Einrichtung der Kompetenzzentren in den Landratsämtern sind meines Erachtens die richtige Antwort. Sie sind einerseits mit kompetentem Fachpersonal ausgestattet. Andererseits bieten sie vor Ort – das ist in einem Flächenstaat wie Bayern sehr wichtig – für jedermann erreichbare Anlaufstellen.

Herr Geiger, Sie haben in Ihrer Rede kritisiert, dass die Ernährungsberatung jetzt wohl nicht anders arbeite als vorher. Nach meinen Erfahrungen in unserem Landkreis hat die Ernährungsberatung an Gewicht gewonnen. Sie wird vom Verbraucher besser akzeptiert. Auch in der Presse hat sie mehr Darstellungsmöglichkeiten als früher, zur Zeit ihrer Ansiedlung im Landwirtschaftsamt. In vielen Landratsämtern gibt es mittlerweile Bürgertelefone, um aktuelle Informationen schnell abfragen zu können.

Mein Anliegen ist, vor Ort weiterhin zumindest das Minimum von 1,5 Kräften zur Ernährungsberatung zu erhalten, um vor Ort allen Aufgaben gerecht werden zu können. Denn die Palette der Aufgaben reicht von zielgruppenorientierter Aus- und Fortbildung, von Multiplikatoren bis hin zur Einrichtung so genannter runder Tische, um ein regionales Netzwerk zur umfassenden Ernährungs- und Verbraucherberatung vor Ort zu entwickeln. Da werden vor allem Ziel- und Risikogruppen eingebunden. Wenn wir weiterhin diesen Weg beschreiten, kommen wir zu einem guten Ergebnis.

Daneben müssen weiterhin – dies ist mir besonders wichtig – die schulische und die außerschulische Ausbildung gewährleistet sein; denn gerade die hauswirtschaftliche Ausbildung ist Verbraucherschutz pur. Die Erfahrung vor Ort zeigt, dass sich gerade auch die unterstützende Einbindung von Ehrenamtlichen, etwa von Ernährungsfachfrauen, in die Kompetenzzentren sehr positiv entwickelt hat.

Der großzügige Umgang mit Broschüren wurde heute schon kritisiert. Gerade für ältere Menschen, die den Zugang zum Internet nicht mehr suchen, brauchen wir neben unserem Informationssystem Broschüren. Durch die Einrichtung des zweiten Moduls können europaweit jederzeit Informationen schnell abgerufen werden.

(Wahnschaffe (SPD): Weltweit!)

Ein weiterer Punkt wurde immer wieder von der Opposition kritisiert. Im Haushaltsausschuss wurde ein Antrag beraten, der eine finanziell bessere Ausstattung der Verbraucherzentralen betraf. Ich persönlich würde mich Lügen strafen, gäbe ich nicht zu, dass die Verbesserung der institutionellen Förderung der Verbraucherzentralen nicht auch mein Wunsch wäre.

(Beifall des Abgeordneten Wahnschaffe (SPD))

– Meine Damen und Herren von der Opposition, ich glaube, Ihr Beifall kam etwas zu früh, denn da müssen Sie sich auch selber an der Nase nehmen. Die katastrophalen Auswirkungen einer verfehlten Wirtschafts- und Steuerpolitik bekommen wir nun auch in Bayern zu spüren.

(Beifall bei der CSU)

Auch wir würden die Mittel gerne großzügig weiter verteilen. Aber in der derzeitigen Situation müssen wir mit den vorhandenen Mitteln auskommen, um zumindest den Stand zu halten.

(Zurufe von der SPD)

Aus der Gesamtübersicht des Haushalts wird aber deutlich, dass die Ansätze für die Verbraucherzentralen in Bayern kontinuierlich steigen, obwohl das Gesamtvolumen rückläufig ist. Ihr Ländervergleich funktioniert mit reinen Zahlen nicht; denn wir haben hier andere Strukturen. Dann müssen Sie fairerweise alles einbeziehen: die 71 Beratungsstellen an den Landratsämtern und in den kreisfreien Städten, die zusätzlichen Projekte, die im Rahmen der Verbraucherinitiative gefördert werden, die institutionelle Förderung der Verbraucherzentralen, des Verbraucherservice Bayern und des Werkbundes Bayern.

Die Verbraucherverbände erhalten nicht nur eine institutionelle Förderung, sondern in erheblichem Umfang projektbezogene Förderungen. Eine Projektförderung schafft Vorteile, weil aktuelle Themen aufgegriffen werden können. Man kann unmittelbar reagieren und auf den Wunsch der Verbraucher eingehen. Auch da ist die Verbraucherzentrale mit einigen Projekten beteiligt, zum Beispiel mit dem Projekt „Lebensqualität erkennen und besser einkaufen“, das mit 90 % gefördert wird. Auch die private Altersvorsorge wird mit 90 %, also mit rund 47 000 €, gefördert. Dieses Projekt wird wohl im Jahr 2003 weiter geplant werden. Im Übrigen könnten wir uns die knapp 50 000 € sparen, wenn die Riester-Rente, die angeblich für den Verbraucher gelten soll, so gestaltet würde, dass sie vom Verbraucher verstanden wird. Dieser bürokratische Wirrwarr macht es aber notwendig,

dass wir die Verbraucher aufklären, weil sich sonst bei dieser Rente kein Mensch auskennt.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Wahnschaffe (SPD))

Beim Ländervergleich können wir uns durchaus sehen lassen. In keinem anderen Bundesland zeichnen sich ähnliche Ansatzserhöhungen wie in Bayern ab. Einige Bundesländer werden Zuwendungen in Höhe des Standes von 2002 nochmals gewähren. Manche Bundesländer kürzen aber drastisch. In Mecklenburg-Vorpommern etwa, das von Rot-Rot regiert wird, werden die Beratungsstellen der Verbraucherzentralen von 19 auf sage und schreibe 6 gekürzt.

Ich denke, man muss im Rahmen der Haushaltsberatung sagen dürfen, dass mehr nicht drin ist.

Meine Damen und Herren, ich habe am Anfang das Verbraucherinformationsgesetz angesprochen. Ich bin im Zweifel, ob wir ein solches Gesetz überhaupt brauchen. Der Verbraucher braucht schnelle und verlässliche Informationen und eine gut fundierte Verbrauchergrundausbildung. Darüber hinaus sollten wir uns für eine gut lesbare und verständlichere Produktkennzeichnung stark machen. Es kann nicht sein, wie es mir kürzlich bei einem Medikament passierte – das ist aber auch schon bei jedem Nudelpack so – erst sucht man die Brille, dann muss man die deutsche Übersetzung heraus klauben, hat zwei Seiten zu lesen und wenn man fertig ist, weiß man nicht mehr als vorher. Hier kann man etwas tun und den Verbrauchern verlässliche Kennzeichnungen anbieten.

Meine Damen und Herren, das Leitbild der CSU ist der informierte Verbraucher, der sich seiner Marktmacht bewusst ist. Verbraucherschutz muss verhältnismäßig und nicht überzogen sein. Ideologie ist mit Sicherheit fehl am Platze. Dieser Haushalt ist mit Augenmaß gestaltet und hat trotz Sparzwang vieles aufgegriffen, was für die Sorge und Vorsorge unserer Menschen notwendig ist. Manches wäre sicherlich noch wünschenswert, aber auch hier sind wir wegen der finanziellen Möglichkeiten gebunden.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat der Staatsminister für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz, Herr Sinner, das Wort. Bitte schön.

Staatsminister Sinner (Verbraucherschutzministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war schon spannend, den Rednern der Opposition zuzuhören.

(Dr. Hahnzog (SPD): Ihre eigenen waren langweilig!)

Herr Kollege Geiger, für Sie ist offenbar ein Büroversehen bei einer Drucksache längere Ausführungen wert. Beim Kollegen Dürr fragt man sich, ob er versehentlich sein Manuskript zum Landwirtschaftsetat mitgebracht hat oder ob ihm noch die Krise des Wochenendes in den Gliedern steckt. Es kam nichts Erhellendes.

Zum Thema Organisation, das Sie offenbar so stark erregt, will ich sagen – ich sehe den Kollegen Geiger nicht, der offenbar Informationsbedarf hat – Sie haben Romano Prodi und die Entscheidung 1998 angesprochen und das Management der EU-Kommission kritisiert. Das mangelhafte Krisenmanagement vor 1998, das dringend verbessert werden musste, war der Auslöser für die Gründung der Generaldirektion „Gesundheit und Verbraucherschutz“. Diese Bereiche sollten zusammengefasst werden. Wir leben nun einmal in Europa.

Man kann vom Bayerischen Landtag vorschlagen, wie man das am besten organisieren könnte. Das muss spiegelbildlich zu den Vorgaben der EU sein, nämlich kostensparend und effizient, nicht wie ein Durcheinander in Berlin. Ich will Ihnen ein Beispiel zum Thema Allergie geben. Stellt man die Gesundheit des Einzelnen in den Mittelpunkt und fragt nach dem Erkrankungsrisiko des Menschen, wäre für Probleme aus der Paranauss die Bundesministerin Künast zuständig, für Probleme aus Arzneimitteln die Bundesministerin Schmidt und wenn es um den Arbeitsschutz geht oder Buchenholzstaub, ist inzwischen der Superminister Clement zuständig. Da sage einer, das sei ein ganzheitlicher Ansatz der Gesundheitspolitik und des Verbraucherschutzes! Das ist das Gegenteil davon, nämlich ein ziemliches Durcheinander auf Bundesebene.

(Wahnschaffe (SPD): Bei Ihnen ist das auch nicht so wohlgeordnet!)

Die Kompetenzen in den nachgeordneten Behörden sind zersplittert. Sie finden die Risikoanalyse in der einen und das Risikomanagement in einer anderen Behörde. Das bedeutet lange Wege, Abstimmungsprobleme und eine Unzahl von Schnittstellen, die immer wieder große Schwierigkeiten verursachen.

(Wahnschaffe (SPD): Sie reden jetzt von Bayern?)

– Nein, ich rede von Berlin, Herr Wahnschaffe. Sie haben das richtig erkannt.

Nach den Ausführungen der Opposition müssten wir unsere Öffentlichkeitsarbeit verdreifachen, damit Sie endlich auf den neuesten Stand kommen. Die Öffentlichkeitsarbeit der Kollegin Künast sieht so aus, dass sie für ein einziges Plakat, auf dem nichts als ein großes Hühnerei zu sehen ist, unter dem das Wort „Freiheit am Checkpoint Charly“ steht – über Geschmack lässt sich streiten – 26 000 € ausgibt.

(Zuruf des Abgeordneten Wahnschaffe (SPD))

Für eine Kampagne zum Öko-light-Siegel, das letzten Endes den Standard, den wir haben, unterläuft und das nur Mindeststandards auf europäischer Ebene bewirkt, hat sie 8,5 Millionen € ausgegeben. Es ist das Gegenteil

von Verbraucherinformation. Das ist Verbrauchertäuschung.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das ist zum Nachteil der Biobauern und bringt den Verbrauchern nichts. Das ist verfehlte Öffentlichkeitsarbeit.

Frau Hirschmann, was Sie angeführt haben, war ein wesentlicher Punkt. Ich bedanke mich, dass Sie diese Frage gestellt haben. Wir haben die Prävention zur Früherkennung des Brustkrebses per Mammografie in den Mittelpunkt gestellt. Wir mussten feststellen, dass bei uns Tumore später erkannt werden als im Ausland, dass viele Frauen Rettung haben könnten, wenn Ähnliches gemacht würde wie in Schweden. Trotzdem gibt es bundesweit nur vier Modellversuche, von denen einer nach Bayern kommt – nach Erlangen und in die angrenzenden Landkreise.

Der Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Bayern, Axel Munte, führt ein anderes Modell in den Bereichen durch, in denen die Frauen in Bayern nicht das Glück haben, an dem Modellversuch teilhaben zu können. Die europäischen Richtlinien gelten auch für diesen Bereich. Als Gesundheitsminister kann man das nicht ablehnen, sondern es müssten die beiden Ansätze mit den gleichen Standards nebeneinander und miteinander – nicht gegeneinander – laufen; anschließend auch evaluiert werden, welches Modell das Beste ist. Das verstehe ich unter Wettbewerb, und das verstehe ich unter einem Angebot, die Prävention flächendeckend in Bayern und nicht nur privilegiert in einem Landkreis durchzuführen.

(Beifall des Abgeordneten Herrmann (CSU))

Axel Munte von der Kassenärztlichen Vereinigung Bayern ist deutschlandweit einer der Pioniere, die Zertifizierung und Qualifizierung der Ärzte ernst nehmen und Vorreiter sind. Die Kassenärztliche Vereinigung hat es nicht verdient, von der Bundesregierung in dieser Weise abgewatscht und kritisiert zu werden, wie dies im Augenblick passiert. Das ist nicht der richtige Weg, um den Standard und die Qualität im Gesundheitswesen zu verbessern.

(Beifall bei der CSU)

Einigen ist es entgangen, wo die Planstellen sind. Ich bin dazu gefragt worden. Im Rahmen der Verbraucherschutzinitiative sind 551 neue Stellen geschaffen worden. Soweit sie nicht bei dem neu aufgebauten Landesamt noch besetzt werden, sind sie besetzt.

Der Veterinärassistent ist ein neuer Beruf, den wir kreiert haben. Der Veterinärassistent ist jetzt in der Ausbildung und schon qua learning by doing in den Kompetenzzentren tätig. Es spricht nicht für Sie, dass Sie diese Entwicklung nicht verfolgt haben und dass Sie kritisieren, dass die Veterinärassistenten noch einmal von mir vorgestellt werden.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe Ihnen vorgelesen, was Sie kreiert haben!)

Ich habe sie deshalb noch einmal vorgestellt, damit auch Sie endlich erfahren, was sich tut – sonst wüssten Sie es heute noch nicht.

Meine Damen und Herren, ich bin wiederholt zur DNA-Datenbank gefragt worden. Natürlich haben wir noch Geld dafür im Haushalt. Die DNA-Datenbank, die Sie fordern, ist aber kein bayerisches Projekt, sondern ein Bund-Länder-Projekt. Es dürfte auch der Opposition nicht entgangen sein, dass die Rinder und das Fleisch die Ländergrenzen ab und zu einmal überschreiten, sodass eine DNA-Datenbank nur bundesweit und niemals allein auf bayerischer Ebene geführt werden kann. Deswegen gibt es eine Projektgruppe, in der Bund und Länder vertreten sind. Diese Projektgruppe kommt nicht so schnell vorwärts, wie sie eigentlich vorwärtskommen wollte. Auf der letzten Agrarministerkonferenz war auch Alexander Müller, der Staatssekretär von Renate Künast, anwesend. Dabei ist vereinbart worden, dass wir zwar langsamer, dafür aber umso solider vorwärtsgehen werden. Deswegen können wir in diesem Bereich die Einsparung verkraften.

Zu Ihrer Frage nach dem BSE-Zwischenbericht. Der Bericht liegt auf meinem Schreibtisch. Wenn der Landwirtschaftsausschuss dafür einen Termin festsetzt – darüber sind wir mit dem Vorsitzenden im Gespräch – kann der Bericht gegeben werden. Ich gebe ihn aber nicht im Rahmen einer Haushaltsberatung.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich sehr herzlich bei den Kollegen der CSU-Fraktion bedanken. Es gäbe zu dem, was die Opposition gebracht hat, noch Vieles zu sagen. Es lohnt sich aber in der Tat nicht, weil Sie das Grundanliegen des Verbraucherschutzes „Prävention statt Reparatur“ nicht begriffen haben. Die Akzente des Haushaltes sind so gesetzt, dass wir Reparaturkosten einsparen können. Mit einstelligen Beträgen für die Prävention können wir dreistellige Beträge für die Reparatur einsparen. Deswegen haben wir bei der Prävention zugelegt. Dafür bedanke ich mich bei der CSU-Fraktion, und wir werden dieses Programm konsequent umsetzen, damit Bayerns Gesundheitsstandard und Verbraucherschutzstandard die Nummer eins in Deutschland werden.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2003/2004 – Einzelplan 12 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 14/11074, zugrunde. Der Einzelplan 12 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 14/11074 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Die Abstimmung soll in namentlicher Form erfolgen. Für die Stimmabgabe sind die entsprechend gekennzeichneten Urnen bereitgestellt. Die Ja-Urne befindet sich auf der Seite der CSU-Fraktion, die Nein-Urne auf der Oppositi-

onsseite und die Enthaltung-Urne auf dem Stenografentisch. Es kann nun mit der Abstimmung begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 19.13 bis 19.18 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Zur Ermittlung des Stimmergebnisses wird die Sitzung kurz unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung von 19.18 bis 19.20 Uhr)

Die Sitzung wird wieder aufgenommen. Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt: Mit Ja haben 83 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 60, es gab 1 Stimmenthaltung. Damit ist der Einzelplan 12 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Gemäß § 132 Absatz 5 der Geschäftsordnung haben zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge auf den Drucksachen 14/10957 und 14/10967 ihre Erledigung gefunden.

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor: Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplanes vorzunehmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 14/11074 weise ich darauf hin, dass der Änderungsantrag auf der Drucksache 14/10876 seine Erledigung gefunden hat. Das Hohe Haus nimmt hiervon zustimmend Kenntnis. Die Beratung des Einzelplans 12 ist damit abgeschlossen.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend nachhaltige Politik für Frauen in ganz Bayern, staatlichen Rahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie richtig setzen auf der Drucksache 14/11211 bekannt: Mit Ja haben 65 gestimmt, mit Nein 95, Stimmenthaltung keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Der Tagesordnungspunkt 13 ist damit erledigt.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 17

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Stärkung elektronischer Verwaltungstätigkeit (Drucksache 14/9960)

– Zweite Lesung –

Hierzu findet keine Aussprache statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf der Drucksache 14/9960 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen auf der Drucksache 14/11163 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe verschiedener Änderungen. Als Datum des Inkrafttretens schlägt er bei seiner Endberatung vor, im neuen § 25 den „1. Februar 2003“ einzufügen. Im Einzelnen verweise ich auf die Drucksache 14/11163.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist auch dies so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, treten wir gemäß § 60 der Geschäftsordnung unmittelbar in die Schlussabstimmung ein. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen bitte ich, auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist der Gesetzentwurf so angenommen. Es hat den Titel: „Gesetz zur Stärkung elektronischer Verwaltungstätigkeit“.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 18

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Bayerischen Pressegesetzes (Drucksache 14/10092)

– Zweite Lesung –

Eine Aussprache findet nicht statt. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 14/10092 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen auf der Drucksache 14/11161 zugrunde. Der endberatende Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe, dass in § 2 als Datum des Inkrafttretens der „1. Januar 2003“ eingefügt wird.

Wer dem Gesetzentwurf mit dem vom endberatenden Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlaments-

fragen vorgeschlagenen Inkrafttretenszeitpunkt zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, treten wir gemäß § 60 der Geschäftsordnung unmittelbar in die Schlussabstimmung ein. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen bitte ich, auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit ist das Gesetz so angenommen. Es hat den Titel: „Gesetz zur Änderung des Bayerischen Pressegesetzes“.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 19

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Bezirkswahlgesetzes und der Bezirksordnung (Drucksache 14/10194)

– Zweite Lesung –

Eine Aussprache findet ebenfalls nicht statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf der Drucksache 14/10194 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen auf der Drucksache 14/11164 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen empfiehlt die unveränderte Annahme.

Wer dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der SPD. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltun-

gen? – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Dem Gesetzentwurf ist damit zugestimmt worden.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, treten wir gemäß § 60 der Geschäftsordnung unmittelbar in die Schlussabstimmung ein. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen seine Zustimmung geben will, bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind Fraktionen der CSU und der SPD. Gegenstimmen bitte ich, auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Das Gesetz ist damit angenommen. Es hat den Titel: „Gesetz zur Änderung des Bezirkswahlgesetzes und der Bezirksordnung“.

Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN möchte eine Erklärung abgeben. Das Wort hat Frau Kollegin Tausendfreund.

Frau Tausendfreund (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Eine kurze Erklärung zu unserem Abstimmungsverhalten; wir haben uns enthalten. Die Enthaltung bezieht sich darauf, dass entgegen der gleichlautenden Regelung im Landeswahlgesetz bei den Bezirken nicht das Wahlverfahren nach Hare-Niemeyer, sondern das d'Hondtsche Auszählungsverfahren als Sonderregelung für die Bezirke eingeführt wird. Dieses Auszählverfahren benachteiligt die kleineren Parteien in erheblichem Maße. Deswegen haben wir uns der Stimme enthalten.

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Ich schließe für heute die Sitzung und hoffe, Sie morgen alle gesund wiederzusehen.

(Schluss: 19.29 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.12.2002 zum Dringlichkeitsantrag der Abg. Maget, Lochner-Fischer, Biedefeld u. a. und Fraktion (SPD); Nachhaltige Politik für Frauen in ganz Bayern; Staatlichen Rahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie richtig setzen – Drucksache 14/11211.

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred		×		Grabmair Eleonore			
Appelt Dieter	×			Dr. Gröber Klaus			
Dr. Baumann Dorle	×			Guckert Helmut			
Beck Adolf		×		Güller Harald	×		
Dr. Beckstein Günther		×		Guttenberger Petra			
Berg Irlind	×			Haedke Joachim		×	
Dr. Bernhard Otmar		×		Dr. Hahnzog Klaus	×		
Biedefeld Susann	×			Hartenstein Volker	×		
Blöchl Josef		×		Hartmann Gerhard	×		
Bocklet Reinhold				Hausmann Heinz		×	
Böhm Johann		×		Hecht Inge			
Boutter Rainer	×			Heckel Dieter		×	
Brandl Max				Hecker Annemarie		×	
Breitschwert Klaus Dieter		×		Heike Jürgen W.		×	
Brosch Franz				Heinrich Horst			
Brunner Helmut				Herrmann Joachim		×	
Christ Manfred		×		Hirschmann Anne	×		
Deml Marianne		×		Hoderlein Wolfgang	×		
Dingreiter Adolf		×		Hözl Manfred			
Döbler Thomas	×			Hofmann Walter		×	
Dodell Renate		×		Hohlmeier Monika			
Donhauser Heinz				Huber Erwin			
Dr. Dürr Sepp	×			Hufe Peter	×		
Eck Gerhard		×		Jetz Stefan		×	
Eckstein Kurt		×		Dr. Kaiser Heinz			
Egleder Udo	×			Kaul Henning		×	
Ettengruber Herbert		×		Kellner Emma	×		
Prof. Dr. Eykmann Walter		×		Dr. Kempfler Herbert		×	
Prof. Dr. Faltlhauser Kurt		×		Kiesel Robert		×	
Dr. Fickler Ingrid		×		Klinger Rudolf		×	
Fink Martin		×		Kobler Konrad		×	
Fischer Herbert		×		Köhler Elisabeth			
Förstner Anna-Maria	×			König Alexander		×	
Franzke Dietmar	×			Kränzle Bernd		×	
Freller Karl		×		Kreidl Jakob		×	
Gabsteiger Günter		×		Kreuzer Thomas		×	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul				Dr. Kronawitter Hildegard	×		
Gartzke Wolfgang	×			Kuchenbaur Sebastian		×	
Geiger Hermann	×			Kupka Engelbert		×	
Glück Alois		×		Kustner Franz			
Görlitz Erika		×		Leeb Hermann		×	
Goertz Christine	×			Leichtle Wilhelm	×		
Götz Christa		×		Lochner-Fischer Monica	×		
Dr. Götz Franz				Lode Arnulf		×	
Dr. Goppel Thomas		×		Loscher-Frühwald Friedrich			
Gote Ulrike	×			Lück Heidi	×		
				Prof. Männle Ursula		×	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Maget Franz			
Matschl Christa		X	
Mehrlich Heinz			
Meißner Christian		X	
Memmel Hermann	X		
Dr. Merkel Gerhard			
Meyer Franz		X	
Miller Josef			
Möstl Fritz	X		
Dr. Müller Helmut		X	
Müller Herbert	X		
Müller Willi		X	
Münzel Petra	X		
Naaß Christa			
Nadler Walter		X	
Narnhammer Bärbel	X		
Neumeier Johann		X	
Niedermeier Hermann	X		
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas			
Odenbach Friedrich	X		
Pachner Reinhard		X	
Paulig Ruth			
Peterke Rudolf		X	
Peters Gudrun	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Pienßel Franz			
Pongratz Ingeborg		X	
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radermacher Karin	X		
Ranner Sepp			
Freiherr von Redwitz Eugen		X	
Regensburger Hermann			
Riess Roswitha		X	
Ritter Ludwig		X	
Dr. Ritzer Helmut	X		
Freiherr von Rotenhan Sebastian		X	
Rotter Eberhard		X	
Rubenbauer Herbert		X	
Rudrof Heinrich		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sackmann Markus			
Sauter Alfred		X	
Schammann Johann			
Scharfenberg Maria	X		
Schieder Marianne			
Schieder Werner	X		
Schindler Franz	X		
Schläger Albrecht	X		
Schmid Albert			
Schmid Berta		X	
Schmid Georg			
Schmid Peter		X	
Schmidt-Sibeth Waltraud	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Siegfried		X	
Dr. Scholz Manfred	X		
Schopper Theresa	X		
Schreck Helmut		X	
Dr. Schuhmann Manfred			
Schultz Heiko	X		
Schuster Stefan	X		
Schweder Christl		X	
Schweiger Rita		X	
Sibler Bernd		X	
Simon Hildegard	X		
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus		X	
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Spitzner Hans			
Sprinkart Adi	X		
Stahl Christine	X		
Stahl Georg		X	
Stamm Barbara		X	
Starzmann Gustav	X		
Steiger Christa	X		
Stewens Christa		X	
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard		X	
Dr. Stoiber Edmund			
Strasser Johannes	X		
Strehle Max		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thätter Blasius		X	
Traublinger Heinrich			
von Truchseß Ruth	X		
Untertländer Joachim		X	
Prof. Dr. Vocke Jürgen		X	
Vogel Wolfgang	X		
Voget Anne	X		
Volkman Rainer	X		
Wahnschaffe Joachim	X		
Dr. Waschler Gerhard		X	
Weber Manfred		X	
Weichenrieder Max		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Weinhofer Peter		X	
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Dr. Wiesheu Otto		X	
Dr. Wilhelm Paul		X	
Winter Georg		X	
Wörner Ludwig	X		
Wolfrum Klaus			
Zachert Klaus	X		
Zehetmair Hans			
Zeitler Otto			
Zeller Alfons			
Zengerle Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	65	95	–

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.12.2002 zu Tagesordnungspunkt 14; Haushaltsplan 2003/2004; Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz.

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred	X			Grabmair Eleonore			
Appelt Dieter		X		Dr. Gröber Klaus			
Dr. Baumann Dorle				Guckert Helmut			
Beck Adolf	X			Güller Harald		X	
Dr. Beckstein Günther				Guttenberger Petra			
Berg Irlind		X		Haedke Joachim			
Dr. Bernhard Otmar				Dr. Hahnzog Klaus		X	
Biedefeld Susann		X		Hartenstein Volker			X
Blöchl Josef	X			Hartmann Gerhard		X	
Bocklet Reinhold				Hausmann Heinz	X		
Böhm Johann	X			Hecht Inge			
Boutter Rainer		X		Heckel Dieter	X		
Brandl Max				Hecker Annemarie	X		
Breitschwert Klaus Dieter	X			Heike Jürgen W.	X		
Brosch Franz	X			Heinrich Horst			
Brunner Helmut	X			Herrmann Joachim	X		
Christ Manfred	X			Hirschmann Anne		X	
Deml Marianne	X			Hoderlein Wolfgang		X	
Dingreiter Adolf	X			Hölzl Manfred			
Döbler Thomas		X		Hofmann Walter	X		
Dodell Renate	X			Hohlmeier Monika			
Donhauser Heinz				Huber Erwin			
Dr. Dürr Sepp		X		Hufe Peter		X	
Eck Gerhard	X			Jetz Stefan	X		
Eckstein Kurt	X			Dr. Kaiser Heinz			
Egleder Udo		X		Kaul Henning	X		
Ettengruber Herbert	X			Kellner Emma			
Prof. Dr. Eykmann Walter	X			Dr. Kempfler Herbert	X		
Prof. Dr. Faltlhauser Kurt				Kiesel Robert	X		
Dr. Fickler Ingrid	X			Klinger Rudolf			
Fink Martin	X			Kobler Konrad	X		
Fischer Herbert	X			Köhler Elisabeth			
Förstner Anna-Maria		X		König Alexander	X		
Franzke Dietmar		X		Kränzle Bernd	X		
Freller Karl				Kreidl Jakob	X		
Gabsteiger Günter	X			Kreuzer Thomas			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul				Dr. Kronawitter Hildegard		X	
Gartzke Wolfgang		X		Kuchenbaur Sebastian	X		
Geiger Hermann		X		Kupka Engelbert	X		
Glück Alois	X			Kustner Franz			
Görlitz Erika	X			Leeb Hermann	X		
Goertz Christine		X		Leichtle Wilhelm		X	
Götz Christa	X			Lochner-Fischer Monica			
Dr. Götz Franz				Lode Arnulf	X		
Dr. Goppel Thomas				Loscher-Frühwald Friedrich			
Gote Ulrike		X		Lück Heidi		X	
				Prof. Männle Ursula	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Maget Franz			
Matschl Christa	X		
Mehrlich Heinz		X	
Meißner Christian	X		
Memmel Hermann		X	
Dr. Merkel Gerhard			
Meyer Franz	X		
Miller Josef	X		
Möstl Fritz		X	
Dr. Müller Helmut	X		
Müller Herbert		X	
Müller Willi	X		
Münzel Petra		X	
Naaß Christa			
Nadler Walter	X		
Narnhammer Bärbel		X	
Neumeier Johann	X		
Niedermeier Hermann		X	
Nöth Eduard	X		
Obermeier Thomas			
Odenbach Friedrich		X	
Pachner Reinhard	X		
Paulig Ruth			
Peterke Rudolf			
Peters Gudrun		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Pienßel Franz			
Pongratz Ingeborg	X		
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radermacher Karin		X	
Ranner Sepp			
Freiherr von Redwitz Eugen	X		
Regensburger Hermann			
Riess Roswitha	X		
Ritter Ludwig	X		
Dr. Ritzer Helmut		X	
Freiherr von Rotenhan Sebastian	X		
Rotter Eberhard	X		
Rubenbauer Herbert	X		
Rudrof Heinrich	X		
Dr. Runge Martin		X	
Sackmann Markus			
Sauter Alfred	X		
Schammann Johann			
Scharfenberg Maria		X	
Schieder Marianne			
Schieder Werner		X	
Schindler Franz		X	
Schläger Albrecht		X	
Schmid Albert			
Schmid Berta	X		
Schmid Georg			
Schmid Peter			
Schmidt-Sibeth Waltraud		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schneider Siegfried	X		
Dr. Scholz Manfred		X	
Schopper Theresa		X	
Schreck Helmut	X		
Dr. Schuhmann Manfred			
Schultz Heiko		X	
Schuster Stefan		X	
Schweder Christl	X		
Schweiger Rita	X		
Sibler Bernd	X		
Simon Hildegard		X	
Sinner Eberhard	X		
Dr. Söder Markus	X		
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Spitzner Hans			
Sprinkart Adi		X	
Stahl Christine		X	
Stahl Georg			
Stamm Barbara	X		
Starzmann Gustav		X	
Steiger Christa		X	
Stewens Christa			
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard	X		
Dr. Stoiber Edmund			
Strasser Johannes		X	
Strehle Max	X		
Tausendfreund Susanna		X	
Thätter Blasius	X		
Traublinger Heinrich			
von Truchseß Ruth		X	
Untertländer Joachim	X		
Prof. Dr. Vocke Jürgen	X		
Vogel Wolfgang			
Voget Anne		X	
Volkman Rainer			
Wahnschaffe Joachim		X	
Dr. Waschler Gerhard	X		
Weber Manfred			
Weichenrieder Max	X		
Dr. Weiß Manfred			
Weinhofer Peter	X		
Werner Hans Joachim		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Dr. Wiesheu Otto			
Dr. Wilhelm Paul	X		
Winter Georg	X		
Wörner Ludwig		X	
Wolfrum Klaus			
Zachert Klaus		X	
Zehetmair Hans			
Zeitler Otto	X		
Zeller Alfons			
Zengerle Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas			
Gesamtsumme	83	60	1